

Zeitschrift für das gesamte
REDITWESEN

77. Jahrgang · 15. Juni 2024

12-2024



Mitherausgeber dieser Ausgabe:
Bundesverband Öffentlicher
Banken Deutschlands, VÖB, e.V.

Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse
Fritz Knapp Verlag · ISSN 0341-4019

FÖRDERBANKEN 2024



ANTRIEB ZUKUNFT



Unter Nachhaltigkeit verstehen wir,
**heute die Leistungsfähigkeit von
morgen zu sichern.**

Nachhaltigkeit braucht gezielte Anstöße, damit sie langfristig wirkt. Wie bei einem Perpetuum mobile, das sich nach einem ersten Impuls von außen immer wieder selbst antreibt. Dieses ist zwar fiktiv, dient uns von der DZ BANK aber als Vorbild und Haltungsgrundlage. Wir denken in Kreisläufen und unterstützen unsere Kunden dabei, nachhaltige Veränderungen anzustoßen. Dabei haben wir immer die langfristigen Auswirkungen unseres Handelns im Blick. So sichern wir gemeinsam die Zukunft durch nachhaltige Leistungsfähigkeit. Erfahren Sie mehr über unsere Haltung unter: dzbank.de/haltung

Aufsätze

„Den Wandel der Wirtschaft zu begleiten, ist etwas Sinnstiftendes“ Redaktionsgespräch mit Eckhard Forst, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e. V.	10	Deutschland braucht eine Investitionsoffensive Nikola Steinbock, Landwirtschaftliche Rentenbank	36
Die EIB – Europas Förderbank für bessere Lebensverhältnisse Nicola Beer, Europäische Investitionsbank (EIB)	12	Wie Förderbanken die Energiewende unterstützen Ulrich Scheppan, Investitionsbank des Landes Brandenburg, ILB, und Dominik Lamminger, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e. V.	40
Investitionen für Enkelfähigkeit und Standortqualität Mona Neubaur, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen	14	Die EU – ein Erfolgsmodell? 5 Thesen zum europäischen Integrationsprozess Erk Westermann-Lammers, Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH)	43
Gezielte Investitionen sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Transformation Iris Bethge-Krauß, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e. V.	16	Transformation, Innovation, Sozial: Worauf Berlin seinen Fokus legen sollte Hinrich Holm, Investitionsbank Berlin (IBB)	46
Im Standortwettbewerb Michael Hüther / Simon Gerards Iglesias beide Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.	18	Förderbanken und VC-Fonds: Tragfähige Plattformen für Risikokapital-Investments Ralf Stapp, Bremer Aufbau-Bank GmbH, und Dominik Lamminger, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e. V.	49
Das Jahrzehnt der Entscheidung: ein Zwischenfazit Stefan B. Wintels, KfW Bankengruppe	23	Förderstatistik 2023: Normalisierung weiter im Gange	52
„Wir stecken mittendrin in unserer nachhaltigen und digitalen Transformation“ Redaktionsgespräch mit Edith Weymayr, L-Bank	29	Leistungs-Gedanken Philipp Otto (Leitartikel)	2
„Wir brauchen Start-ups, die Konjunktur und Wirtschaftswachstum ankurbeln“ Redaktionsgespräch mit Bernhard Schwab, LfA Förderbank Bayern	32		

Gespräch des Tages

Privatbankiers: Da waren's nur noch ...	4
Persönliches: Uwe Fröhlich zum Ruhestand	5
Wirtschaftspolitik: Sommermärchen Reloaded?	5
Aktienrecht: BGH – Börsenwert als Schätzgrundlage geeignet	6

Vermerkt

Bankenchronik	8
Personalien	9
Zentralbanken	54
Börsen	56
Impressum/Fotonachweise	42

Leistungs-Gedanken



Philipp Otto

Chefredakteur



Es sind alarmierende Zahlen: Allein im Jahr 2023 wurden in Deutschland rund 176 000 Unternehmen geschlossen. Im Vergleich zu den Schließungen im Jahr 2022 bedeutet dies einen Anstieg um 2,3 Prozent – und zwar über alle Branchen und Unternehmensgrößen hinweg. Denn im Jahr 2023 haben laut einer aktuellen Auswertung des ZEW Mannheim rund 37 000 Handelsunternehmen aufgegeben, bei den konsumnahen Dienstleistungen waren es gut 51 000 Betriebe. Im Baugewerbe stieg die Zahl der Schließungen von 2022 auf 2023 um 2,4 Prozent auf 20 000 Unternehmen – im verarbeitenden Gewerbe um 8,7 Prozent auf 11 000 Schließungen. Das ist der höchste Stand seit 2004. „Alle DREI Minuten stirbt eine Firma“, titelte die BILD. Hauptgrund für eine Schließung ist, dass sich das Unternehmen wirtschaftlich nicht mehr lohnt, heißt es vonseiten des ZEW. Die hohen Energiekosten, hoher Konkurrenzdruck durch Länder wie China, aber auch der Fachkräftemangel führen dazu, dass der Weiterbetrieb gefährdet ist.

Die große Gefahr daran ist: Das Sterben vollzieht sich still und leise. Denn nur 11 Prozent der Schließungen sind die Folge einer Insolvenz. 89 Prozent verschwinden einfach so vom Markt und entfallen damit künftig als Arbeitgeber, Steuerzahler, Bezieher von vorproduzierten Waren, Energie und ähnlichem sowie als Wirtschafts- und auch Gesellschaftsfaktor in den Städten und Kommunen. Natürlich entflammt diese Entwicklung – völlig zu Recht – wieder hitzige Diskussionen um die De-Industrialisierung der Bundesrepublik, den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Wirtschaftspolitik hierzulande. „Die De-Industrialisierung schleicht nicht mehr: Sie trampelt. Was wir jetzt brauchen, sind Rahmenbedingungen, die Unternehmen nicht ins Ausland oder in den Konkurs treiben. Das heißt konkret: Schluss mit bürokratischen Fesselspielchen sowie mit hohen Steuern und Abgaben“, forderte Christoph Ahlhaus, Chef des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft, gegenüber BILD.

Etwas anders – rosarot eingefärbt – sieht es selbstverständlich unser Bundeskanzler: „Deutschland ist ein guter Wirtschaftsstandort, es wird hier in modernste Technologie investiert“, so Olaf Scholz. Und die zugehörige Pressemitteilung unterfüttert das gleich noch mit den entsprechend passenden Vorhaben wie dem Wachstumschancengesetz, dem Entwurf für ein Bürokratieentlastungsgesetz, der nationalen KI-Strategie, der Weiterentwicklung der Start-up-Strategie sowie dem Zukunftsfinanzierungsgesetz. All das ist wichtig und richtig. Ob es wirklich schnell genug helfen kann, den Wirtschaftsstandort aufzupäppeln, bleibt fraglich. Zu belastend sind die anderen Faktoren, die Unternehmen zur Schließung veranlassen. Denn auch netto sinkt die Zahl der Unternehmen in Deutschland noch, da im Jahr 2023 laut Statistischem Bundesamt in Deutschland mit rund 118 500 Betrieben deutlich weniger Unternehmen neu gegründet wurden als aus dem Markt ausgeschieden sind. Immerhin waren es 2,9 Prozent mehr neu gegründete Betriebe als im Jahr 2022.

Doch sind es nur diese Rahmenbedingungen, die Deutschland zum wirtschaftlichen Schlusslicht der Industrienationen machen – mit einem Wachstum um 0,3 Prozent im laufenden Jahr? Oder ist die jüngere Generation der Deutschen verwöhnt und faul? Viele Unternehmenschefs sprechen sich für längere Arbeitszeiten und damit gegen Forderungen einer Reduzierung der Arbeitszeiten und einer 4-Tage-Woche aus. Christian Sewing, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank beispielsweise, der fordert: „Wir müssen wieder lernen, härter zu arbeiten. Ich bin nicht gegen Work-Life-Balance. Aber allein das Wort regt mich auf. Arbeit ist doch Teil des Lebens.“ Auch Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), sagt klar: „Wir brauchen eine Ausweitung der individuellen Arbeitszeit im Jahr, nicht den unrealistischen Traum der Vier-Tage-Woche“. „Wir brauchen eine Steigerung der Arbeitsstunden von den Menschen, die bereits hier arbeiten“, fordert auch Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger.



Das sind nur einige Beispiele und natürlich gäbe es genauso viele Gegenargumente von Politik, Wirtschaft, Sozialverbänden, Krankenkassen und Ärzten sowie Gewerkschaften.

Aber die Fakten sprechen eigentlich für sich. Die Menschen hierzulande arbeiten im internationalen Vergleich eher wenig. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Einwohner im erwerbsfähigen Alter lag in Deutschland im Jahr 2022 mit 1341 Stunden um mehr als 400 Stunden unter dem OECD-Schnitt von 1752 Stunden. Damit liegt Deutschland weit abgeschlagen auf dem letzten Platz der G7, die Franzosen auf dem vorletzten Platz arbeiten pro Kopf und Jahr rund 170 Stunden mehr als die Deutschen, die Spitzenreiter in den USA sogar 470 Stunden. Das kann selbst die hohe Erwerbsbeteiligung in Deutschland mit 77 Prozent, die deutlich über dem Durchschnitt aller OECD-Länder von 69 Prozent liegt, nicht kompensieren. Und zum Vergleich: Lag die durchschnittliche Wochenarbeitszeit 1991 noch bei 38,54 Stunden, sind 2022 Menschen in der Bundesrepublik im Schnitt 34,7 Stunden ihrem Job nachgegangen. Das ist ein Problem: Denn wenn aufgrund des demografischen Wandels in der Zukunft weniger Menschen erwerbstätig sind, müsste die verbliebene geringere Anzahl an Beschäftigten doch mehr Stunden pro Woche arbeiten, um die anfallende Arbeit zu erledigen und den erarbeiteten Wohlstand aufrechtzuerhalten.

Oder nicht? Ein Team der Kampagne 4 Day Week Global in Verbindung mit Wissenschaftlern der University of Cambridge und dem Boston College in den USA hat herausgefunden, dass vier Tage zu arbeiten statt fünf – bei gleichem Gehalt – zu verbessertem Wohlbefinden bei den Angestellten führt, ohne die Produktivität des Unternehmens zu belasten. Laut ihren Umfragen berichteten 71 Prozent der Befragten von einem niedrigeren Burnout-Level, und 39 Prozent gaben an, weniger gestresst zu sein als zu Beginn des Tests. In den Unternehmen gab es 65 Prozent weniger Krankheitstage, die Zahl der Kündigungen sank auf weniger als die Hälfte. Die Einnahmen der Unternehmen haben sich während des Testzeitraums kaum verändert – sie stiegen im Durchschnitt sogar geringfügig um 1,4 Prozent. So weit, so gut: Bei der Interpretation der Ergebnisse ist allerdings zu bedenken, dass die Studie von einer Interes-

sengruppe durchgeführt wurde, wenn auch mit wissenschaftlicher Unterstützung, und dass der Testzeitraum von nur sechs Monaten sehr kurz war. So bleibt unklar, ob die günstigen Einflüsse auf das Wohlbefinden auf lange Sicht bestehen bleiben. Womöglich stellt sich mit der Zeit eine Gewöhnung ein. Die verringerte Arbeitszeit würde sich dann ab diesem Zeitpunkt nur noch begrenzt auf das Stresslevel auswirken. Und auch die langfristigen Auswirkungen auf den Unternehmenserfolg müssten erst noch besser untersucht und analysiert werden.

Vielleicht erfordert der Wandel in Arbeitsweisen und Produktionen aber auch schlicht andere Fähigkeiten. Denn der rasche technische Fortschritt und vor allem KI werden viel verändern. Das Problem: Jede industrielle Revolution führte bislang stets erst einmal zu Arbeitsplatzverlusten und einer Minderung des Wohlstands, bevor sich langfristig Zuwächse einstellen. Es ist schwer vorstellbar, dass es dieses Mal anders sein wird. Das sorgt bei den Betroffenen für Unsicherheit und auch sozialen Sprengstoff. Lohnt es sich, diesen Weg bedingungslos zu gehen? Der amerikanische Ökonom Daron Acemoglu jedenfalls warnt vor einem „KI-Hype“ und prognostiziert für die vor uns liegende Dekade ein zusätzliches Wirtschaftswachstum durch KI von 1 bis 1,5 Prozent. Das klingt (noch) nicht nach der ersehnten Revolution.

Ob man es also hören will oder nicht: 2024 ff. braucht es weiterhin die deutschen Tugenden, um den Wohlstand zu erhalten und den Wirtschaftsstandort wieder attraktiver zu machen. Wohlstand braucht Leistung und Leistung muss sich lohnen. Für alle!

Arbeitszeiten und wirtschaftliche Entwicklung

	Arbeitszeit pro Erwerbstätigen im Jahr 2022 (in Stunden)	Konjunkturprognose 2024 (in Prozent)
Vereinigte Staaten von Amerika	1811	2,1
OECD gesamt	1752	1,7
Italien	1694	0,7
Kanada	1686	0,9
Japan	1607	1,0
Vereinigtes Königreich	1532	0,7
Frankreich	1511	0,6
Deutschland	1341	0,3

Quellen: OECD Employment Outlook, 2023; OECD Economic Outlook, Interim Report February 2024.

Privatbankiers

Da waren's nur noch ...

Zwar ist das laufende Jahr noch nicht einmal zur Hälfte vorbei, doch lässt sich jetzt schon festhalten: Auch 2024 wird nicht das Jahr der Wiederauferstehung der Privatbankiers in Deutschland. Denn allein in den ersten Monaten mussten bereits zwei weitere Institute den verschärften Wettbewerbsbedingungen Tribut zollen und sind dann mal weg. Das Münchener Bankhaus Heydt gab seine Banklizenz zurück. Und Hauck Aufhäuser Lampe wurde von seinem chinesischen Eigentümer Fosun an die ABN Amro verkauft. Damit stärkt der niederländische Bankkonzern sein Deutschland-Geschäft enorm. Denn durch die geplante Verschmelzung der HAL auf die Bethmann Bank entsteht gemessen am verwalteten Vermögen von zusammen rund 70 Milliarden Euro die Nummer drei im deutschen Private Banking und Wealth Management – vor der Hypovereinsbank, hinter der Commerzbank und der Deutschen Bank.

Die niederländische Bankengruppe zahlt eigenen Angaben zufolge 672 Millionen Euro für Hauck Aufhäuser Lampe. Für Fosun klingt das zunächst nach einem guten Geschäft: Die Chinesen kauften 2016 das deutsche Traditionsbankhaus Hauck & Aufhäuser für rund 210 Millionen Euro. Hinzurechnen muss man noch einmal zwischen 200 und 300 Millionen Euro, die Hauck & Aufhäuser 2021 an den Oetker-Konzern für das Bankhaus Lampe überwiesen hat. Natürlich ist das eine arg grobe Rechnung, da der geneigte Chronist weder Investitionsvo-

lumina noch ausgeschüttete Gewinne in dieser Zeit aufrechnet hat. Was das Leistungsspektrum angeht, soll der Fokus auf dem Wealth Management und dem Angebot von Bankdienstleistungen für Familienunternehmen und den deutschen Mittelstand liegen. Hans Hanegraaf, CEO Bethmann Bank und Sprecher der Geschäftsleitung ABN Amro Deutschland, umreißt die neue Bank wie folgt: „Kunden beider Banken haben künftig ein breiteres Angebot an Leistungen, das die Bedürfnisse und Ansprüche von vermögenden Privatpersonen und Familien sowie institutionellen Investoren, Unternehmern und ihren Unternehmen abdeckt.“ Da in der Pressemitteilung explizit erwähnt wird, wie gut beide Häuser auch kulturell („hervorragend“) zueinander passen, soll an dieser Stelle angemerkt werden, dass es etwas verwunderlich war, die Pressekonferenz zur Übernahme ohne einen Vertreter der HAL durchzuführen.

Aus Hauck, Aufhäuser, Lampe, Delbrück, Bethmann und Maffei wird also Bethmann. Natürlich darf bei Betrachtung dieser Entwicklung ein bisschen Wehmut mitschwingen. Schließlich haben einige dieser Namen über Jahrhunderte mit den jeweiligen Persönlichkeiten einen jeweiligen Bankenplatz geprägt. Überraschen kann die Entwicklung aber nicht mehr. Viel zu lange schon vollzieht sich der schleichende Niedergang der ehemals stolzen Bankhäuser. Das Beratungshaus Deloitte fälltte dazu bereits 2017 ein hartes Urteil: „Private Banking und Wealth Management ist an einem Punkt angelangt, an dem ein Bewusstseinswandel unumgänglich ist. Die Profitabilität der Privatbanken ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken, wie der Rückgang der Gewinnmarge um knapp 40 Prozent zwischen den Jahren 2000 und 2015 belegt.

Ausgewählte deutsche Privatbankhäuser im Überblick

	Gründungs-jahr	Bilanzsumme (in Mill. Euro)
Bethmann	1712	19491,00*
davon Hauck		
Aufhäuser Lampe	1796	11777,00
Metzler	1674	9923,27
Berenberg	1590	6664,10
Donner & Reuschel	1798	5615,64
Warburg	1798	3286,36
Castell	1774	975,95

* Bei der Bethmann Bank wurde die Bilanzsumme zum Ende des Geschäftsjahres 2021 verwendet. Im Jahr 2022 erfolgte die Verschmelzung auf die ABN Amro.

Quelle: Geschäftsberichte

Dies steht im Gegensatz zur Entwicklung der Größe des Private-Banking-Marktes die, gemessen an den bankfähigen Vermögenswerten europäischer Millionärshaushalte, um mehr als 60 Prozent zugenommen hat. Diese steigende Inkongruenz zwischen Profitabilität und Marktgröße zeigt, dass es Private-Banking- und Wealth-Management-Anbietern immer weniger gelingt, Kunden mit ihrem bestehenden Geschäftsmodell einer integrierten Wertschöpfungskette (durchschnittliches Branchenintegrationsniveau von über 80 Prozent) erfolgreich zu bedienen. Da die beiden anderen wesentlichen Wachstumstreiber – In-



dustrialisierung sowie Fusionen und Übernahmen – bereits seit Jahren Anwendung finden, deutet diese Entwicklung auf eine Innovationslücke hin.“

Vielen Privatbankhäusern gelingt es nicht mehr gut genug, ihre Klientel zu erreichen. Auch wenn diese wächst. Laut aktuellem Cap Gemini Report ist die Zahl der Millionäre in Deutschland im vergangenen Jahr um 2,1 Prozent auf 1,646 Millionen gestiegen. Doch diese haben ihre „Private Banking“-Mandate längst nicht mehr nur an Privatbankiers vergeben, sondern zunehmend auch an Großbanken ebenso wie an Sparkassen und Kreditgenossenschaften, die diese Klientel verstärkt als Zielgruppe ausgemacht haben. Von daher wird es spannend bleiben zu beobachten, wie sich der Markt der Privatbankiers noch sortieren wird, und vor allem, in welchen Geschäftsfeldern sich diese spezialisierte Bankengruppe künftig noch besser positionieren kann. Im Private Banking und Wealth Management wird es nicht einfacher werden.

Persönliches

Uwe Fröhlich zum Ruhestand

„Ein Leben im Dienst der Genossenschaften.“ So schrieb es der Präsident des bayerischen Genossenschaftsverbandes, Gregor Scheller, kürzlich zur Verabschiedung von Uwe Fröhlich. Das trifft es ziemlich gut, denn die Gedanken und Ideen von Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch hat der gebürtige Niedersachse wahrlich verinnerlicht und mit Leben erfüllt. „Was dem Einzelnen nicht möglich ist, das vermögen viele“, heißt es hier im Kern. Die Überzeugung für die genossenschaftliche Sache zeigt sich an seinem Auftreten und Handeln: Meist lächelnd, moderierend, vermittelnd, kommunikativ, auf Augenhöhe, ehrlich, verbindlich, charmant, mit klarem Blick für die Sache und das Ziel. In einem Video zu seinem Amtsantritt als Co-Vorstandsvorsitzender der DZ Bank stellt sich Fröhlich wie folgt vor: „Uwe Fröhlich, ab 1.11. Mitarbeiter der DZ Bank.“

Das zeigt sich an seinem Wirken: Banklehre bei der damaligen Landesgenossenschaftsbank Hannover, dann 12 Jahre bei IBM, zuletzt als Generalbevollmächtigter für Financial Services

(geschadet hat der Ausflug weg von der kreditgenossenschaftlichen Familie nicht), 2011 dann die Rückkehr mit dem Wechsel in den Vorstand der Berliner Volksbank. Sieben Jahre später machte ihn der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken zum Präsidenten, bevor von 2019 bis 2024 die letzte Station im Berufsleben von Uwe Fröhlich bei der DZ Bank folgte. Damit schließt sich der Kreis wieder, wie Fröhlich gerne betonte.

Und das zeigt sich auch an dem Erreichten: Fröhlich war zur richtigen Zeit an den richtigen Stellen und hat die sich bietenden Chancen klug genutzt. In seiner Zeit als BVR-Präsident gelangen (endlich) die schwierigen Verhandlungen zur Fusion der beiden damaligen Spitzeninstitute DZ Bank und WGZ-Bank. Dadurch konnten auch die beiden IT-Dienstleister und Hypothekenbanken zusammengeführt werden, was die Schlagkraft des Verbundes sicherlich nicht schwächte. Und das schwierige Thema „Holding“, was die genossenschaftliche Finanzgruppe viele Jahre aufwühlte und entzweite, moderierte der studierte Kaufmann elegant ab. Die Verbund- und Geschäftsbank, in der innerhalb der DZ Bank die Verbundaktivitäten des Spitzeninstituts gebündelt und damit sichtbarer gemacht wurde, entwickelte sich unter seiner Führung zu einer schlagkräftigen und erfolgreichen Einheit, so dass etwaige Zweifler schnell verstummten.

Mitte 2024 zieht sich Uwe Fröhlich und aus dem aktiven Dienst für „seine“ Kreditgenossenschaften zurück und überlässt BVR-Präsidentin Marija Kolak, mittlerweile auch schon in ihrer zweiten Amtszeit, und Cornelius Riese, der die DZ Bank ab Juli allein als Vorstandsvorsitzender führen wird, das Feld. Kluge Ratschläge wird es für beide sicherlich nicht geben. Denn auch das gehört zum Wirken von Uwe Fröhlich: Wenn Schluss ist, ist Schluss. Er kann stolz auf seine Zeit als Genosse zurückblicken.

Wirtschaftspolitik

Sommermärchen Reloaded?

Während es im Vorfeld der gerade begonnenen Fußball-Europameisterschaft in Deutschland dem noch recht kurz amtierenden Bundestrainer Julian Nagelsmann gelang, mit

zwei starken Spielen gegen starke Gegner und einer erfrischend modernen Kommunikation bei der Kaderbekanntgabe einen Stimmungsumschwung in (Fußball-)Deutschland herbeizuführen, ist die Ampel-Regierung davon in der deutschen Wirtschaft gefühlt so weit entfernt wie Lothar Matthäus von einer hochdeutschen Aussprache. Zweimal im Jahr veröffentlicht VR Smart Finanz in Zusammenarbeit mit CFIN – Research Center for Financial Services der Steinbeis-Hochschule Berlin sein Stimmungsbarometer Kleinunternehmen. Dieser gibt einen Hinweis auf die Stimmungslage zumindest in einem Teil der deutschen Wirtschaft.

Bei der Frage nach der Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Situation haben 36 Prozent mit „gut“ geantwortet und 19 Prozent mit „sehr gut“. Damit geht es mit 55 Prozent mehr als der Hälfte der Unternehmen mindestens gut. Das ist natürlich erfreulich, allerdings gilt es, den Trend zu betrachten. Der Anteil der Antwort „gut“ sank nochmals 3 Prozentpunkte gegenüber der letzten Erhebung im Herbst 2023. Im Vergleich zur Frühjahrserhebung 2023 ist der Anteil sogar um 12 Prozentpunkte gesunken. Allerdings sind davon 7 Prozentpunkte zu „sehr gut“ gewandert. Aber in der Summe beider Antworten ist auch eine Abwärtstendenz zu erkennen von 57 Prozent im Herbst 2023 und 60 Prozent im Frühjahr 2023.

Die Wirtschaftspolitik sehen dabei aber nur die wenigsten als Ursache für die (mindestens) gute Lage. Nur 35 Prozent bewerten das wirtschaftspolitische Umfeld als mindestens „gut“ und somit fast zwei Drittel als mittel oder mindestens schlecht. Ein schlechtes Zeugnis für die Ampel. Unter welchen Herausforderungen – neben steigenden Kosten und Fachkräftemangel – die Unternehmen leiden, zeigt das Ergebnis folgender Frage: „Der rechtliche Rahmen in Deutschland zählt für mein Unternehmen zu den größten Herausforderungen.“ Vor einem Jahr haben das noch 13 Prozent der Unternehmen mit Ja beantwortet, im vergangenen Herbst schon 23 Prozent und jetzt mit 28 Prozent nochmals 5 Prozent mehr.

Die Auftragslage hat sich bei 19 Prozent der Kleinunternehmen deutlich verbessert und bei 25 Prozent etwas verbessert. Der Anteil der Unternehmen mit verbesserter Auftragslage hat sich gegenüber Herbst 2023 um 3 Prozentpunkte verbessert, gegenüber Frühjahr 2023

ist er unverändert. Allerdings ist auch der Anteil derjenigen Unternehmen, bei denen sich die Auftragslage verschlechtert hat, von 18 auf 25 Prozent gestiegen.

Bei den vergangenen Auswertungen war zudem eine leicht angespannte Lage bei der Liquiditätssituation der Unternehmen zu erkennen. Insgesamt 47 Prozent der Kleinunternehmen gaben diesmal an, kleinere oder größere Engpässe in den vergangenen 12 Monaten gehabt zu haben. In der Vorauswertung waren es 44 Prozent, ein Jahr zuvor 46 Prozent. Kritisch ist auch, dass der Anteil der Unternehmen mit größeren Engpässen auf Jahressicht um 7 Prozentpunkte gestiegen ist, während 6 Prozentpunkte weniger kleinere Engpässe nannten. Noch dramatischer erscheint der Wert im langfristigen Vergleich. 2019, dem Jahr vor Ausbruch der Corona-Pandemie, gaben lediglich 16 Prozent der Kleinunternehmen kleinere oder größere Liquiditätsprobleme an.

Abhilfe tut Not. Zumal die Unternehmen auch klargestellt haben, was passieren wird, wenn sich die Lage verschlechtert. In diesem Fall wollen 53 Prozent mit einer Reduzierung geplanter Investitionen und 39 Prozent mit Personalabbau reagieren. Und das wären schlechte Nachrichten für die gesamte Wirtschaft. Die Regierung ist also weiter gefordert, endlich wieder wachstumsfördernde Politik zu machen. Sich allein auf ein Sommermärchen wie 2006 zu verlassen, ist zu wenig. Zumal ein erfolgreicher Verlauf der EM 2024 trotz Stimmungswandels natürlich noch nicht als gesichert angesehen werden kann.

Aktienrecht

BGH: Börsenwert als Schätzgrundlage geeignet

Der II. Zivilsenat des BGH hat am 21. Januar 2024 im aktienrechtlichen Spruchverfahren mit dem Aktenzeichen II ZB 5/22 die Rechtsbeschwerde von per Squeeze-out ausgeschiedenen Aktionären wegen vermeintlich zu niedriger Abfindung für ihre eingezogenen Aktien rechtskräftig abgewiesen. Dem Beschluss mit 30 Druckseiten (!) für die Begründung hat der Senat unter Bestätigung eines früheren Beschlusses vom 21. Februar 2023 (AZ II B 12/21) die folgenden Leitsätze vorangestellt:



1. Der Rückgriff auf den Börsenkurs einer Gesellschaft ist grundsätzlich eine geeignete Methode zur Schätzung des Unternehmenswertes und des Werts der Beteiligung eines außenstehenden Aktionärs im Rahmen des § 305 AktG.
2. Der Börsenwert einer Gesellschaft ist grundsätzlich geeignet, sowohl deren bisherige Ertragslage als auch deren künftige Ertragsaussichten im Einzelfall hinreichend abzubilden und kann daher Grundlage für den gemäß § 304 Abs. 2 Satz 1 AktG zu bestimmenden angemessenen festen Ausgleich sein.

In dem Verfahren ging es (immer noch!) um die in den Jahren 2013/14 erfolgte Übernahme der an der Frankfurter Börse gehandelten Aktien der KD-Holding AG durch die Vodafone-Gruppe. Diese hatte ein freiwilliges Übernahmeangebot zu dem aus der Börsenkursentwicklung und dem WP-Gutachten abgeleiteten und von der BaFin als angemessen anerkannten Übernahmepreis von 84,50 Euro pro Aktie bei einer Übernahmequote von mindestens 75 Prozent abgegeben. Nachdem diese Quote erreicht war, vereinbarten KDH und Vodafone einen von der Hauptversammlung der KDH genehmigten Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag, der im Handelsregister eingetragen wurde.

Dieser Vertrag sah vor, den außenstehenden Aktionären eine Barabfindung von 84,53 Euro sowie einen zeitlich begrenzten festen Ausgleich von 3,77 Euro pro Aktie und Jahr zu zahlen. Eine Gruppe von Aktionären beantragte darauf ein aktienrechtliches Spruchverfahren mit dem Ziel, eine höhere Abfindung für ihre Aktien zu erreichen. Das LG München wies ihr Petitum nach Einholung einer Sonderprüfung ebenso ab wie das anschließend mit der Beschwerde angerufene OLG München. Beide Instanzen hielten die angebotene Abfindung für angemessen und die Wertfindung für ordnungsmäßig.

Nun blieb auch die Rechtsbeschwerde zum BGH für die „out-gesqueezten“ Aktionäre ohne Erfolg. Der Senat entschied, dass die Angemessenheit der Abfindung außenstehender Aktionäre im Sinne des § 305 AktG anhand des Börsenwerts der Gesellschaft bestimmt werden könne. Der Rückgriff auf den Börsenwert sei im Rahmen dieser Vorschrift grundsätzlich eine geeignete Methode zur Schätzung des Unternehmenswertes wie auch der Beteiligung eines

außenstehenden Aktionärs an ihm. Als Methode stehe dies im Einklang mit der Eigentumsgarantie des Art. 14 GG. Auch das BVerfG verlange in seiner Entscheidungspraxis, dass die Abfindung außenstehender Aktionäre den „wahren Wert der Unternehmensbeteiligung (zu) ersetzen (habe)“. Dessen Bestimmung erfordere eine Schätzung im Sinne des § 287 Abs. 2 Nr. 1 ZPO; eine bestimmte Schätzmethode sei dafür aber verfassungsrechtlich nicht vorgegeben.

Alle zwangsläufig in die Zukunft gerichteten Prognosen würden Unsicherheiten aufweisen. So der BGH weiter. Es sei verfassungsrechtlich daher auch nicht etwa geboten, zur Findung des „wahren Wertes“ eines Unternehmens stets jede denkbare Bewertungsmethode anzuwenden, um die Abfindung dann nach dem Prinzip der „Meistbegünstigung“ festzulegen. Die marktorientierte Methode der Verwendung des Börsenwerts einer Gesellschaft sei auch „einfachgesetzlich“ die geeignete Grundlage für die Schätzung ihres Werts oder den einer Beteiligung an ihr. Die Marktteilnehmer (an der Börse) würden die Ertragskraft eines Unternehmens grundsätzlich zutreffend bewerten, was sich dann im Börsenkurs niederschläge. Das würde aber nicht voraussetzen, dass der Kapitalmarkt in Bezug auf die zu bewertenden Anteile „streng allokatons- und informationseffizient“ in der Weise sein müsse, dass „perfekter Wettbewerb“ zu herrschen habe.

Nur wenn im konkreten Fall die Möglichkeiten zu einer effektiven Bewertung von Informationen durch die Marktteilnehmer nicht bestehen würden und der Börsenkurs keine verlässliche Aussage über den Verkehrswert eines Unternehmens oder einer Beteiligung daran zulasse, könne der Anteilswert nicht unter Rückgriff auf den Börsenkurs ermittelt werden. Das gelte auch, wenn es in einer konkreten Situation keinen funktionierenden Kapitalmarkt gebe, wenn etwa über einen längeren Zeitraum kein Handel mit Aktien der Gesellschaft erfolgt sei oder eine Marktengge bestehe; auch dann könne der Börsenkurs kein verlässliches Indiz für den Unternehmenswert sein.

Die sachgerechten und eindeutigen Aussagen in diesem Beschluss des BGH verdienen Zustimmung. Sie werden auch für etwaige zukünftige „Squeeze-out“-Fälle die Leitlinien sein.

Rechtsanwalt Dr. Claus Steiner, Wiesbaden

24. Mai bis 7. Juni 2024

Die **BaFin** hat ihre Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Banken aktualisiert. In der 8. Novelle konzentriert sie sich auf das Management von Zinsänderungsrisiken und Kreditspreadrisiken im Anlagebuch. Die **MaRisk** sollen transparent machen, was die BaFin hier von den Kreditinstituten erwartet. In der 8. **MaRisk-Novelle** hat die BaFin die Ende 2023 vollständig in Kraft getretenen Leitlinien der **EBA** umgesetzt. Die wichtigsten Änderungen finden sich im Abschnitt im **BTR 2.3** (Marktpreisrisiken im Anlagebuch) und im neuen Abschnitt **BTR 5** (Kreditspreadrisiken im Anlagebuch). Im **BTR 2.3** hat die BaFin die Anforderungen an das Risikomanagement von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch stärker konkretisiert. Mit dem **BTR 5** hat die BaFin ein neues Modul in die **MaRisk** integriert. Darin formuliert sie erstmals allgemeine Anforderungen an das Risikomanagement von Kreditspreadrisiken. Außerdem hat die BaFin noch einige Themen präzisiert. Das betrifft die Module der **MaRisk AT 4.2 – Strategien**, **AT 4.3.3 – Stresstests** und **AT 7.2 – technisch-organisatorische Ausstattung**. Die neue Fassung trat unmittelbar mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Die **Commerzbank** übernimmt 74,9 Prozent an der **Aquila Capital Investmentgesellschaft**. Beide Unternehmen hatten diesen Schritt im Januar 2024 angekündigt. Nachdem die zuständigen deutschen und europäischen Behörden die erforderlichen Genehmigungen inzwischen erteilt haben, wurde das Closing jetzt erfolgreich abgeschlossen.

Die **Frankfurter Volksbank Rhein/Main** und die **Raiffeisen-Volksbank Aschaffenburg** haben bei ihrem geplanten Zusammenschluss einen weiteren wichtigen Meilenstein erreicht. Die Vertreterversammlung der Frankfurter Volksbank Rhein/Main hat den Fusionsplänen einstimmig zugestimmt. Der geplante Zusammenschluss ist die 22. Fusion der Frankfurter Volksbank Rhein/Main seit 1990.

Weniger als ein Jahr nach der Übernahme der europäischen Asset-Servicing-Ak-

tivitäten der **Royal Bank of Canada (RBC)**, sind nun alle Mitarbeiter an den einzelnen Standorten unter gemeinsamen rechtlichen Strukturen zusammengefasst. Auf Kundenseite ist das Migrationsprojekt ebenfalls im Gange und soll bis Ende 2024 abgeschlossen sein. Nach Erteilung der aufsichtsrechtlichen Genehmigungen hat **CACEIS** seine rechtlichen Strukturen durch Zusammenlegung von Einheiten in Frankreich, Luxemburg, Belgien, Irland und der Schweiz aktualisiert.

Die **Helaba** hat sich erfolgreich mit vier Anwendungsfällen bei den **EZB-Trials** beworben. Im Rahmen der von der **Bundesbank** offerierten Trigger Solution wird unter anderem eine Namensschuldverschreibung der **Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank)** digital über das Fintech **Cashlink Technologies** begeben. Die digitale Abwicklung erfolgt mittels Tokenisierung. Die Helaba übernimmt bei dieser Transaktion das Settlement. Neben der digitalen Namensschuldverschreibung der WIBank sind zwei digitale Sparkassenbriefe gemeinsam mit Verbundbanken sowie eine digitale Anleihe für ein DAX-Unternehmen gemeinsam mit der **Deka** im Rahmen der **EZB-Trials** geplant.

Nach 15 Jahren verlässt die Muttergesellschaft der **Bayerischen** als erster Versicherer der Branche den Run-off. Geplant zum 1. Juli 2024 wird die Konzernmutter unter neuem Namen „**BY die Bayerische Vorsorge Lebensversicherung a.G.**“ das Neugeschäft wieder aufnehmen. Dieser Schritt markiert einen wichtigen Meilenstein für die Versicherungsbranche und das Modell des internen Run-offs. Die **BY**, bisher **BBV-L**, stand während der Finanzkrise 2008 vor großen Herausforderungen. Durch die strategischen Maßnahmen der Einstellung des Neugeschäfts und ein striktes Kostensenkungsprogramm gelang es jedoch, diese Schwierigkeiten zu überwinden und seit 2012 unter der Marke „die Bayerische“ anzutreten. Nun werden wieder alle drei Versicherungsgesellschaften unter der Marke „die Bayerische“ am Markt aktiv sein.

Die beiden Lebensversicherer der Gruppe, die Mutter **BY** und die Tochter **BL**, wollen mit unterschiedlichen Schwerpunkten am Markt agieren: Die Konzernmutter wird sich auf die Absicherung biometrischer Risiken spezialisieren, während die Konzerntochter **BL** sich auf Altersvorsorgeprodukte mit Fokus auf Nachhaltigkeit konzentrieren wird.

Die Europäischen Aufsichtsbehörden (**EBA**, **EIOP** und **ESMA – die ESAs**) haben ein multilaterales Memorandum of Understanding (MoU) unterzeichnet, um die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch mit der **Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA)** zu stärken. Mit dieser multilateralen Absichtserklärung werden die laufenden Gespräche zwischen den **ESA** und der **ENISA** formalisiert, um ihre bereits enge Zusammenarbeit zu stärken, die sich aus der Richtlinie über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau (**NIS2-Richtlinie**) und dem **Digital Operational Resilience Act (DORA)** ergibt. Diese Absichtserklärung legt den Rahmen für die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch bei Aufgaben von beiderseitigem Interesse fest, einschließlich der Umsetzung von Richtlinien, der Meldung von Vorfällen und der Beaufsichtigung kritischer Drittanbieter von Informations- und Kommunikationstechnologien (**IKT**). Sie soll auch die Konvergenz der Rechtsvorschriften fördern, das sektorübergreifende Lernen und den Aufbau von Kapazitäten in Bereichen von gemeinsamem Interesse sowie den Informationsaustausch über neue Technologien erleichtern.

Der Geschäftsbereich **Securities Services** von **BNP Paribas** ist von der Kapitalverwaltungsgesellschaft **Flossbach von Storch** mit einem umfangreichen Mandat beauftragt worden. Dieses umfasst die Dienstleistungen **Global Custody**, **Fund Administration** und **Transfer Agency** für Publikumsfonds in Deutschland und Luxemburg mit einem Volumen von über 50 Milliarden Euro. **Flossbach von Storch** wechselt von der **DZ Bank** zu **BNP**.



Mit Wirkung zum 1. Juni 2024 ernennt die Universal Investment Gruppe **John Burns** zum Group Chief Technology Officer (CTO) und Mitglied des Executive Boards. In der neu geschaffenen Position des CTO wird er für alle Technologie-Aspekte der Fonds-Service-Plattform verantwortlich sein. Zu seinen Aufgaben gehören unter anderem die strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung der IT-Plattformen der Gruppe mit dem Ziel, das weitere Wachstum ebenso voranzutreiben wie kundenorientierte Lösungen. Burns war zuvor bei der DWS.



Iris Bethge-Krauß, Hauptgeschäftsführerin und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB), ist zum vierten Mal zum Vorstandsmitglied der European Association of Public Banks (EAPB) auf der Mitgliederversammlung gewählt worden.

Auf Vorschlag des Aufsichtsrats hat der Gesellschafter NLF **Roland Boekhout**, der die Rolle des Vorstandsvorsitzenden (CEO) übernehmen wird, zum 22. Mai 2024 zum Mitglied des Vorstands der De Volksbank bestellt. Boekhout folgt auf **Martijn Gribnau**, der für eine zweite Amtszeit als CEO nicht zur Verfügung steht. Die Ernennung wurde von der Europäischen Zentralbank genehmigt. Boekhouts Amtszeit endet an der Generalversammlung 2028. Zuvor war er Berater bei McKinsey. Davor wiederum Firmenkundenvorstand der Commerzbank und CEO bei der ING Deutschland.



Dr. Stephanie Eckermann (Foto) wurde zum 1. Juni 2024 zum Mitglied des Vorstands der Deutsche Börse AG bestellt. Sie leitet das neu geschaffene Ressort Post-Trading, das die beiden Geschäftsbereiche Securities Services und Fund Services mit dem Nachhandelsdienstleister Clearstream umfasst. Eckermann ist seit 2020 als Managing Director für die Grup-

pe Deutsche Börse tätig. Sie verantwortete zuvor den Bereich Strategy & Controls Post-Trading im Vorstandsressort des designierten Vorstandsvorsitzenden **Dr. Stephan Leithner**. Zudem ist Stephanie Eckermann seit 2020 Mitglied des Vorstands der Clearstream Holding AG und seit 2023 Vorsitzende des Vorstands der Clearstream Banking AG.

Inka Winter ist seit dem 1. Juni 2024 neue Generalbevollmächtigte der Fürstlich Castell'schen Bank und damit neues Mitglied der Geschäftsleitung. Winter kam im Jahr 2022 als Chief Sustainability Officer zur Fürstlich Castell'schen Bank. Vor ihrem Eintritt in die fränkische Privatbank war sie in verschiedenen Funktionen im Kapitalmarktgeschäft und Asset Management im Konzern Deutsche Bank sowie bei M.M. Warburg & Co tätig.

Sparkassen-Finanzgruppe

Der Aufsichtsrat der Finanz Informatik wählte am 29. Mai 2024 **Prof. Dr. Liane Buchholz**, Präsidentin und Vorsitzende des Vorstands des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe, zu seiner künftigen Vorsitzenden. Sie war bisher stellvertretende Vorsitzende und übernimmt dieses Amt zum 1. Juli 2024 von **Thomas Mang**, Präsident und Verbandsvorsteher des Sparkassenverbands Niedersachsen, der das Gremium seit 2017 geführt hatte.

Maik Mittelberg hat zum 1. Juni 2024 sein Amt als Vorstand Risiko und Organisation bei der Saar-LB angetreten. Neben dem Kreditbereich gehören zu seinem Ressort auch die Themenfelder IT, Organisation und Compliance.

Tim Nikelski wird Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Hameln-Weserbergland. Er folgt damit auf **Alois Drube**, der am 30. Juni 2024 in den Ruhestand tritt. Den Vorstandsvorsitz soll Nikelski spätestens zum 1. Januar 2025 übernehmen. Bislang ist er Vorstandsmitglied und stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Kreis Sparkasse Walsrode.

24. Mai bis 7. Juni 2024

Finanzvorstand **Dr. Ulrich Scholten** wurde vom Aufsichtsrat, vorbehaltlich der Zustimmung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, mit Wirkung zum 1. April 2025 für weitere fünf Jahre zum Mitglied des Vorstands der Provinzial Holding bestellt. Er ist bereits seit 2015 Vorstand des Provinzial Konzerns und verantwortet die Bereiche Finanzen und Kapitalanlagen.

Genossenschaftliche Finanzgruppe

Der Vorstand von Union Investment Luxemburg (UIL) hat sich am 1. Juni 2024 neu formiert und besteht nunmehr aus drei Mitgliedern. Nachdem **Maria Löwenbrück** zum 31. Mai 2024 auf eigenen Wunsch als Vorstandsmitglied der UIL ausgeschieden ist, hat der Aufsichtsrat neben **Rolf Knigge** zum 1. Juni 2024 mit **Klaus Bollmann** und **Kai Nemeč** zwei neue Vorstände berufen.

Feier-Tage

Jörg Buschmann, ehemaliges Vorstandsmitglied der Sparkasse Hilden Ratingen Velbert, wurde am 12. Juni 2024 65 Jahre alt.



Gerhard Grandke, ehemaliger Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, hat am 11. Juni des laufenden Jahres das 70. Lebensjahr vollendet.

Anton Osterauer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Dachau, hat am 14. Juni 2024 das 75. Lebensjahr vollendet.

Wichtige Basis für Personalien ist neben den Pressemitteilungen der jeweiligen Institute und den eigenen Recherchen insbesondere bei den Volks- und Raiffeisenbanken das Unternehmensregister, dessen Veröffentlichungstermine leider nicht sehr zeitnah sind.

Redaktionsgespräch mit Eckhard Forst

„Den Wandel der Wirtschaft zu begleiten, ist etwas Sinnstiftendes“

Herr Forst, wo stehen die deutschen Förderbanken im Jahr 2024?

Die Förderbanken sind bei der Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit nicht mehr wegzudenken. Sie haben sich in der Corona-Pandemie und der beschleunigten Energiewende durch den Ukraine-Krieg einmal mehr als akute Krisenhelfer bewährt. Und gleichzeitig wird ihre Rolle bei der Transformation immer wichtiger. Förderbanken begleiten insbesondere die mittelständische Wirtschaft, Kommunen und auch Start-ups dabei, diesen Wandel nicht nur zu bewältigen, sondern auch mitzugestalten. Nachhaltigkeit ist Teil ihrer DNA und ihres gesellschaftlichen Auftrags. Sie unterstützen durch ein breites Angebot an Fördermaßnahmen und stehen den Unternehmen und Organisationen mit Beratung zur Seite.

Haben die deutschen Unternehmen angesichts der schwachen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, Inflation und Fachkräftemangel nicht aktuell ganz andere Sorgen?

Kurzfristig mag das so sein. Mittel- bis langfristig sieht es aber anders aus. Ich bin davon überzeugt, dass eine nachhaltige Ausrichtung für Unternehmen erhebliche Effizienzgewinne mit sich bringt. Das sehen wir jetzt schon bei Unternehmen, die Energie und Ressourcen in der Produktion sparen. Neben dem Aspekt, das Klima zu schützen, muss sich Transformation aber auch rechnen, sie muss wirtschaftlich sein. Bei der Energieversorgung scheint zum Beispiel absehbar, dass der Preis für fossile Energien weiter steigen wird. Wer sein Unternehmen jetzt anpasst, schafft die

Voraussetzung dafür, auch zukünftig im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Im Übrigen können Unternehmen auch beim Wettbewerb um junge und gut ausgebildete Nachwuchskräfte mit Nachhaltigkeit punkten. Allerdings dürfen wir uns dabei nicht nur auf die ökologische Dimension beschränken.

Wie meinen Sie das?

Es geht auch darum, dass Wohlstand im Sinne von sozialer Lebensqualität gefördert wird, also um Bereiche wie Wohnen, Bildung, Gesundheit und Pflege, aber auch um Arbeitsbedingungen in Unternehmen, Vielfalt und Inklusion. Nur Unternehmen, die sich diesen Themen stellen und ein entsprechendes Arbeitsumfeld anbieten, werden langfristig erfolgreich sein. Und es geht auch um eine „gute“ Unternehmensführung, eine gute „Governance“, letztlich also um alle drei ESG-Dimensionen.

Die Lage am Wohnungsmarkt ist angespannt, bezahlbarer Wohnraum wird dringend benötigt. Welche Rolle spielen hier die Förderbanken?

Bei der Wohnraumförderung sind die deutschen Förderbanken traditionell sehr stark aufgestellt. Ohne die Programme wie sie die Förderbanken der Länder sowie die KfW anbieten, würden viele Wohnungen gar nicht gebaut werden. Tatsächlich erleben wir derzeit eine Renaissance der Wohnraumförderung. Eine ganze Reihe von Unternehmen, die bisher frei finanziert und damit eher hochpreisig gebaut haben,

wenden sich jetzt dem öffentlichen Wohnraum und den Fördermöglichkeiten zu. Durch hohe Tilgungsnachlässe, lange Laufzeiten und attraktive Zinssätze können Investorinnen und Investoren Projekte realisieren, die ansonsten unter den schwierigen Rahmenbedingungen wirtschaftlich kaum noch tragfähig wären. Insofern spielen Förderbanken hier eine entscheidende Rolle. Im Übrigen geht es dabei auch um den Klimaschutz, für den durch energieeffizientes Bauen viel getan werden kann.

Wo sehen Sie die wichtigsten Herausforderungen für die Förderbanken?

Da sehe ich drei Themen. Einerseits sind wir gefordert, für den Markt gängige Förderprogramme zu entwickeln und den Wandel mit unseren Produkten zu begleiten. Andererseits müssen wir sehen, wie wir mit den weiter zunehmenden regulatorischen Herausforderungen zurechtkommen, die unsere Arbeit komplexer machen. Das gleiche gilt für Anforderungen der Auftraggeber, der Rating-Agenturen sowie weiterer Akteure. Und zum dritten wird auch uns die demographische Entwicklung herausfordern. Viele Baby Boomer unter den Beschäftigten werden in den nächsten zehn Jahren die Förderbanken verlassen. Diese Stellen neu zu besetzen, wird eine große Herausforderung sein.

Sie haben das Thema Regulatorik angesprochen: Welche Herausforderungen meinen Sie da konkret?

Wir plädieren grundsätzlich dafür, die regulatorischen Auflagen für Förderbanken auf das absolut Notwendige zu begrenzen. Das bedeutet nicht, neue Ausnah-

merregeln für Förderbanken zu fordern, sondern bei der Ausgestaltung der Regulatorik das Förderbankenmodell zu berücksichtigen. Aufgrund ihrer besonderen Eigentümerstruktur und weil sie nicht im Wettbewerb zu anderen Banken stehen, sind die deutschen Förderbanken auf der europäischen Ebene von den großen Regulierungsvorhaben ausgenommen. Sie sind also keine CRR-Institute. Dies sollte nicht durch nationale Regeln wieder konterkariert werden. Und im Übrigen wäre das auch ein starker Beitrag zum vielfach geforderten Bürokratieabbau.

Aber würde das Förderbanken nicht dazu verleiten, unangemessene Risiken einzugehen?

Förderbanken agieren im Auftrag ihrer öffentlichen Eigentümer, also des Bundes oder der Länder, um gesellschafts- und wirtschaftspolitische Ziele zu erreichen. Anders als im Wettbewerb stehende Unternehmen streben sie keine Gewinnmaximierung an. Sie sind nicht nur gegenüber ihrem Träger rechenschaftspflichtig, sondern werden auch von den Rechnungshöfen des Bundes und der Länder kontrolliert. Die Finanzkrise 2008 hat gezeigt, dass sie keine unangemessen hohen Risiken eingehen.

Im Zuge der Corona-Krise haben die Förderbanken Personalkapazitäten aufgebaut. Brauchen sie dieses Personal nach der Krise überhaupt noch?

Die Corona-Pandemie mag aus dem öffentlichen Bewusstsein weitgehend verschwunden sein. Das gilt aber nicht für die Arbeit in den Förderbanken, die in den meisten Bundesländern das Bearbeiten der Corona-Wirtschaftshilfen auch des Bundes übernommen haben. Als der Wirtschaft in der Corona-Krise schnell geholfen werden musste, haben die Förderbanken unkompliziert und zügig gehandelt. Es war ein großes Glück für die deutsche Wirtschaft, dass wir auf diese Förderbankenlandschaft zurückgreifen konnten. Es werden noch immer sogenannte Schlussabrechnungen gestellt, was die Kapazitäten weiterhin eine ganze Weile binden wird.

Auf der anderen Seite zeigt sich, dass Förderbanken gute Leute bei der Finanzierung der Transformation benötigen. In einigen Jahren wird unser Problem daher nicht sein, dass wir einen zu hohen Personalbestand haben, sondern dass wir mit dem Ausscheiden der Baby Boomer dringend neues Personal benötigen.

Haben die Förderbanken angesichts des demografischen Wandels überhaupt eine realistische Chance, diese Menschen am Arbeitsmarkt zu bekommen?

Ich denke ja. Gerade jungen Leuten geht es heute nicht allein um Karriere, die wir natürlich auch zu bieten haben. Sie wollen eine sinnstiftende Arbeit, fragen nach dem sogenannten „Purpose“. Den Wandel der Wirtschaft zu begleiten und dabei soziale wie ökologische Ziele zu erreichen, ist meines Erachtens etwas sehr Sinnstiftendes. Gleichzeitig geht es auch um die Digitalisierung und zahlreiche andere Aufgaben, mit denen wir die Zukunft gestalten. Die Themenvielfalt in den Förderbanken ist ausgesprochen groß. Das macht die Arbeit zumindest für mein Empfinden sehr attraktiv.

Wie bewerten Sie die Rolle der EU-Taxonomie bei der Finanzierung der digitalen Transformation?

Wir sollten uns nicht nur auf die Taxonomie fokussieren. Natürlich ist es grundsätzlich richtig, grüne Wirtschaftsaktivitäten zu fördern. Wir dürfen aber nicht aus dem Auge verlieren, dass gerade Sektoren, die aktuell noch sehr energieintensiv produzieren, in den kommenden Jahren massive Investitionen durchführen müssen, um sich in Richtung Klimaneutralität zu bewegen. Es wird also zunehmend wichtiger werden, Unternehmen, die auf dem Weg sind, grün zu werden, zu unterstützen.

Wie sehen Sie die Zukunft der Förderbanken?

Die doppelte Aufgabe der Förderbanken als Krisenhelfer einerseits und Gestalter des Wandels andererseits wird auch zukünftig die Arbeit der Förderbanken in



Eckhard Forst



Präsident, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e. V., Berlin

Eckhard Forst zeigt sich im Redaktionsgespräch überzeugt, dass Förderbanken bei der Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit nicht mehr wegzudenken seien. Neben ihrer Rolle als Krisenbewältiger sieht er die Förderbanken vor allem in der Pflicht, die nachhaltige Transformation zu unterstützen. Nachhaltigkeit bezieht er dabei ganz explizit nicht nur auf das „E“ aus den drei Buchstaben „ESG“. Eine wichtige Rolle spiele dabei auch die Wohnraumbförderung durch die Förderbanken. Zu den wichtigsten Herausforderungen der Förderbanken zählt er unter anderem die zunehmende Regulatorik, aber auch die demografische Entwicklung, insbesondere, wenn die Babyboomer-Generation in Rente gehen wird. Beim Thema Regulatorik plädiert er dafür, diese für Förderbanken aufgrund des Geschäftsmodells auf das absolut Notwendige zu beschränken. Beim Thema Demografie sieht er die Förderbanken in einer guten Wettbewerbssituation um Talente. Insgesamt zeigt sich Forst überzeugt, dass sich die Förderbanken als starker Partner der Wirtschaft bewährt hätten. (Red.)

Deutschland bestimmen. Dabei wird auf absehbare Zeit ein starker Fokus auf der nachhaltigen Transformation der Wirtschaft liegen, denn sie ist kein Kurzstreckenlauf, sondern ein Marathon. Die Förderbanken des Bundes und der Länder werden daher auch zukünftig gebraucht. Sie haben sich als starker Partner der Wirtschaft bewährt. Andere europäische Länder beneiden uns um unsere Förderbanken.

Nicola Beer

Die EIB – Europas Förderbank für bessere Lebensverhältnisse

Bröckelnde Brücken, Straßen und Schienen, mangelhafte Bildungsinfrastruktur, veraltete Gebäude, unzureichende Infrastruktur für Strom, Wasserstoff und Wärme: Den bundesweiten zusätzlichen öffentlichen Investitionsbedarf in den nächsten zehn Jahren beziffern das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) inzwischen auf 600 Milliarden Euro.

Diese gewaltige Summe wird sich kaum allein aus Zuschüssen der öffentlichen Hand finanzieren lassen. Die gute Nachricht hier ist, dass Förderbanken – der Bundesländer, des Bundes (Kreditanstalt für Wiederaufbau) und der Europäischen Union (die Europäische Investitionsbank) einen wesentlichen Beitrag leisten können. Am besten, indem sie ihre Finanzierungsmöglichkeiten bündeln.

Die Europäische Investitionsbank ist gern bereit, ihre Finanzierungen in Deutschland auszuweiten – gerade in den eingangs genannten Bereichen. Denn als Förderbank der Europäischen Union ist es seit 66 Jahren die Aufgabe der Europäischen Investitionsbank (EIB), Projekte zu finanzieren, welche die Lebensverhältnisse der Menschen verbessern, generell in allen Bereichen öffentlicher Daseinsvorsorge und seit einigen Jahren besonders bei der Energiewende.

Dabei hat die Europäische Investitionsbank ein besonderes Augenmerk auf die EU-Mitgliedsstaaten. Die EIB begleitet aber auch Projekte in Partnerländer außerhalb der Europäischen Union, was aufgrund der starken internationalen Verflechtungen und geopolitischen He-

rausforderungen – etwa bei kritischen Rohstoffen und Energie – bedeutsam ist. Besonderes Augenmerk gilt hier der Ukraine und den weiteren EU-Beitrittskandidatenländern.

Dies wird als EIB-Gruppe getan, die aus der Europäischen Investitionsbank und ihrer Beteiligung Europäischer Investitionsfonds besteht. Der Fonds hat als Motto „small is beautiful“, das heißt, er ist auf die Finanzierung kleiner Unternehmen spezialisiert, während die EIB größere Projekte ab Investitionsbeträgen von circa 50 Millionen Euro direkt unterstützen kann. Indirekt, über finanzielle Intermediäre, fördert sie auch kleinere Projekt.

Die Anteilseigner der EIB-Gruppe, die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – und damit auch Deutschland – nutzen die Finanzierungsmöglichkeiten der Bank mit Hauptsitz in Luxemburg, um Projekte voranzubringen, die die doppelte Transformation – grün und digital – umsetzen.

Dies sind zum einen Projekte, die den Klimawandel bekämpfen helfen:

- sei es durch den Ausbau erneuerbarer Energien, wie Offshore- und Onshore-Windparks,
- den Ausbau der Strom- und Wärmenetze,
- sei es durch moderne Regionalzüge, Straßenbahnen und Elektrobusse,
- energieeffiziente Gebäude oder
- die Entkarbonisierung der industriellen Produktion.

Zudem Projekte, die Innovationen voranbringen:

- etwa Elektrolyseure für Wasserstoff,
- neue Batterietechnik – und Batterierecycling,
- oder auch Start-ups im Bereich Digitalisierung.

Ein Leuchtturm-Projekt für die Europäische Investitionsbank in diesem Jahr ist die Finanzierung der Modernisierung des Stromnetzes der TEAG in Thüringen mit 400 Millionen Euro. Im Aktionärskreis des Versorgers haben sich 620 ländliche Kommunen zusammengeschlossen. Die Modernisierung soll sicherstellen,

- dass auch auf dem Land Wind- und Sonnenstrom flexibel ein- und ausgespeist werden können,
- dass das Laden von Autobatterien und der Betrieb von Wärmepumpen die Netzsicherheit nicht gefährden,
- dass Unternehmen ihre Produktion von fossilen Energien auf Strom umstellen und CO₂ einsparen können,
- dass die TEAG ihre großen Windenergieüberschüsse europaweit, zum Beispiel nach Italien und Spanien, exportieren kann.

Die Europäische Investitionsbank sieht den Zusammenschluss kleinerer Kommunen bei der TEAG als Vorbild für den ländlichen Raum. Denn für jede einzelne von ihnen wären Investitionen in die Energiewende vermutlich viel zu teuer.



Allerdings sieht sich die Europäische Investitionsbank nicht nur als Förderer von Infrastrukturprojekten. In den Debatten über die doppelte grüne und digitale Transformation geht es allzu häufig allein um große Unternehmen. Dies ist ein Fehler, stehen doch kleine und mittelgroße Unternehmen, mit bis zu 250 Beschäftigten und 50 Millionen Euro Jahresumsatz, für 99 Prozent aller Unternehmen in Deutschland. Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten, 56 Prozent, arbeiten bei einem Mittelständler.

Förderung von Kleinunternehmen

Der EIB-Gruppe ist es deshalb ein Anliegen, auch kleinere Unternehmen fördern zu können. Um dies als europäische Institution leisten zu können, arbeitet sie seit jeher gern und intensiv mit öffentlichen und privaten Banken vor Ort zusammen, um Synergien bei der wirtschaftlichen Förderung zu entwickeln.

Dafür hat die EIB folgende Produkte:

- Multiple Beneficiary Intermediated Loans (MBIL): der Intermediär, meist die lokale Bank, bekommt eine EIB-Finanzierung, um vorrangig kleine und mittlere Unternehmen (KMU), etwa im Umweltbereich oder in der Innovation, fördern zu können. Dabei können die Projektkosten normalerweise bis zu 25 Millionen Euro betragen und die Finanzierung bis zu 12,5 Millionen Euro.
- Framework Loans (FWL): Der Intermediär bekommt ein Rahmendarlehen, um auch größere Projekte mit Kosten über 25 Millionen Euro zu unterstützen, die allerdings mit der EIB vor Auszahlung des Kredits abgesprochen werden müssen.
- Linked Risk Sharing (LRS): Die EIB teilt mit dem Intermediär die Risiken der Enddarlehen zu 50 Prozent, nach einer detaillierten Due Diligence der Kreditgenehmigungsprozesse und des Kreditrisikomanagements des Intermediärs. Mit diesem Produkt kann der Intermediär ein breiteres Portfolio auf seine Bilanz nehmen, weil das Risiko geteilt wird.

- Financial Instruments (FI): in diesem Fall werden Verbriefungen genutzt. Die Verbriefung führt zu einer Kapitalentlastung beim Intermediär, der sich dazu verpflichtet, die frei werdenden Mittel in förderfähige Projekte weiterzuleiten.

In Deutschland hat die EIB verschiedene Finanzierungen mit den öffentlichen Förderbanken der Länder abgeschlossen. Es gibt dabei eine Konzentration in Nordrhein-Westfalen (mit der NRW Bank) und Brandenburg (mit der Investitionsbank des Landes Brandenburg, ILB), aber auch Finanzierungen in Sachsen (mit der Sächsischen Aufbaubank), Thüringen (mit der TAB) und Schleswig-Holstein (mit der IB Schleswig Holstein) und auch mit einigen Landesbanken (zum Beispiel Helaba von Hessen-Thüringen).

Dabei werden vor allem folgende Sektoren unterstützt:

- Kleinere und mittelgroße kommunale Investitionen in die Infrastruktur,
- Sozialer Wohnungsbau und Unterkünfte für Migranten,
- Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen,
- Schulen und Kitas,
- KMU und Mittelstand,
- Braunkohlesanierung und regionale Transformation.

Die Kooperation der EIB mit Förderbanken in Deutschland erfolgt durch MBILs und Framework Loans, während die Linked Risk Sharing und Financial Instruments bisher nur mit kommerziellen Banken umgesetzt wurden. Da allerdings die Energiewende die Notwendigkeit der Finanzierung und Risikoübernahme durch Förderbanken erhöhen wird, könnten Produkte der Europäischen Investitionsbank, die eine Risikoverteilung ermöglichen, auch für Förderbanken interessant werden.

In Deutschland will die EIB in den nächsten Jahren ihr Fördergeschäft weiter ausbauen. Im vergangenen Jahr hat die EIB-Gruppe in Deutschland Neukredite über



Nicola Beer  

Vizepräsidentin, Europäische Investitionsbank (EIB), Luxemburg

Laut der EIB-Vizepräsidentin und FDP-Politikerin Nicola Beer ist der bundesweit zusätzliche Investitionsbedarf in den nächsten zehn Jahren mit 600 Milliarden Euro gigantisch. Sie glaubt, dass Förderbanken dabei einen wesentlichen Beitrag leisten können. Auch die EIB sei dazu bereit, ihren Beitrag zu leisten. Das Hauptaugenmerk der EIB liege dabei zwar auf den Mitgliedsstaaten, aber auch Projekte in Partnerländern der EU würden gefördert. Der zur EIB gehörende Europäische Investitionsfonds konzentrierte sich vor allem auf kleine und mittlere Unternehmen, die EIB selbst auf Projekte mit Investitionsbeträgen ab 50 Millionen Euro. In Deutschland kooperiert die EIB dabei mit den Förderbanken. Hier soll das Fördergeschäft in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden. (Red.)

8,6 Milliarden Euro unterzeichnet, nach 6,6 Milliarden Euro 2022 und 5,6 Milliarden Euro 2021. Weltweit hat die EIB-Gruppe im vergangenen Jahr 88 Milliarden Euro Kredite zugesagt, davon 49 Milliarden Euro explizit für Klimaschutz und Energiewende.

Angesichts neuer Herausforderungen wird die EIB im Bereich Sicherheit und Verteidigung die Industrie stärker unterstützen. Hierzu hat die EIB die Definition von Dual-Use-Gütern, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können, weiter gefasst, sodass mehr Unternehmen, gerade innovative Mittelständler, erfasst werden.

Mona Neubaur

Investitionen für Enkelfähigkeit und Standortqualität

Das strukturwandelereifere Nordrhein-Westfalen legt auf die Transformation Richtung Klimaneutralität und Nachhaltigkeit eine Priorität. Der Wandel vollzieht sich als wahrgenommene Verantwortung – und als wahrgenommene wirtschaftliche Chance. Diese Basis einer „gekoppelten Sinnhaftigkeit“ gilt es hervorzuheben: Ökologische Verantwortung und ökonomische Rationalität fallen bei der Transformation zusammen. Anders gesagt: Investitionen in Klimaschutz, Energieeffizienz und Ressourcenschutz rechnen sich im übertragenen wie im wörtlichen Sinne. Deshalb liegt dem ambitionierten Ziel, Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion zu entwickeln, eine integrierte Perspektive zugrunde, die die Wettbewerbs- und damit Zukunftsfähigkeit des Standortes in den Fokus stellt.

Die Energiewende erfordert beträchtliche Investitionen und finanzielle Mittel im Energiesektor, in Erneuerbare-Energien-Anlagen, in Netze, Speicher und vielseitige Technologien zur intelligenten Kopplung mit den Sektoren Industrie, Gebäude und Verkehr. Die Investitionsbedarfe für ganz Deutschland werden auf rund 1,4 Billionen Euro bis 2045 geschätzt. In Nordrhein-Westfalen investiert in eine moderne, resiliente und klimafreundliche Energieversorgung.

NRW auf dem Weg zur klimaneutralen Industrieregion

Um Nordrhein-Westfalen als Industriestandort zu erhalten, muss sich das Land verändern. Nicht trotz des festen Willens, Industriestandort, auch Standort der ener-

gieintensiven Industrie, zu bleiben, sondern genau wegen dieses festen Willens wollen wir Nordrhein-Westfalen bis 2045 zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas entwickeln. Denn in dieser Transformation liegen die wirtschaftlichen Chancen der Zukunft und liegt die „Enkelfähigkeit“ der Wirtschaft und Gesellschaft.

Voraussetzung dafür ist eine nachhaltige Transformation des Wirtschaftsstandortes und insbesondere des Energiesystems im Rahmen des energiepolitischen Zieldreiecks aus Klimaneutralität, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit. Das zukünftige Energiesystem wird weitgehend strombasiert sein. Die erneuerbaren Energien rücken ins Zentrum des Ver-

2023 um knapp 2,5 Gigawatt auf über 18,2 Gigawatt. Damit konnte der Zubau 2023 gegenüber 2022 mehr als verdoppelt werden.

Für den weiteren Ausbau ist insbesondere eine hinreichende Flächenkulisse elementare Voraussetzung. Nordrhein-Westfalen wird die bundesgesetzliche Vorgabe, bis 2032 einen Anteil von 1,8 Prozent der Landesfläche als Windenergiegebiete auszuweisen, bereits 2025 erfüllen. Zudem prüft und schafft Nordrhein-Westfalen auf allen Ebenen Optimierungen von Planungs- und Genehmigungsprozessen.

Mit schrittweisen Solardachpflichten werden Fotovoltaik-Anlagen zum Standard

„Um Nordrhein-Westfalen als Industriestandort zu erhalten, muss sich das Land verändern.“

sorgungssystems und werden flankiert von Speichern, flexiblen Lasten und regelbaren Kraftwerken.

Nordrhein-Westfalen wird als Energie- und Industrieland einen ambitionierten Beitrag zur Erreichung der bundesweiten Ausbauziele für erneuerbare Energien leisten. In dem dicht besiedelten Land sind bereits knapp 12 Prozent der bundesweiten Leistung an Fotovoltaik und Windenergie an Land installiert. Der bundesweit positive Trend wird auch durch die deutliche Ausbaudynamik in Nordrhein-Westfalen angeschoben: Insgesamt stieg hier die installierte Leistung erneuerbarer Energien im Stromsektor im Jahr

bei Neubauten und Dachsanierungen. Die Teilhabe und Akzeptanz der Bevölkerung wird unter anderem mit dem neu eingeführten Bürgerenergiegesetz NRW gestärkt, das eine finanzielle Beteiligung von Gemeinden sowie Einwohnern an neuen Windenergievorhaben zum Regelfall macht.

Auch die Potenziale von Biomasse und Wasserkraft sollen weiter erschlossen werden. Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat in Nordrhein-Westfalen eine hohe industriepolitische Relevanz und trägt dazu bei, den Industriestandort zukunftsfest aufzustellen und Arbeitsplätze zu sichern.



Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen unterstützt Akteure bei der Umsetzung von Energiewende- und Klimaschutzprojekten vor Ort durch Informations- und Beratungsangebote sowie Förderprogramme. Sie zielen darauf ab, den Einsatz erneuerbarer Energien zu erhöhen und die Energieeffizienz zu steigern. Mit den „progres.nrw“-Förderrichtlinien werden schon seit vielen Jahren innovative Projekte im Bereich des klimaneutralen Energie- und Wirtschaftssystems der Zukunft durch das Land gefördert. Dazu gehören beispielsweise die Umstellung auf erneuerbare Strom- und Wärmequellen sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz für Unternehmen, Bürger sowie Kommunen.

Förderprogramme zur Unterstützung der Energiewende

Mit dem „Masterplan Geothermie NRW“ hat die Landesregierung eine Hochlaufstrategie für die Erschließung der Potenziale der Geothermie erarbeitet. Zentrale Maßnahmen des Masterplans sind ein Explorations- und Bohrprogramm, mit dem der Geologische Dienst des Landes bis 2028 die Datenlage verbessern wird, sowie ein Fonds mit einem Budget von 20 Millionen Euro in treuhänderischer Verwaltung der NRW Bank zur Absicherung des Fündigkeitsrisikos. Zudem fördert das Land in Zusammenarbeit mit der NRW Bank wichtige Vorerkundungsmaßnahmen.

Diese Programme stehen beispielhaft für das Engagement des Landes, das die Energiewende vorantreibt und die Nutzung erneuerbarer Energien sowie klimaschonender Technologien fördert. Die NRW Bank als landeseigene Förderbank ist die zentrale Partnerin bei der Finanzierung der Energiewende. Den Kommunen und Unternehmen steht die NRW Bank mit einem vielseitigen Förderangebot zur Seite: Es reicht von zinsgünstigen Förderdarlehen über Eigenkapitalfinanzierungen bis hin zur unabhängigen Beratung zu Zuschüssen und Förderungen von Bund oder Europäischer Union. Eigene Förderprogramme

hat die Förderbank für mehr Energie- und Ressourceneffizienz, den Umstieg auf eine kohlenstofffreie Energieversorgung oder die Anschaffung von E-Fahrzeugen aufgelegt.

Ein „Booster“ als Hebel für private Investitionen

Auch wenn bei den bundesweiten Investitionen, etwa in Erneuerbare-Energien-Anlagen und komplementäre Technologien, in den letzten Jahren eine deutliche Steigerung zu verzeichnen ist, darf diese erfreuliche Entwicklung nicht den Blick darauf verstellen, dass die Investitionstätigkeit in Deutschland seit mehr als 20 Jahren schwächer ausfällt als in anderen Industrieländern.

Private Investitionen sind entscheidend, um die Energiewende zu meistern und gleichzeitig Wohlstand für die Gesellschaft und künftige Generationen zu wahren. Ohne staatliche Unterstützung, die vor allem solche privaten Investitionen anreizt, wird dies jedoch nicht gelingen.

Um die aktuelle Diskussion mit einem konstruktiven Vorschlag aus Frontstellungen zu führen, hat die Autorin einen „Investitions-Booster“ vorgestellt. Er soll zweckgebunden im Grundgesetz verankert werden und damit die nötige Rechts- und Planungssicherheit für Unternehmen sowie Investoren bieten.

Entscheidend beim Investitions-Booster ist seine einfache und zielgenaue Umsetzung: Jedes Unternehmen, das in eine klimafreundliche Maßnahme investiert, erhält als Investitionszulage über den Abschreibungszeitraum eine Steuergutschrift in Höhe von 25 Prozent des Investitionsbetrags. Auf diese Weise hebt die öffentliche Hand mit jedem Euro unbürokratisch das Dreifache an privaten Mitteln. Förderfähig sollen grundsätzlich alle Maßnahmen sein, die zur klimaneutralen und digitalen Transformation beitragen.

Es ist Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen für ein gutes Investitionsklima



Mona Neubaur



Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Das strukturwandlerfahrene (Kohlebergbau!) Nordrhein-Westfalen legt auf die Transformation in Richtung Klimaneutralität und Nachhaltigkeit eine Priorität, wie die Wirtschaftsministerin des bevölkerungsreichsten Bundeslandes im vorliegenden Beitrag betont. Um Industriestandort zu bleiben, müsse sich das Land verändern, so Ministerin Mona Neubaur. Nordrhein-Westfalen will dabei einen ambitionierten Beitrag zur Erreichung der bundesweiten Leistung an Fotovoltaik und Windenergie leisten. Neben der frühzeitigen Bereitstellung von Flächen für Windkraft will die Landesregierung vor allem auch Planungs- und Genehmigungsprozesse optimieren. Zentrale Partnerin bei der Finanzierung der Energiewende sei die landeseigene Förderbank NRW Bank. Doch die Ministerin wirft auch eine neue Maßnahme als Vorschlag „in den Ring“. So sollen Unternehmen eine Steuergutschrift in Höhe von 25 Prozent des Investitionsbetrags bekommen, sofern die Investition in klimafreundliche Maßnahmen geschieht. (Red.)

bei der Energiewende und der Transformation der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität zu schaffen. Dieser Jahrhundertaufgabe widmet sich die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen konzentriert und entschlossen. Die NRW Bank steht ihr dabei als verlässliche und schlagkräftige Partnerin zur Seite. Die Strategien und Maßnahmen des Bundeslandes leiten den Weg der Energiewende und zur klimaneutralen, wettbewerbs- und enkel-fähigen Industrieregion.

Iris Bethge-Krauß

Gezielte Investitionen sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Transformation

Große Herausforderungen trafen die deutsche Wirtschaft im ersten Halbjahr 2024: Inflation, Energiekrise und geopolitische Spannungen. Mit den Parlamentswahlen in der Europäischen Union und der Wahl des US-Präsidenten steht man vor neuen internationalen Umbrüchen und Machtverschiebungen. Auch die bevorstehenden Landtagswahlen in Deutschland sorgen für Unsicherheit und könnten zu einer Neustrukturierung der Landesparlamente führen. Zeitgleich verfolgt Deutschland ehrgeizige Ziele wie die Energiewende, Digitalisierung und die angestrebte Klimaneutralität bis 2040.

Immense, unbefriedigende Investitionslücke

Für die Umsetzung dieser Zukunftspläne benötigt es erhebliche Investitionen. Schätzungen von Deloitte und dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft zufolge erfordert allein die Energiewende bis zum Jahr 2030 Investitionen in Höhe von 600 Milliarden Euro. Diese immense Summe steht in starkem Kontrast zu den tatsächlich getätigten Investitionen von lediglich 22 Milliarden Euro im Jahr 2022. Diese Diskrepanz muss sowohl für die Energiewirtschaft als auch für die Banken als unbefriedigend gewertet werden.

Doch die staatlichen Finanzierungen in Deutschland stehen flächenmäßig vor einem Investitionsstau. Die öffentlichen Banken, allen voran die 19 Förderbanken des Bundes und der Länder, mitunter auch in kooperativen Partnerschaftsmo-
dellen mit privaten Kapitalgebern, sind gefragter denn je, um Infrastruktur-

projekte im städtischen und ländlichen Raum umzusetzen. Im Jahr 2023 haben die Förderbanken die deutsche Wirtschaft mit Zuschüssen in der Höhe von 15,2 Milliarden Euro gefördert. Damit hatte das Volumen in etwa das Niveau vor Ausbruch der Pandemie.

Kommunales Engagement weiter ausbauen

Kooperativ mit den Kommunen werden Projekte gefördert, welche die Bürger vor Ort unterstützen. Die Kommunen bilden das Rückgrat für den Ausbau von nachhaltiger Infrastruktur und stehen mit der Bewältigung der Transformation vor enormen Aufgaben. Sie müssen daher in ihrer Mittelausstattung, aber auch in der Umsetzung sowie Begleitung der Infrastrukturprojekte unterstützt werden. Dies ist

neben den Förder- und Finanzierungsaspekten auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels relevant.

Die Förderbanken werden ihr Engagement auf kommunaler Ebene weiter ausbauen. Sie sind bereits mit zahlreichen Förderprogrammen stark vertreten. Beispiele sind die KfW-Instrumente „Investitionskredit Kommunen“ (IKK) und „Investitionskredit Kommunale und Soziale Unternehmen“ (IKU) und die von der NRW Bank angebotene Förderung „NRW.BANK. Kommunal.Invest (Plus)“, mit denen lang-

fristige Finanzierungen in die kommunale Infrastruktur ermöglicht werden.

In nahezu jedem Bundesland haben die Förderbanken bereits Infrastrukturkompetenzzentren, die unterstützen und beraten können. Der VÖB schlägt daher vor, diese Beratungseinrichtungen stärker zu vernetzen, indem er sie zu einem föderalen Kompetenznetzwerk für nachhaltige Infrastrukturförderung ausbaut, da die Aufgaben in den einzelnen Ländern vergleichbar sind.

Große und vielfältige Investitionsvorhaben

Die Investitionsprojekte, die die Förderbanken finanzieren, erstrecken sich von Bildung über Digitalisierung bis hin zur Nachhaltigkeit. Ein deutliches Fazit zieht

„Die Förderbanken werden ihr Engagement auf kommunaler Ebene weiter ausbauen.“

sich durch alle Bereiche: Fortschritt und Transformation lassen sich nur durch eine zukunftsorientierte Planung und aktive Maßnahmen umsetzen. Die Förderbanken sehen dies als Chance, um notwendige Reformen anzugehen und strukturelle Neuanfänge zu wagen.

Gerade die Wohnraumsituation in Deutschland bleibt eine Mammutaufgabe. Die Förderbanken spielen eine entscheidende Rolle bei der Modernisierung von Gebäuden, der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und der Unterstützung von



Wohnungsbauprojekten, insbesondere im sozialen Wohnungsbau sowie bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums.

Förderbanken wie beispielsweise die BayernLabo und die Sächsische Aufbaubank (SAB) unterstützen aber auch beim Hausbau, dem Kauf eines Hauses oder einer Wohnung – vor allem Familien mit niedrigem bis durchschnittlichem Einkommen. Mit der Mietwohnungsfinanzierung der L-Bank „Leben & Wohnen“ kann der Neubau von energieeffizienten Mietwohnungen sowie Kindertagesstätten in Baden-Württemberg langfristig finanziert werden. Durch gezielte und vielfältige Förderprogramme und Finanzierungsmöglichkeiten tragen sie zur Verbesserung der Wohnsituation bei und unterstützen die Stadtentwicklung nachhaltig.

Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland

Gleichzeitig treiben Förderbanken auch die Twin Transformation voran, denn sie sind auch wichtige Unterstützer von Start-ups und mittelständischen Unternehmen bei der Weiterentwicklung ihrer Geschäftsmodelle, Produkte oder Produktionsabläufe. Gerade Start-Ups sind Vorreiter für Innovation und wirtschaftliches Wachstum. Durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze und Stärkung des Unternehmergeistes leisten sie einen positiven Beitrag zum Wirtschaftsstandort Deutschland.

So investierte die KfW Capital insgesamt bereits mehr als 2,2 Milliarden Euro in 112 Venture Capital-Fonds und konnte damit rund 2000 Start-ups erreichen. Die NRW Bank startete kürzlich ihr Förderprogramm „NRW.SeedBridge“, wodurch junge, innovative Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen die Zeit bis zur nächsten Finanzierungsrunde ohne Liquiditätspässe überbrücken und Wandeldarlehen von bis zu 200000 Euro beantragen können.

Auch mittelständische Unternehmen führen laut dem KfW-Digitalisierungsbericht 2023 den durch die Corona-Pandemie ausgelösten Digitalisierungsschub stetig fort. Schon 33 Prozent der mittelständischen

Unternehmen haben ihre Digitalisierungsvorhaben abgeschlossen und dabei Digitalisierungsausgaben in Höhe von 29,3 Milliarden Euro finanziert.

Grundstein für sichere und unbürokratische Investitionen

Eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg und die Umsetzung dieser Vorhaben ist und bleibt die verstärkte Unterstützung und Förderung seitens der Politik. Eine stabile Förderkulisse und verlässliche Rahmenbedingungen sind daher erforderlich, um damit den Grundstein für sichere und unbürokratische Investitionen zu legen. Förderungen, die politische Priorität erfahren haben, müssen somit langfristig verlässlich bleiben. Zudem können sich besonders umfängliche Planungs- und Genehmigungsverfahren auch negativ auf die Investitions-Attraktivität auswirken. Gerade eine Standardisierung von Genehmigungsverfahren kann dem entgegenwirken und Klagerisiken reduzieren.

Eine weitere Möglichkeit liegt in öffentlichen Garantieinstrumenten zur Verbesserung der Kreditqualität für Infrastrukturprojekte mit schwächerer Bonität. Es bedarf auch einer Absicherung von Investitionen privater Kapitalgeber und einer Verbesserung des Rendite-Risiko-Profiles von Investitionen in erneuerbare Energien. So lassen sich zusätzliche Investorengruppen für die Finanzierung von kommunaler Infrastruktur gewinnen. Gezielte politische Lenkung und auch der benötigte Wille werden notwendig sein, um diese ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit voranzutreiben.

Als Partner zusammenarbeiten

Ein wichtiger Baustein für den Erfolg der Transformationsfinanzierungen sind und bleiben die Förderinstitute des Bundes und der Länder. Mit ihrem speziellen Finanzierungswissen und ihrer Kapitalmarkterfahrung sind sie in der Lage, die notwendigen Mittel bereitzustellen und externe Investoren in die Finanzierung von öffentlicher Infrastruktur einzubinden.



Iris Bethge-Krauß



Hauptgeschäftsführerin und geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e. V., Berlin

Laut diversen Schätzungen benötigt alleine die Energiewende in Deutschland bis zum Jahr 2030 Investitionen in Höhe von 600 Milliarden Euro. Dazu sieht Iris Bethge-Krauß die im Jahr 2022 tatsächlich getätigten Investitionen in Höhe von lediglich 22 Milliarden Euro im krassen Gegensatz. Sie sieht daher auch die Förderbanken gefragter denn je. Die Kommunen bilden nach Meinung der Autorin das Rückgrat des Ausbaus nachhaltiger Infrastruktur. Dabei stehen diese bei der Bewältigung der Transformation vor großen Aufgaben. Daher wollen die Förderbanken ihr Engagement auf kommunaler Ebene weiter ausbauen. In beinahe allen Bundesländern hätten die Förderbanken bereits Infrastrukturkompetenzzentren, die unterstützen und beraten könnten. Bethge-Krauß schlägt vor, diese noch stärker zu vernetzen. Durch die Zusammenarbeit von Politik und Finanzwirtschaft könnten die ambitionierten Ziele der Bundesrepublik Deutschland vorangetrieben werden. (Red.)

In einer engen partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Politik und Finanzwirtschaft können die ambitionierten Ziele der Bundesrepublik vorangetrieben und die Zukunft mit Deutschland als Vorreiterrolle aktiv mitgestaltet werden. Förderbanken fungieren dabei nicht nur als Finanzierer, sondern auch als Förderer der Transformation. Gezielte und vielseitige Investitionen sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Transformation.

Michael Hüther / Simon Gerards Iglesias

Im Standortwettbewerb

Zustand und Ausblick der deutschen Wirtschaft. Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach wie vor in schwierigem Fahrwasser. In den jüngsten Daten zum Bruttoinlandsprodukt zeigt sich zwar eine leichte Aufwärtsbewegung im ersten Quartal 2024, die eine willkommene Wendung nach einer Phase schwacher wirtschaftlicher Leistung in Deutschland markiert. Dieser Anstieg wurde insbesondere durch positive Impulse aus dem Industriesektor und dem Baubereich vorangetrieben. Trotz dieser vorsichtigen Erholung bleiben die wirtschaftlichen Aussichten jedoch von globalen Unsicherheiten und politischen Herausforderungen hierzulande geprägt.

Die geopolitische Weltlage bleibt angespannt, die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten sowie die Spannungen zwischen China und den USA prägen weiterhin das Umfeld für unternehmerische

Entscheidungen. Dies wirkt sich besonders auf die Investitionen, die Preise und die globale Logistik aus, und es stellt ein konjunkturelles Risiko dar. Auch die bevorstehenden Europawahlen und die Unsicherheiten bezüglich der Präsidentschaftswahlen in den USA im November 2024 tragen zur Verunsicherung bei.

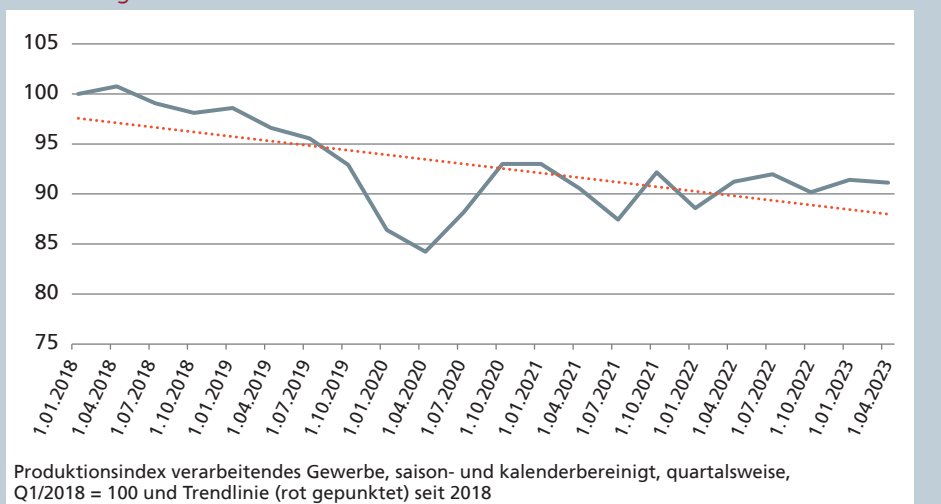
In diesem schwierigen globalen Umfeld bleiben die deutschen Unternehmen mit heimischen Herausforderungen konfrontiert. Trotz einiger Beruhigung der Energiekosten belasten steigende Arbeitskosten und eine schwache Produktivität die Wettbewerbsfähigkeit. Hohe Steuerlasten erschweren Investitionen und Innovationen, was wiederum die Produktivität beeinträchtigt und die Standortattraktivität mindert. Zudem trägt der Konsolidierungsdruck auf die öffentlichen Haushalte seit dem Verfassungsgerichtsurteil zur Verunsicherung über den mittelfristigen

Rahmen für den Umbau zur Klimaneutralität bei, was die Transformationsanstrengungen der Privatwirtschaft verlangsamt.

Herausfordernde Rahmenbedingungen

Insgesamt deuten die aktuellen Daten darauf hin, dass die deutsche Volkswirtschaft im Jahr 2024 keine signifikante Erholung zum Vorkrisenniveau erfahren wird; die Stagnation bleibt prägend. Die Rahmenbedingungen sind herausfordernd und eine grundlegende Entspannung ist nicht in Sicht. Die Aussichten hängen stark von den politischen Entwicklungen im Inland und Ausland ab, zudem wirken immer stärker die angebotsseitigen Herausforderungen – die Desintegration der Weltwirtschaft, die demografische Alterung sowie der Umbau zur Klimaneutralität – prägend auf das Wachstumspotenzial.

Abbildung 1: Industrierezession seit 2018



Quelle: Statistisches Bundesamt

Wachstumsschwäche: Gründe und Maßnahmen für mehr Wettbewerbsfähigkeit.

Die Wachstumsschwäche der deutschen Volkswirtschaft ist vielschichtig und hat vielfältige strukturelle Ursachen. Deutschland konnte im „goldenen Jahrzehnt“ von der globalen Finanzkrise bis zur Pandemie in besonderer Weise von der Integration in die Weltwirtschaft profitieren; die deutsche Volkswirtschaft war durch die Globalisierungsdividende begünstigt. Das ist seit der Pandemie anders geworden. Infolge der Grenzschließungen und der Stillstandsökonomie sind die Lieferketten in Unordnung geraten und die Logistiksysteme fundamental gestört worden. Die Folgen für die Kunden waren steigende Preise für viele Endprodukte,

sodass die Inflationsraten im Laufe des Jahres 2021 – unabhängig von den sukzessive sich verteuernenden fossilen Energieträgern – bereits deutlich anstiegen. Länger als seinerzeit erwartet wirken die Lieferkettenprobleme nach, und zwar bis heute.

Die mittlere notorische Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft wird evident, wenn man sich die Produktionszahlen im verarbeitenden Gewerbe ansieht, das sich seit 2018 in einer veritablen Rezession befindet (siehe Abbildung 1). In deren Folge wurden die Investitionen deutlich zurückgefahren.

Insbesondere die Bruttoausstattungsinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe liegen immer noch deutlich unter dem Niveau des Jahres 2019. Auf der Produktionsseite ist ein massiver Rückgang um bis zu 25 Prozent bei den energieintensiven Industrien zu verzeichnen, bedingt durch die hohen Energiekosten. Dies spiegelt sich auch in den vergleichsweise geringen Investitionen dieser Branchen wider, was schon seit zwei Jahrzehnten über negative Nettoinvestitionen zu einem schrumpfenden Kapitalstock geführt hat (siehe Abbildung 2).

Diese Herausforderungen verdeutlichen die lang anhaltenden Schwierigkeiten auf der Angebotsseite und beeinflussen die gesamtwirtschaftliche Lage.

Strukturelle Probleme im deutschen Geschäftsmodell

Die Schwierigkeiten im verarbeitenden Gewerbe reichen jedoch weiter zurück als die jüngsten Schocks. Sie stehen symptomatisch für strukturelle Probleme im deutschen Geschäftsmodell, insbesondere im Zusammenhang mit seinem Industriedienstleistungsverbund. Die Unsicherheiten über die Zukunft der Globalisierung belasten vor allem die deutsche Wirtschaft, die stark von weltwirtschaftlicher Integration profitiert hat.

Zusätzlich belastet der demografische Wandel die Wirtschaftsaussichten erheblich, da das Erwerbspersonenpotenzial

bereits bis 2030 deutlich sinken wird. Der Fachkräftemangel beeinträchtigt schon jetzt spürbar die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und treibt die Lohnstückkosten nach oben. Gleichzeitig steht Deutschland vor einem forcierten Strukturwandel hin zur Klimaneutralität bis 2045 gemäß dem Klimagesetz.

Dies alles führt dazu, dass das Potenzialwachstum der deutschen Volkswirtschaft, also das technisch mögliche und ökonomisch darstellbare Wachstum bei voll ausgelasteten Kapazitäten, nur noch bei knapp 0,5 Prozent liegt. In dieser Situation sind die allgemeinen Standortbedingungen von zentraler Bedeutung für die Wirtschaftspolitik. Es bedarf einer breiten Verbesserung der Investitionsbedingungen, der Sicherung bestehender Stärken und der Reduzierung bürokratischer Lasten. Die Bundesregierung muss daher dringend Maßnahmen ergreifen, um die Standortbedingungen zu verbessern, einschließlich der Unterstützung der Unternehmen in der Übergangszeit zu einer günstigen Energieversorgung und durch Senkung der Steuer- und Abgabenlast.

Es ist entscheidend, die Transformation zur Klimaneutralität wachstumsorientiert zu rahmen und nicht von den Grundlagen für Wertschöpfung und Wachstum zu entkoppeln. Die ordnungspolitischen Grundprinzipien einer erfolgreichen Transformationsstrategie umfassen die Kontinuität der Wirtschaftspolitik, die Technologieoffenheit und die effiziente Bereitstellung von Mitteln für private Investitionen. Die besondere Herausforderung der Transformation zur Klimaneutralität verlangt eine hohe Investitionsfähigkeit und Investitionsbereitschaft, wobei die einzelnen Schritte einer doppelten strategischen Unsicherheit erliegen: einmal wie üblich bei den Unternehmen, sodann durch den politischen Suchprozess für die angemessene Orientierung und Rahmung der betriebswirtschaftlichen Entscheidungen.

Reform der Schuldenbremse

Angesichts der aktuellen Haushaltsprobleme und der Regelung der Schulden-



Prof.
Dr. Michael Hüther

Direktor und Mitglied des Präsidiums,
Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.,
Köln



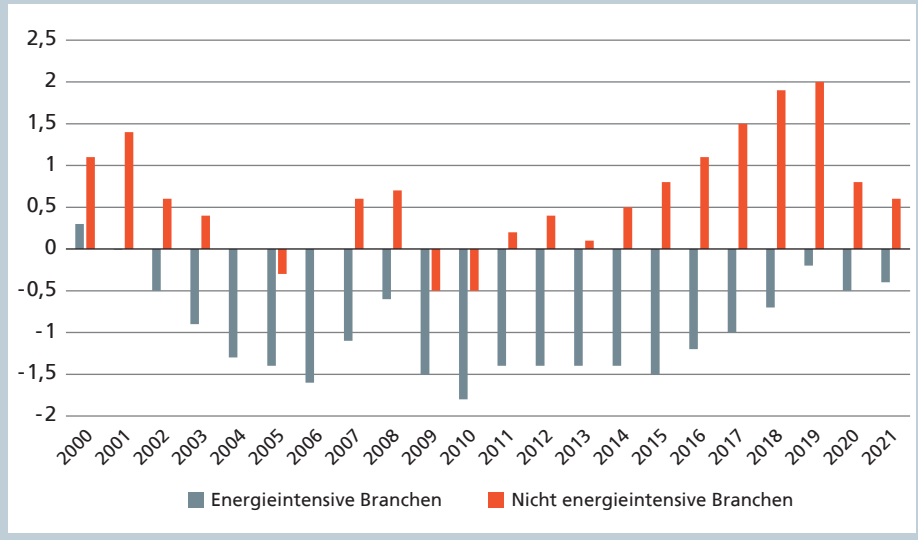
Dr. Simon Gerards
Iglesias

Persönlicher Referent des Direktors,
Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.,
Köln

Europa und mit ihm Deutschland befinden sich in einem globalen Standortwettbewerb. Michael Hüther und Simon Gerards Iglesias befassen sich im vorliegenden Beitrag mit Deutschlands Ausgangslage im Standortwettbewerb, aber auch mit den Problemen und arbeiten Lösungsvorschläge aus. Die Autoren sehen die deutsche Wettbewerbsfähigkeit durch steigende Arbeitskosten und eine schwache Produktivität belastet. Gleichzeitig warten große Umwälzungen mit hohem Investitionsbedarf auf Deutschland. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass derzeit das Potenzialwachstum der Deutschen Wirtschaft lediglich bei 0,5 Prozent liege. Sie fordern daher die Bundesregierung auf, dringend Maßnahmen zu ergreifen, mit denen die Standortbedingungen verbessert würden. Dazu gehöre die Unterstützung der Unternehmen in der Übergangszeit zu einer günstigen Energieversorgung und eine Senkung der Steuer- und Abgabenlast. Darüber hinaus halten Hüther und Iglesias eine Reform der Schuldenbremse hin zu einer wachstumsorientierten Ausrichtung für zielführend. (Red.)

bremse steht die Politik vor der Herausforderung, sowohl die Transformation als auch den Standortwettbewerb zu bewältigen. Eine Reform der Schuldenbremse hin zu einer wachstumsorientierten Ausrichtung wäre ein wichtiger Schritt, um eine nachhaltige Grundlage für eine erfolgreiche Transformation und einen wettbewerbsfähigen Standort zu schaffen. Das gilt infrastrukturell ebenso wie steuerpolitisch; wenn die Volkswirtschaft

Abbildung 2: Kapitalstock des verarbeitenden Gewerbes, preisbereinigt, Wachstum im Vergleich zum Vorjahr (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen von M. Hütter/S. G. Iglesias

ein unbekanntes Territorium beschreitet – wie mit dem Klimapfad –, dann bedarf es eines hohen Maßes an Handlungsfähigkeit und Agilität. Die Spielräume der Unternehmen und damit die Ertragsaussichten für die transformativen Investitionen müssen durch umfassende Entlastungen – steuerlich wie bürokratisch – und angemessene Infrastruktur gesichert werden.

Die veränderte Rolle des Staates: öffentliche Investitionen zum Gelingen des Strukturwandels per Termin. Die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit steht vor dem Hintergrund der Transformation zur Klimaneutralität, deren Dringlichkeit durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz von 2021 noch einmal unterstrichen wurde. Gleichzeitig steht die Politik vor der Herausforderung, das Ziel der Klimaneutralität mit beschränkten Haushaltsmitteln zu bewerkstelligen. Zur Erreichung der Klimaneutralität bis zur Mitte des Jahrhunderts werden schätzungsweise zwischen 8 bis 10 Billionen Euro an Investitionen benötigt, wovon der Großteil privat getätigt werden muss.

Zugleich leiten sich daraus – wegen ihrer Voraussetzungenfunktion zwingend – öffentliche Investitionsbedarfe ab, die beispielsweise zum Erhalt, zum Ausbau und

zum Neubau von Infrastruktursystemen (Wasserstoff, Wärmenetze, Verkehr) benötigt werden. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat gemeinsam mit dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung 2019 diesen öffentlichen Investitionsbedarf auf 450 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030 taxiert. In einer aktualisierten Berechnung aus dem Jahr 2024 ergibt sich unter Berücksichtigung zwischenzeitlich getätigter Investitionen wie neu entstandener Aufgaben ein Bedarf

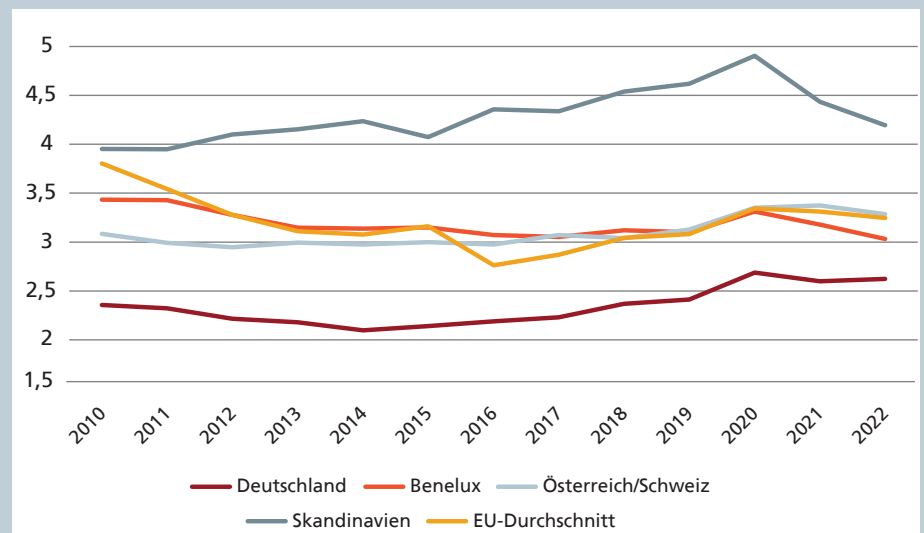
von rund 600 Milliarden Euro für die kommenden zehn Jahre.

Nachtragshaushalt erforderlich

In Anbetracht der gegenwärtig angespannten Haushaltssituation und der kontinuierlich wachsenden fiskalischen Verpflichtungen neben der Transformation, wie beispielsweise im Verteidigungsbereich, lassen sich diese Bedürfnisse nicht allein aus dem regulären Haushalt auf der Basis von Steuereinnahmen bewältigen. Die durch das Bundesverfassungsgericht konkretisierte Rechtslage hat dies nochmal verdeutlicht. Das Urteil zum zweiten Nachtragshaushalt des Bundes für das Jahr 2021 hatte weitreichende Folgen für die Tagespolitik, da die Verfassungswidrigkeit vom Gericht mit einer Nichtigerklärung verbunden wurde.

Dadurch wurden Zahlungen aus den Krisenschulden für die Pandemiebekämpfung in den Klima- und Transformationsfonds (KTF) annulliert, was den Bundeshaushalt für das Jahr 2023 in eine verfassungswidrige Situation brachte. Dies erforderte einen Nachtragshaushalt, um die rechtliche Absicherung von Zahlungen aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds und der Aufbauhilfe für die von der Flutkatastrophe 2021 betroffene

Abbildung 3: Öffentliche Investitionen in ausgewählten Ländern (Anteil am BIP in Prozent)



Quelle: Macro-Economic Database AMECO



nen Regionen sicherzustellen. Die Folge ist, dass 60 Milliarden Euro aus dem KTF eingespart werden mussten, die auch für Investitionen in die Transformations-Agenda vorgesehen waren.

Deutschland im internationalen Vergleich sehr schwach

Die aktuellen Haushaltsberatungen für das Jahr 2025 stehen ebenfalls vor Herausforderungen, und zwar einerseits aufgrund der Unterdeckung des KTF und der Überschreitung der grundgesetzlichen Verschuldungsgrenze im Jahr 2024 sowie andererseits aufgrund der seit längerem wirksamen fiskalischen Überdehnung im Normalhaushalt. Trotz intensiver Bemühungen der Bundesregierung, die Defizite durch Einsparungen, Umschichtungen und Verschiebungen zu verringern, bleibt eine beachtliche Unsicherheit bestehen, insbesondere in Bezug auf standortpolitische Maßnahmen und die Frage, wie die Transformation der Volkswirtschaft verlässlich gelingen kann.

Klar ist in jedem Fall, dass es absehbar eine große Steuerreform mit spürbarer Entlastung nicht geben wird, weil diese unter den Bedingungen der Schuldenbremse vorfinanziert werden müsste, was politökonomisch völlig unrealistisch ist. Nicht einfacher ist es, das Mehr an öffentlichen Investitionen zu bewältigen. Der internationale Vergleich macht besonders eindrücklich, wie weit Deutschland zurückgefallen ist. Die Investitionen sind seit Jahren unbefriedigend und sie entsprechen weder den transformationspolitischen noch den demografischen Herausforderungen. Im internationalen Vergleich schneidet Deutschland sehr schwach ab (siehe Abbildung 3).

Ohne eine rechtlich wirksame und transformatorisch sowie wettbewerbspolitisch notwendige Kehrtwende in der Fiskalpolitik wird der Umbau der Volkswirtschaft zur Klimaneutralität schwerlich gelingen. Es ist entscheidend, Brüche in den relevanten Ausgabenpositionen zu vermeiden und eine strategische Neuausrichtung der Klimapolitik anzustreben. Die Transformation erfordert ein intensi-

Abbildung 4: Investitionsbedarfe und Finanzierungsinstrumente

Öffentliche Investitionen	Private Investitionen
<p>Infrastrukturertüchtigung: positiver Nettoeffekt auf Kapitalstock (Qualitätsverbesserung)</p> <p>Infrastrukturneu(um)bau: kein (oder nur minimaler) Nettoeffekt auf den Kapitalstock, da gleichzeitig entsprechende Abgänge vorzeitig stattfinden</p>	<p>Investitionen in neue Geschäftsmodelle: z. B. Elektromobilität und Brennstoffzelle</p> <p>Ausbau und innovative Weiterentwicklung bestehender Geschäftsmodelle: z. B. Produktion von Elektrolyseuren mit doppelter Transformationsleistung</p> <p>Transformation von Geschäftsmodellen: z. B. Stahl (Wasserstoff), Zement (CCS)</p>
<p>Finanzierung: öffentlicher Kredit wegen langfristiger Nutzenwirkung und drohender Überforderung der Transformationsgeneration (mehrfähriger Investitionsfonds)</p>	<p>Finanzierung für F&E: Forschungsförderung für die Kompensation positiver externer Effekte</p> <p>Finanzierung für den Markthochlauf: Leitmärkte, Contracts for Difference, staatliche Garantien, EU-Taxonomie</p> <p>Finanzierung für Effizienzgewinne: Investitionsprämie, EU-Kapitalmarktunion</p>

Quelle: M. Hüther / S. G. Iglesias

ves Zusammenwirken staatlicher und privater Investitionstätigkeit, um den volkswirtschaftlichen Kapitalstock rechtzeitig umzubauen und die Klimaziele zu erreichen.

Es ist wichtig zu beachten, dass die Transformation auch eine Neuausrichtung der investitionsorientierten Verschuldung erfordert, da der Fokus nicht nur auf Produktivitätseffekten, sondern mitunter ausschließlich auf der Reduktion klimaschädlicher Emissionen liegt. Das hängt damit zusammen, dass viele transformatorische Investitionen nur einen Austausch vorhandener, noch nutzbarer Kapitalgüter (zum Beispiel Gaskraftwerke) gegen leistungsgleiche, aber emissionsärmere Kapitalgüter (zum Beispiel wasser-

Die Transformation zur Klimaneutralität erfordert freilich nicht nur einen Umbau der Infrastruktur, sondern auch staatliche Anreize für private Investitionen (siehe Abbildung 4). Diese ordnungspolitischen Eingriffe sind aus mehreren Gründen erforderlich:

- Erstens drohen bei der hohen Geschwindigkeit der Transformation Strukturbrüche, wenn die infrastrukturellen Erfordernisse in der Zukunft erfüllt werden, mittelfristig bindende unternehmerische Investitionsentscheidungen aber heute getroffen werden müssen (Problem der Fristentransformation). Unternehmen können dadurch auch Gefahr laufen, nicht schnell genug anpassungsfähig zu sein, wenn gleichzei-

„Der internationale Vergleich macht besonders eindrücklich, wie weit Deutschland zurückgefallen ist.“

stofffähige Gaskraftwerke) bedeuten. Diese Herausforderungen müssen im Rahmen einer ganzheitlichen und langfristig orientierten Lösung für die budgetpolitischen Herausforderungen des Bundes und der Länder berücksichtigt werden, beispielsweise indem Klimaeffekte mit Produktivitätseffekten gemeinsam bewertet werden.

tig neue Unternehmen diese Lücke (noch) nicht schließen können. Strukturbrüche würden bestehende Kapitalbestände und Ressourcen entwerten, was vermieden werden sollte.

- Zweitens besteht aufgrund der vielen Risiken, die mit infrastrukturellen Vorleistungen verbunden sind, eine funda-

mentale Verunsicherung bei den Investoren. Der Staat muss daher nicht nur (überbrückende) Lösungen für die Fristentransformation bereitstellen, sondern auch eine Risikotransformation organisieren, indem er staatlich induzierte Risiken abfedert oder übernimmt.

- Drittens ist eine angebots- und nachfrageorientierte Industriepolitik erforderlich, um Funktionsdefizite beim Markthoch-

Die Etablierung eines „Transformations- und Infrastrukturfonds“ (TIF) mittels einer Verfassungsänderung bietet eine vielversprechende Lösungsperspektive für die aktuellen Herausforderungen. Analog zur Lösung für das Bundeswehr-Sondervermögen könnte der TIF eine eigene Kreditermächtigung erhalten, was eine gezielte Finanzierung von Transformationsprojekten ermöglichen würde. Diese Maßnahme stärkt nicht nur die Zweckbindung

stellt eine weitere Hürde dar, insbesondere angesichts der unzureichenden Mittel für die geplanten Verteidigungsausgaben.

Sondervermögen als vielversprechender Lösungsansatz

In diesem Zusammenhang erweist sich ein Sondervermögen als ein vielversprechender Lösungsansatz. Trotz der notwendigen Zweidrittelmehrheit bietet es den Vorteil einer gesamtstaatlichen, planbaren und transparenten Strategie. Diese Eigenschaften könnten dazu beitragen, die Unsicherheit bei Investitionen zu reduzieren und eine effektive Bewältigung der vorliegenden politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu gewährleisten. Eine solche Lösung hätte nicht nur politische Vorteile, sondern würde auch den Erwartungen an eine wachstumsfördernde Politik gerecht, während gleichzeitig die strengen Fiskalregeln eingehalten würden.

Es sollte darüber nachgedacht werden, ob ein solcher Fonds Modellcharakter für Lösungen auf Ebene der Bundesländer haben könnte, insbesondere vor dem Hintergrund möglicher verfassungsrecht-

„Ein Sondervermögen ist politisch praktikabler als andere Alternativen.“

lauf zu überwinden (Skalierungsversagen). Die Investitionskosten im Standortwettbewerb müssen rentabel sein, damit die angebotsseitige Reaktion auf veränderte relative Preise wirksam ist, insbesondere bei der Umstellung der Produktion auf Wasserstoff.

- Viertens müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Wettbewerbsverzerrende politische Entscheidungen, wie weit überdurchschnittliche Preissignale und strenge Regulierungen zur Minderung der Treibhausgasemissionen in Europa, führen zu Wettbewerbsnachteilen für heimische Produzenten. Es ist daher erforderlich, diese Nachteile durch gezielte Maßnahmen auszugleichen und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Das, was mit Blick auf die privaten Haushalte über das Klimageld adressiert wird, findet seine Analogie für Unternehmen in den Contracts for Difference (CfD).

Insgesamt sind staatliche Eingriffe notwendig, um die Transformation zur Klimaneutralität erfolgreich zu gestalten und sicherzustellen, sodass Unternehmen und Investoren die notwendigen Anpassungen vornehmen können, ohne durch strukturelle Brüche oder Unsicherheiten beeinträchtigt zu werden. Ordnungspolitisch muss dafür – wie mit den vier Aspekten skizziert – eine Industriepolitik systematisch begründet und entsprechend laufend überprüft werden.

der Mittel, sondern trägt auch zur Durchsetzung der Schuldenbremse gemäß Artikel 115 des Grundgesetzes im Normalhaushalt bei, was sowohl für den Bundeshaushalt als auch für die Haushalte der Länder von großer Bedeutung ist.

Ein Sondervermögen ist dabei politisch praktikabler als andere Alternativen, die entweder unzureichend oder politisch inakzeptabel erscheinen. Die herrschende Unsicherheit bei Investitionen unter politischen Restriktionen birgt das Risiko,

dringend benötigte wirtschaftliche Impulse zu untergraben. Gleichzeitig führt die Debatte um Priorisierung und Einsparungen, insbesondere im Bereich der Subventionen und Sozialleistungen, zu einem politischen Tauziehen, das eine schnelle strukturelle Reform erschwert.

Die bestehende Schuldenbremse ist nicht geeignet, um den strukturellen und wachstumspolitischen Herausforderungen zu begegnen. Eine umfassende Reform dieser Schuldenregulierung stößt aufgrund der erforderlichen Zweidrittelmehrheit im Bundestag auf kaum überwindbaren Widerstand. Die bevorstehende Tilgung von Corona-Krediten ab 2028

licher Bedenken gegenüber den bestehenden Fonds auf Landesebene. Möglicherweise könnte der gesamtstaatliche TIF auch die Finanzbedürfnisse auf Landes- und kommunaler Ebene vollständig abdecken, um eine kohärente und effektive Finanzierung der Transformationsprojekte sicherzustellen.

Insgesamt bietet die Einführung eines Transformations- und Infrastrukturfonds auf verfassungsrechtlicher Basis eine vielversprechende Möglichkeit, die dringend benötigten Investitionen in die Transformation zu ermöglichen und damit den Weg zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung zu ebnet. █

„Eine umfassende Reform der Schuldenregulierung stößt im Bundestag auf kaum überwindbaren Widerstand.“



Stefan B. Wintels

Das Jahrzehnt der Entscheidung: ein Zwischenfazit

Im Juni 2022 – rund acht Monate nach dem Eintritt des Autors in die KfW und vier Monate nach dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine – stellte er in einem Beitrag für die Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen den Leitgedanken vor, der ihn persönlich motiviert und die Transformation der KfW prägt: Angesichts der epochalen Herausforderungen vor allem durch den Klimawandel befindet sich die Gesellschaft im Jahrzehnt der Entscheidung. Der Entscheidung darüber, unter welchen Bedingungen nachfolgende Generationen leben werden und ob sich auch für sie das Wohlstandversprechen von Deutschlands Demokratie und Wirtschaftsordnung erfüllt.

Die Frage hatte zu diesem Zeitpunkt eine besondere Relevanz und Brisanz erhalten, denn Russland hatte Mitte Juni 2022 seine Erdgaslieferungen binnen weniger Tage um 60 Prozent gedrosselt¹⁾, der Preis für Erdgas war um 141 Prozent nach oben geschossen und befeuerte die Inflation.²⁾ Doch nicht nur der Wohlstand Deutschlands schien in Gefahr. Der Krieg und seine Folgen bedrohte auch das Ziel der

stand die im April 2022 verabschiedete Strategie „KfWplus“ mit drei zentralen Handlungsfeldern:

- Klima und Umwelt,
- Digitalisierung und Innovation,
- Resilienz und Souveränität Deutschlands und Europas.

Heute, zwei Jahre danach hat sich das geopolitische und ökonomische Umfeld nicht entscheidend verbessert. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine dauert an und mit dem Militäreinsatz Israels im Gaza-Streifen nach dem Terrorangriff der Hamas und den Angriffen der Huthi-Miliz auf Handelsschiffe im Roten Meer sind weitere akute Brennpunkte hinzugekommen. Als global vernetzte Volkswirtschaft ist Deutschland von den ökonomischen Folgen dieser Konflikte in besonderem Maß betroffen. Das hohe Zinsniveau und die hartnäckige Inflation dämpfen trotz nachlassender Tendenz noch immer die wirtschaftliche Entwicklung. Zudem leidet das Land unter strukturellen Proble-

terstützung der KfW – als krisenfest erwiesen, der Ausbau der erneuerbaren Energien schreitet voran, beim Thema Innovation und Digitalisierung gibt es Fortschritte. Zur Mitte des Jahres 2024 lässt sich festhalten: Die Transformation hat trotz herausfordernder Rahmenbedingungen Fahrt aufgenommen. Es bleibt aber noch sehr viel zu tun.

In diesem Artikel möchte der Autor an seine Aussagen aus dem Jahr 2022 anknüpfen und in fünf Thesen die bestehenden Herausforderungen und Lösungsansätze skizzieren.

These 1: Die KfW setzt bei ihrer strategischen Agenda KfWplus auf die richtigen thematischen Schwerpunkte. Die Entwicklung der vergangenen zwei Jahre hat gezeigt, dass die drei oben genannten Handlungsfelder richtig abgesteckt sind, um das Jahrzehnt der Entscheidung erfolgreich zu gestalten.

Klima und Umwelt

In Deutschland hat der Schutz des Klimas inzwischen Gesetzesrang und ist mit konkreten Zielvorgaben verbunden. Auf dem Pfad zur Klimaneutralität befindet sich Deutschland mitten im Transformationsprozess, der von Erfolgen und weiter bestehenden Herausforderungen und auch Unsicherheit geprägt ist. Im vergangenen Jahr hat der Unternehmenssektor rund 60 Prozent der für das Erreichen der Klimaziele notwendigen jährlichen Investitionen getätigt. Bei den privaten Haushalten steht der Gebäudesektor im Mittelpunkt. Hier nutzen inzwischen zwei Drittel der Neubauten vorrangig erneu-

„In Deutschland hat der Schutz des Klimas inzwischen Gesetzesrang.“

Klimaneutralität Deutschlands beziehungsweise Europas.

Dies war der Hintergrund, vor dem beschrieben wurde, wie die KfW ihre Verantwortung wahrnehmen und einen wirkungsvollen Beitrag zur Transformation leisten könne. Im Mittelpunkt des Beitrags

men wie etwa dem Mangel an Fachkräften oder dem Nachholbedarf bei der Digitalisierung.

Im Ringen um seine Wettbewerbsfähigkeit kann Deutschland aber auch Erfolge vorweisen. Die Energieversorgung hat sich – auch aufgrund der finanziellen Un-

erbare Energien. Vor allem aber gilt es, die Potenziale im Gebäudebestand zu heben, nicht zuletzt durch eine substan-

sem Bereich ihre Zusammenarbeit mit europäischen Förderinstitutionen aus wie etwa unter dem Dach der gemeinsa-

Glasfaser-Breitbandnetzen und „grünen“ Rechenzentren,

– die Förderung der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung,

– die digitale Bildung junger Menschen mit dem Leuchtturm-Projekt der TUMO-Zentren, in denen Jugendliche in hochmodern ausgestatteten Räumlichkeiten kostenlos kreative und zukunftsweisende digitale Technologien erlernen.

„Eine Schlüsselrolle für das Ziel der Klimaneutralität spielt der Ausbau der erneuerbaren Energien.“

zielle Erhöhung der Sanierungsrate von aktuell 0,8 Prozent auf notwendige 2,0 Prozent und die Umstellung der Heizungssysteme auf erneuerbare Energien. Hierfür hat die Bundesregierung für das Jahr 2024 Fördermittel in Höhe von 6 Milliarden Euro in Aussicht gestellt und die KfW mit der Umsetzung beauftragt.

Eine Schlüsselrolle für das Ziel der Klimaneutralität spielt der Ausbau der erneuerbaren Energien. Auch wenn dieser an Dynamik gewonnen hat, muss das Tempo deutlich erhöht werden. Konkret heißt dies: Bis 2030 müssen die Kapazitäten für Windkraft auf See vervierfacht, für Photovoltaik verdreifacht und für Windkraft an Land verdoppelt werden.

Der Klimawandel und der Umgang damit entscheidet jedoch, wie künftige Generationen leben werden. Der Erhalt der biologischen Vielfalt entscheidet, ob die nächsten Generationen leben werden. Biodiversität ist entscheidend für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und sichert die Grundlage unseres Lebens auf diesem Planeten. Es ist daher wichtig, Biodiversität und Klimawandel zusammen zu denken. Beide Herausforderungen machen nicht an Landesgrenzen Halt, sondern müssen im Rahmen internationaler Kooperationen gemeistert werden. Daher intensiviert die KfW ihre Zusammenarbeit mit internationalen Partnern wie dem International Development Finance Club (IDFC) oder unter dem Dach der Just Energy Transition Partnerships (JETPs).

Die KfW Entwicklungsbank ist einer der weltweit größten bilateralen Finanzierer beim Thema Biodiversität. Insgesamt ist die KfW an der Finanzierung von mehr als 300 Vorhaben in 60 Ländern und Regionen beteiligt und baut auch in die-

men Initiative für Kreislaufwirtschaft (Joint Initiative for Circular Economy JICE), oder der Clean Ocean Initiative.

Digitalisierung und Innovation

Wie erfolgreich diese Dekade gestaltet wird, hängt maßgeblich davon ab, ob man die Chancen neuer, insbesondere digitaler Technologien nutzt. Die digitale Wettbewerbsfähigkeit prägt die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit von Ländern und damit auch den künftigen Wohlstand Deutschlands.³⁾ Deutschland hat hier deutlichen Nachholbedarf. Im weltweiten Ländervergleich der digitalen Wettbewerbsfähigkeit liegt das Land nur auf Platz 23.⁴⁾ Im Verhältnis zu seinem Bruttoinlandsprodukt investiert Deutschland weniger in die Digitalisierung als andere Industrienationen. Um zu Ländern wie Frankreich, den Niederlanden, Japan oder Großbritannien aufzuschließen, ist nach Berechnungen von KfW Research

Resilienz und Souveränität Deutschlands und Europas

Die von dem Überfall Russlands auf die Ukraine ausgelöste Energiekrise hat die Abhängigkeit und Verwundbarkeit Deutschlands bei seiner Energieversorgung deutlich gemacht. Die KfW hat im Auftrag des Bundes die Energiewirtschaft kurzfristig mit Liquidität ausgestattet und sich am Bau eines LNG-Terminals in Brunsbüttel beteiligt, um die Energieversorgung in Deutschland sicherzustellen.

Es wurde deutlich, dass die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und Europas einen höheren Grad an Widerstandsfähigkeit gegen externe Schocks erfordert. Von zentraler Bedeutung sind dabei – neben der Verteidigungsindustrie sowie der IT-

„Die KfW hat im Auftrag des Bundes die Energiewirtschaft kurzfristig mit Liquidität ausgestattet.“

eine Verdopplung beziehungsweise Verdreifachung der IT-Investitionen von aktuell rund 50 Milliarden Euro auf 100 bis 150 Milliarden Euro pro Jahr notwendig.⁵⁾

Digitalisierung und Innovation sind daher ein Schwerpunkt der KfW-Förderung in Deutschland. Neben den bankdurchgeleiteten Förderkrediten für mittelständische Unternehmen fokussiert sich die KfW aktuell auf drei Themen:

– die Unterstützung des Ausbaus der digitalen Infrastruktur, vor allem bei den

Branche – der Energiesektor und der Bereich der Rohstoffe.

Sichere Energieversorgung

Eine sichere, nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung, die Abhängigkeiten reduziert und im Einklang mit den Klimazielen steht, kann nur durch eine weitgehende Dekarbonisierung und Elektrifizierung auf der Basis von grünem Strom erreicht werden. Notwendig ist hierfür ein beschleunigter Ausbau der er-



neuerbaren Energien, eine höhere Effizienz bei der Nutzung von Energie, eine Modernisierung der Infrastruktur sowie eine europäische Energiepolitik. Die hierfür erforderlichen Investitionen liegen nach Berechnungen von KfW Research bei rund 840 Milliarden Euro bis zum Jahr 2050.⁶⁾

Auch hier ist die verstärkte Zusammenarbeit mit europäischen Partnern ein entscheidender Hebel. Der Anschluss des norwegischen an das deutsche Stromnetz über das Seekabel Nordlink im Jahr 2021 und der Baustart der ersten direkten Stromverbindung zwischen Deutschland und Großbritannien im Rahmen des Projekts NeuConnect in diesem Jahr sind zwei prominente Beispiele.

Schaffung eines Rohstofffonds

Deutschland ist aktuell in hohem Maße abhängig von Lieferungen wichtiger

These 2: Der Weg zur Klimaneutralität führt nur über Investitionen. Das Erreichen der Klimaziele erfordert einen finanziellen Kraftakt. Weltweit müssen die Investitionen in den Klimaschutz jährlich um mindestens 30 Prozent steigen – das ist etwa dreimal schneller als bisher. Studien beziffern den Investitionsbedarf für den Klimaschutz in den nächsten 30 Jahren auf insgesamt 90 bis 150 Billionen US-Dollar beziehungsweise auf bis zu 5 Billionen US-Dollar pro Jahr.⁷⁾

In Deutschland liegt laut einer Studie des Prognos-Instituts im Auftrag der KfW der Investitionsbedarf hierfür bis Mitte des Jahrhunderts bei 5 Billionen Euro.⁸⁾ Auf das einzelne Jahr bis 2045 gesehen entspricht das rund 190 Milliarden Euro pro Jahr oder rund 5 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Darin enthalten sind Investitionen, die ohnehin notwendig sind und nun in klimafreundliche Alternativen gelenkt werden müssen. Die klimaschutzbedingten Mehrinvestitionen

„Das Erreichen der Klimaziele erfordert einen finanziellen Kraftakt.“

Rohstoffe aus nur wenigen Ländern außerhalb Europas. Dies gilt auch für mineralische Rohstoffe, die für die Elektrifizierung der Energieversorgung und die Digitalisierung benötigt werden.

Um auch hier die Resilienz und Souveränität zu steigern, sind zwei Aspekte besonders wichtig: Zum einen gilt es, noch effizienter mit wichtigen Rohstoffen umzugehen. Die KfW unterstützt Unternehmen aller Größen und Branchen mit einer Reihe von Finanzierungsangeboten zur Verbesserung der Energie- und Ressourceneffizienz ebenso wie zur Entwicklung und Einführung von Innovationen auf diesem Gebiet. Zum anderen müssen die Versorgungsquellen verbreitert werden. Die KfW ist mit der Bundesregierung in intensiven Gesprächen über die Schaffung eines Rohstofffonds, mit dem relevante Vorhaben zur Stärkung der Rohstoffversorgung der Wirtschaft finanziert werden können.

liegen bei durchschnittlich 70 Milliarden Euro pro Jahr. Investitionen in diesem Ausmaß können nicht von der öffentlichen Hand allein aufgebracht werden. Vielmehr muss der weit überwiegende Teil, und zwar bis zu 90 Prozent, von privaten Investoren aufgebracht werden. Im Mittelpunkt der strategischen Transformations-Agenda KfWplus stehen daher neben einer leistungsstarken KfW drei wesentliche Hebel:

1. Mobilisierung von privatem Kapital. Mit den Fördermitteln setzt die KfW Anreize, um private Investitionen zu stimulieren. Dies ist ein zentrales Element ihres Geschäftsmodells. Über das Bereitstellen von Kapital hinaus fördert die KfW den Dialog von Finanzindustrie, Realwirtschaft und Politik und setzt sich für investitionsfreundliche Rahmenbedingungen ein. Insbesondere versteht sich die KfW als Impulsgeberin bei der Weiterentwicklung des Kapitalmarkts,



Stefan B. Wintels



Vorsitzender des Vorstands,
KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main

Kurz nach seinem Amtsantritt hat der Vorstandsvorsitzende der KfW in der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen seine Strategie für die Förderbank umrissen. Auf diesem Beitrag aufbauend skizziert Stefan Wintels im vorliegenden Beitrag in fünf Thesen bestehende Herausforderungen und Lösungsansätze. Seine zweite These, dass der Weg zur Klimaneutralität nur über Investitionen führt, dürfte dabei unstrittig und selbsterklärend sein. Eine wichtige Rolle spielt für ihn dabei die Mobilisierung von privatem Kapital. Schon umstrittener dürfte da seine dritte These sein, dass Deutschland trotz aller Herausforderungen ein attraktiver Investment-Case sei. Diese Ansicht teilen nicht alle Experten derzeit. Von Optimismus ist auch seine fünfte und letzte These geprägt. Diese geht davon aus, dass wir 2030 auf ein gutes Jahrzehnt zurückblicken werden. (Red.)

der bei der Finanzierung der Transformation künftig eine noch wichtigere Rolle spielen wird.

Im Jahr 2023 startete unter Beteiligung von KfW Capital der Wachstumsfonds Deutschland – mit einem Volumen von einer Milliarde Euro einer der VC-Dachfonds Europas. Etwa zwei Drittel davon stammen von privaten Investoren. Für die Mobilisierung von privatem Kapital ist der Wachstumsfonds Deutschland ein exzellentes Beispiel.

2. Messung und Steuerung der Wirkung von Förderung. Neben der Mobilisierung

von privatem Kapital ist die Frage, welche Wirkung die von der KfW bereitgestellten Fördermittel entfalten, für die Finanzierung der Transformation von strategischer Bedeutung.

Das Ziel der KfW ist es, die Wirkung der Förderung mess- und steuerbarer zu machen. Dieses technisch und methodisch äußerst anspruchsvolle Vorhaben wird sich in den kommenden Jahren konsequent vorantreiben.

3. Strategische Partnerschaften. Die Ausführungen unter der ersten These haben gezeigt, dass starke Partnerschaften in allen Handlungsfeldern von zentraler Bedeutung sind. Die KfW zeichnet sich durch eine Erfahrung von mehr als 75 Jahren und eine starke Vernetzung auf nationaler und internationaler Ebene aus. Dies sind einzigartige Vorzüge, die die KfW noch aktiver nutzen wird, bei-

– der starke, vielfältige und international wettbewerbsfähige Mittelstand, darunter zahlreiche technologisch führende Unternehmen, seine gute Kapitalausstattung und große Bedeutung für den Arbeitsmarkt,

– ein gutes Finanzierungsumfeld auch für kleine und mittelständische Unternehmen, einschließlich eines leistungsstarken Fördersystems,

– die Innovationsfähigkeit Deutschlands dank hoher Ausgaben für Forschung und Entwicklung,

– eine im internationalen Vergleich noch immer wettbewerbsfähige, allerdings zunehmend modernisierungsbedürftige Transportinfrastruktur.

Um auf dem Weg zur Klimaneutralität die notwendigen Investitionen auch tatsäch-

lich umzusetzen, müssen zwei wesentliche Voraussetzungen gegeben sein: ein positives gesellschaftliches Klima sowie sichere Rahmenbedingungen für Investoren. Beides ist in Deutschland gegeben.

Stärkung des VC-Ökosystems

Für die Innovationskraft eines Landes spielen junge technologieorientierte Startups eine wichtige Rolle. Seit ihrer Gründung Ende 2018 hat die auf die Stärkung des VC-Ökosystems spezialisierte Tochtergesellschaft KfW Capital entscheidende Impulse zur Verbesserung des Finanzierungsumfelds für diese Start-ups gesetzt, zum Beispiel durch die Koordination des 10 Milliarden Euro umfassenden Beteiligungsfonds des Bundes für Zukunftstechnologien („Zukunftsfonds“).

Der deutsche VC-Markt hat in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht und wird für internationale Investoren zunehmend attraktiv. In einzelnen Sektoren, wie zum Beispiel bei Clean-Tech- und Climate-Tech-Lösungen gelten deutsche Start-ups inzwischen als führend. Dennoch: Um im internationalen Maßstab mithalten zu können und Unternehmen im Land zu halten, muss das VC-Ökosystem in Deutschland weiter konsequent gestärkt werden.

Wachstumsfinanzierung als Assetklasse

Wachstumsfinanzierung muss daher als Assetklasse auch bei großen institutionellen Investoren stärker etabliert werden.

Mit der zu Beginn des Jahres 2024 ins Leben gerufenen und von der KfW koordinierten Initiative für Wagnis- und Wachstumskapital für Deutschland („WIN“) ist eine Plattform entstanden, auf der die deutsche Finanzwirtschaft Möglichkeiten prüft, um Wachstumsfinanzierung als Assetklasse in Deutschland weiterzuentwickeln.

Bereich Energieversorgung

Die KfW ist für diese Rolle prädestiniert, denn sie verfügt über den langen Atem,

„Das KfW-Energiewendebarmeter zeigt hohe Zustimmung in der Bevölkerung zur Energiewende.“

spielsweise mit multilateralen Organisationen wie der Weltbank, den nationalen Förderbanken in Europa, der Europäischen Investitionsbank, den Förderinstituten der Länder oder ihren Finanzierungspartnern im bankdurchgeleiteten Kreditgeschäft. Eine zunehmende Bedeutung werden künftig Partnerschaften mit Nicht-Banken gewinnen, zum Beispiel wenn es um Wirkungsmessung oder das Entwickeln von Ökosystemen geht.

These 3: Deutschland ist trotz aller Herausforderungen ein attraktiver Investment-Case. Seit einiger Zeit macht wieder die Überschrift von Deutschland als „kranker Mann Europas“ die Runde. Deutschland verfügt jedoch immer noch über gute Voraussetzungen, seine starke Position im internationalen Wettbewerb zu behaupten. Hierzu zählen beispielsweise

– die Einbettung der deutschen Wirtschaft in den EU-Binnenmarkt als einen der weltweit bedeutendsten Wirtschaftsräume,

– der starke, vielfältige und international wettbewerbsfähige Mittelstand, darunter zahlreiche technologisch führende Unternehmen, seine gute Kapitalausstattung und große Bedeutung für den Arbeitsmarkt,

Das KfW-Energiewendebarmeter zeigt die hohe Zustimmung in der Bevölkerung zur Energiewende; rund neun von zehn Haushalten in Deutschland halten sie für wichtig oder sehr wichtig. Einen schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien befürworten mit 92 Prozent sogar nochmal etwas mehr Menschen in Deutschland.⁹⁾ Bei den rechtlichen Rahmenbedingungen hat der Deutsche Bundestag mit der Verabschiedung des Zukunftsfinanzierungsgesetzes im November 2023 einen wichtigen Schritt getan, um die Leistungsfähigkeit des deutschen Kapitalmarkts und die Attraktivität des deutschen Finanzstandorts weiter zu verbessern. Weitere Maßnahmen sind geplant.

Für die KfW stehen strategische Investitionen auf den vier Feldern Stärkung des



den es braucht, um langfristige Investitionen zu begleiten und insbesondere innovative Technologien im Energiesektor zur Marktreife zu bringen.

Ohne den Anschlag des Marktes für Offshore-Windenergie durch das 2011 gestartete KfW-Förderprogramm wäre der hohe Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung in Deutschland heute deutlich niedriger. Mit Geothermie oder Kernfusion gibt es weitere Energieformen mit großem Potenzial.

Bereich Energieinfrastruktur

Eine ähnliche Aufgabe übernimmt die Kreditanstalt für Wiederaufbau bei der Finanzierung der Transformation mit dem Schwerpunkt auf der Energieinfrastruktur. Auch hier sucht sie in enger Abstimmung mit der Bundesregierung den Dialog mit internationalen institutionellen Investoren. Als Gastgeberin der „Capital Market Conference on Energy Transition for Germany“ Anfang Juli 2024 setzte sie gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und der Deutschen Bank hier eine wichtige Initialzündung.

These 4: Der Kapitalmarkt ist zentraler Faktor für den Erfolg der Transformation. Wie oben gezeigt, ist Deutschland ein attraktiver Standort für Investitionen in die klimaneutrale Zukunft. Um die Chancen des „Investment Case Deutschland“ optimal zu nutzen, reichen die konventionellen Finanzierungswege aber nicht aus. Noch immer greifen deutsche und europäische Unternehmen bei ihrer externen Finanzierung vor allem auf Bankkredite zurück. So belief sich der Anteil der Kredite im Finanzierungsmix für die gesamte Investitionstätigkeit im deutschen Mittelstand im Jahr 2022 noch auf 32 Prozent.

Bei Transformationsvorhaben mit ihren erhöhten technologischen und politischen Risiken gerät die bankbasierte Kreditfinanzierung jedoch an ihre Grenzen, weil der Risikoübernahmebereitschaft und -fähigkeit von Banken auch regulatorisch Grenzen gesetzt sind.

Für den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft sind deshalb die Finanzindustrie und der Kapitalmarkt von zentraler Bedeutung, aber aktuell nutzt Deutschland ihr Potenzial bei

„Für den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft sind die Finanzindustrie und Kapitalmarkt von zentraler Bedeutung.“

Weitem nicht. Es muss gelingen, risikotragende Eigenkapitalgeber in höherem Maße einzubinden wie zum Beispiel institutionelle Investoren wie Versicherer, Versorgungswerke und klassische Fondsgesellschaften, Private-Equity- und Venture-Capital-Gesellschaften.

Die Aufgabe einer öffentlichen Förderbank wie der KfW ist dabei, im öffentlichen Interesse an der Entwicklung marktwirtschaftlicher Investitionsmodelle mitzuwirken. Sie kann hierzu einen sehr wirkungsvollen Beitrag leisten, indem sie

- die Finanzierungsbasis bei Investitionen verbreitert,
- dabei hilft, Risiken zu mitigieren,
- das Vertrauen privater Investoren stärkt,
- Marktschwächen ausgleicht und das Entstehen neuer Marktsegmente begünstigt oder
- die Entwicklung und Etablierung von Marktstandards vorantreibt.

Die Verfügbarkeit ausreichender Finanzmittel und geeigneter Finanzierungsprodukte ist der Schlüssel zur Bewältigung der Herausforderungen und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Daher ist die Vollendung der Kapitalmarkt- und Bankenunion in Europa von entscheidender Bedeutung, um das volle Potenzial eines integrierten europäischen Finanzmarktes zu erschließen.

Eine Vertiefung des Finanzmarktes würde auch die Fähigkeit Europas erhöhen, Schocks abzufedern und seine Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau wird diesen Prozess nach Kräften unterstützen. Sie ist national und global aktiv und ein Schwergewicht an den internationalen Anleihemärkten.

Wiederholt ausgezeichnet als „World’s Safest Bank“ und mit der Erfahrung aus über 75 Jahren hat sie dazu beigetragen, Marktsegmente zu entwickeln und Standards zu setzen wie etwa bei der Entwicklung des Marktes für Green Bonds. Aktuell beteiligt sich die Kreditanstalt für Wiederaufbau an der Digitalisierung des Anleihegeschäfts und bereitet eine erste digitalisierte („tokenisierte“) Anleihe auf der Basis einer dezentralen Datenbank vor; auch in der Diskussion über die Weiterentwicklung des Kapitalmarktes wird sie ihr Gewicht einbringen.

These 5: 2030 werden wir auf ein gutes Jahrzehnt zurückblicken. In den vergangenen zwei Jahren ist Deutschland auf dem Weg zur Klimaneutralität gut vorangekommen, aber klar ist auch: Deutschland muss schneller werden. Diese Bereitschaft ist jetzt und in den kommenden Jahren mehr gefordert denn je. Dann bestehen weiterhin gute Chancen, dieses Jahrzehnt auf den genannten strategischen Handlungsfeldern erfolgreich zu bestehen.

Klima und Umwelt

2030 hat der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sowie der Biodiversität Priorität in Wirtschaft und Politik. Die Dekarbonisierung hat Fahrt aufgenommen. Die Wirtschaft hat hier vorgelegt, jetzt müssen der Gebäude- und der Verkehrssektor nachziehen.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau unternimmt große Anstrengungen, um diesen Prozess in Abstimmung mit der Politik zu unterstützen.

2030 spielen Zukunftstechnologien, Innovationsfähigkeit in der Breite der Wirtschaft sowie digitale Bildung in Deutschland eine zentrale Rolle. Deutschland ist ein innovationsstarkes Land, der digitale Aufbruch ist bereits spürbar.

Digitalisierung und Innovation

Dies zeigt sich sowohl im Bereich der Infrastruktur, wie zum Beispiel beim Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetze oder der Rechenkapazitäten, als auch auf dem Gebiet der digitalen Bildung wie bei der wachsenden Zahl an TUMO-Zentren. Damit wird Deutschland deutlich wettbewerbsfähiger, aber es gibt immer noch sehr viel zu tun, insbesondere bei der öffentlichen Hand sowie im Bereich der kleineren Unternehmen.

2030 liegt der Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromversorgung in Deutschland bei etwa 80 Prozent und unterstützt somit Deutschlands Unabhängigkeit in Bezug auf die Energieversorgung. Dafür wird die Kreditanstalt für Wiederaufbau Kooperation und Integration weiter vertiefen, um eine diversifizierte und effiziente Energie- und Rohstoff-Versorgung für alle sicherzustellen. Deutschland befindet sich bereits mitten im Prozess der Umwandlung seiner Energieversorgung und der Modernisierung seiner Infrastruktur.

Resilienz und Souveränität

Auf europäischer Ebene ist der Start der dritten Auflage des Marguerite-Fonds, der vor allem in erneuerbare Energien, Digitalisierungsprojekte, Gewässerschutz und Transport investiert, ein sehr klares Signal für eine vertiefte Zusammenarbeit.¹⁰⁾ Auch beim Zugang der deutschen Wirtschaft zu kritischen Rohstoffen werden aktuell wichtige und zukunftsentscheidende Weichen gestellt.

Das über mehr als 75 Jahre bewährte Geschäftsmodell der KfW wird auch die Grundlage sein, um die Herausforderungen der Transformation zu bewältigen. Allerdings bringen diese ein Spektrum an

neuen Aufgaben mit sich. Neben ihrer Rolle als Finanzinstitut wird die KfW zunehmend wichtig als

– Partnerin der Politik bei der Entwicklung und Umsetzung strategischer Projekte wie der Wärmewende oder der Schaffung von klimafreundlichem und bezahlbarem Wohnraum,

– Impulsgeberin beim Vorantreiben wichtiger Themen wie Biodiversität oder dem Zugang der Wirtschaft zu wichtigen Rohstoffen,

– Wegbereiterin, die wichtige Stakeholder an einem Tisch bei Themen zusammenführt, die nur im Schulterschluss bewäl-

– Die vor zwei Jahren angekündigte Bündelung der Organisationseinheiten im Neu- und Bestandskreditgeschäft zu einem zentralen Operations-Bereich ist erfolgreich umgesetzt. Der neue Bereich leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Agilität und Schlagkraft der KfW.

– Agile Arbeitsmethoden werden sich bankweit bei der KfW durchsetzen, weiterentwickelt und helfen, neue Lösungswege zu finden und die Effizienz zu steigern.

All dies zeigt: Die Ziele und Aufgaben sind klar abgesteckt, die Weichen richtig gestellt. Das zentrale Ziel ist es, Wachstum

„Alle sind aufgerufen, Verantwortung zu übernehmen.“

tigt werden können und Unternehmen, Kommunen und Menschen ermöglicht, im Rahmen der eigenen Möglichkeiten Verantwortung zu übernehmen.

Die digitale Transformations- und Förderbank

Eine zentrale Aussage des Beitrags vor zwei Jahren in dieser Zeitschrift war: Um die Transformation wirkungsvoll zu unterstützen, muss die Kreditanstalt für Wiederaufbau sich selbst transformieren und das Ziel verfolgen, die digitale Transformations- und Förderbank zu werden. Heute kann der Autor mit einem Bild aus dem Segelsport sagen: Man ist auf Kurs, hat wichtige Etappenziele erreicht und holt jetzt die Segel dichter, um Fahrt aufzunehmen. Drei Beispiele mögen das verdeutlichen:

– Bei der Digitalisierung des Fördergeschäfts hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau mit dem Start ihres digitalen Kundenportals einen Meilenstein erreicht. Seit Beginn des Jahres führt die KfW über dieses Portal den Antrags- und Zusageprozess im Zuschussprogramm des Bundes für neue klimafreundliche Heizungen durch.

unter dem Vorzeichen der Klimaneutralität zu generieren, Innovationen zu stärken und den industriellen Kern in Deutschland zu erhalten.

Der Auftrag der Kreditanstalt für Wiederaufbau ist und bleibt es, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu steigern und die nachhaltige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft zu unterstützen. Das Gebot der Zeit ist jetzt eine zügige und entschlossene Umsetzung. Alle sind aufgerufen, Verantwortung zu übernehmen. Die KfW wird sie dabei wie seit 75 Jahren tatkräftig unterstützen.

Fußnoten

- 1) Poker um Gas-Liefermengen geht weiter – DW – 16.06.2022
- 2) Erzeugerpreise Juni 2022: +32,7% gegenüber Juni 2021 - Statistisches Bundesamt (destatis.de)
- 3) Datenland Deutschland – Digitale Wettbewerbsfähigkeit im OECD-Vergleich | Deloitte Deutschland
- 4) Digitale Wettbewerbsfähigkeit - Länderranking 2023 | Statista
- 5) Digitalisierung im internationalen Vergleich: Deutschland liegt bei IT-Investitionen weit hinten (kfw.de)
- 6) Beitrag von Green Finance zum Erreichen von Klimaneutralität in Deutschland (kfw.de)
- 7) The-Climate-Financing-Roadmap.pdf (kfw.de)
- 8) ebd.
- 9) <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Energiewendebarmeter/KfW-Energiewendebarmeter-2023.pdf>
- 10) <https://www.marguerite.com/who-we-are/>

„Wir stecken mittendrin in unserer nachhaltigen und digitalen Transformation“

Frau Weymayr, Sie leiten eine 100 Jahre alte Institution, ehrwürdig will man fast sagen, was empfinden Sie dabei?

Es ist ein besonderes Jubiläum, das ist keine Frage. Und es ist spannend, sich mit der 100-jährigen Geschichte der Bank zu beschäftigen, was wir mit Blick auf das Jubiläum natürlich verstärkt getan haben. In mir löst es einerseits Bewunderung aus für die vielen Menschen, die mit ihrer Arbeit und ihrem Engagement diese Geschichte ermöglicht haben. Andererseits löst es auch Stolz darauf aus, was die L-Bank in diesen 100 Jahren erreicht und bewirkt hat für die Menschen im Südwesten und für das Land.

Die L-Bank hat eine bemerkenswerte Entwicklung genommen – von einer regionalen Kreditanstalt zu einer der großen Banken Deutschlands mit einem umfassenden und sehr erfolgreichen Förderangebot.

Das Geburtsjahr der L-Bank beziehungsweise das ihres Vorgängerinstituts ist 1924. Weimarer Republik, Zwischenkriegszeit. Wie kam es damals dazu, dass eine Kreditanstalt gegründet wurde?

Deutschland ging es in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg nicht gut. 1918 war eine „Stunde null“. Es galt, die Demokratie auch gegen massive innere Widerstände aufzubauen, neue Wirtschaftskraft und Infrastruktur zu schaffen, die Bevölkerung zu ernähren und – ein riesiges Problem – ihr Wohnungen zu geben. Allein in Württemberg, der Wiege der L-Bank, waren in den 1920er Jahren rund 16 000 Familien ohne Wohnung.

Die Idee, den Wohnungsbau mit niedrig verzinsten Darlehen und staatlichen Bürgschaften über eine Staatsbank anzukurbeln, lag damals nahe, zumal sie auch nicht ganz neu war. Schon 1913 hatte es eine erste Initiative zur Gründung eines Landeskreditinstituts gegeben. 1919 wurde dann in Württemberg das Wohnungsbürgschaftsgesetz verabschiedet, mit dem sich die öffentliche Hand zu ihrer Verantwortung für die Bekämpfung des Wohnungsmangels bekannte. Im April 1924 wurde die Württembergische Wohnungskreditanstalt schließlich gegründet, aus der die L-Bank hervorgegangen ist.

Es gibt ein bezeichnendes überliefertes Zitat von Eugen Bolz, dem damaligen württembergischen Innenminister, dazu. Er sagte im März 1924: Er „sehe außer der Wohnungskreditanstalt keinen Weg mehr, den Wohnungsbau zu fördern“. Wir sind also gewissermaßen aus der Not geboren.

Lassen Sie uns ein paar wesentliche Stationen der L-Bank-Geschichte ansprechen, Frau Weymayr. Zunächst: Die Wiege der L-Bank liegt in Württemberg, haben Sie gesagt. Was war mit dem anderen heutigen Landesteil, mit Baden?

Baden und Württemberg waren damals getrennte Länder. In Baden sind die Verantwortlichen einen etwas anderen Weg gegangen. Dort wurde die Wohnungsnot zwar auch mit staatlichen Darlehen und Zuschüssen bekämpft, diese wurden aber über sogenannte Wohnungsverbände in den Städten und Gemeinden vergeben. Erst 1934 wurde das geändert und es entstand nach württembergischen Vorbild die Landeswohnungsfürsorgeanstalt, die

bald in Badische Landeskreditanstalt für Wohnungsbau umbenannt wurde. Beide Anstalten in Württemberg und Baden blieben aber noch Jahrzehnte getrennt.

Das heißt, es gab zwei Förderbanken im Südwesten?

Wie es auch zwei Länder gab – und zwar bis 1952. In diesem Jahr schlossen sich die Landesteile Baden und Württemberg nach einer Volksabstimmung zu Baden-Württemberg zusammen. 20 Jahre später zogen die beiden Landeskreditanstalten nochmal nach und fusionierten zur Landeskreditbank.

Zur heutigen L-Bank?

Noch nicht ganz. Die gibt es erst seit 1998, nachdem die damalige Landesregierung die öffentlich-rechtliche Bankenlandschaft in Baden-Württemberg neu geordnet hat. Erst aus dieser Bankenneuordnung ging die Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank, wie wir sie heute kennen, hervor.


Der Reihe nach: 1934 wurde die Badische Landeskreditanstalt für Wohnungsbau als Pendant zur Württembergischen Wohnungskreditanstalt gegründet. Es folgten die Jahre des Dritten Reichs und damit die Gleichschaltung aller öffentlichen Institutionen im Namen der nationalsozialistischen Ideologie. Wie sind die Kreditanstalten durch diese Zeit gekommen?

Wir haben die nationalsozialistische Diktatur mit Bezug zu den beiden Kreditanstalten vor einiger Zeit bereits wissen-

schaftlich aufarbeiten lassen. Nun wäre es vermessen zu sagen, wir hatten mit all dem nichts zu tun – als öffentliche Institute wurden wir wie andere Institutionen auch politisch instrumentalisiert. Die NSDAP redete bei der Besetzung von Führungspositionen mit und beeinflusste die Förderpolitik nach ihren ideologischen Maßstäben.


In dem Maße, in dem sich das Verständnis von Heimat, Familie, Wohnen und Wohneigentum ideologisch veränderte und die Parteiinteressen alles andere überwogen, änderte sich auch das Fördergeschäft der Kreditanstalten in Karlsruhe und Stuttgart. Dazu kam, dass gegen Ende des Krieges der zivile Wohnungsbau praktisch nicht mehr stattfand. Geld und vor allem Baustoffe waren schlicht kaum noch für zivile Zwecke verfügbar.

Aber weder die Landeskreditanstalt in Baden noch die in Württemberg mussten ihre Arbeit einstellen. Beide behielten auch während des Zweiten Weltkriegs ihre originären Förderaufgaben für Wohnungsbau.


 **Ich kann mir vorstellen, dass die Wohnungsbauförderung nach dem Krieg eine Art Renaissance erlebt hat. Deutschland musste wiederaufgebaut werden. Und wie 1924 herrschte große Wohnungsnot.**

Es fehlten deutschlandweit Millionen von Wohnungen. Und es gab weder Geld noch Baustoffe. Das änderte sich erst mit der Währungsreform 1948, die quasi über Nacht den Wirtschaftsboom auslöste. Auch einen Förderboom im Wohnungsbau. Natürlich gewannen die beiden Landeskreditanstalten in diesen Jahren gewaltig an Bedeutung und Größe. Das zeigen sowohl die Zahlen der mit Förderdarlehen gebauten Wohnungen im Südwesten als auch die rasant anwachsenden Bilanzsummen der beiden Anstalten.

Auch die Anforderungen wuchsen im Übrigen. Schon in den 50er Jahren gewann neben der Wohnraumförderung die Förderung von Landwirtschaft und Infrastruktur an Gewicht. Wenn Sie so wollen, änderte sich schon damals unser Geschäftsmodell.

 **Vom reinen Wohnungsbauförderer zu einer umfassenden Förderbank für die Finanzierung unterschiedlichster öffentlicher Aufgaben?**

Wie es im Gesetz verankert ist. Unser Auftrag ist, das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben, insbesondere in den Bereichen Struktur-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, zu unterstützen. Das war nicht von Anfang an so, hat sich aber bis 1998 so entwickelt. Und es gilt bis heute.

 **Die Jahreszahl 1998 haben Sie vorhin schon als das Geburtsjahr der L-Bank, wie wir sie heute kennen, genannt. Bevor wir auf diese aktuelle L-Bank zu sprechen kommen, skizzieren Sie uns kurz, wie die Entwicklung bis dahin war?**

Dreh- und Angelpunkt der Nachkriegsentwicklung bis 1998 ist der 1. Januar 1972. An dem Tag wurde aus der Badischen und der Württembergischen Landeskreditanstalt die Landeskreditbank Baden-Württemberg. Hauptsitz ist seither Karlsruhe, Nebensitz ist Stuttgart. Von da an konnte es eine Förderpolitik für das ganze Land und aus einer Hand geben. Das eröffnete sowohl Entwicklungsspielräume im Fördergeschäft als auch – natürlich – neue Optionen des eigenen Wachstums.

Die L-Bank entwickelte sich dabei zunächst vom reinen Förderinstitut zu einer Universalbank. Tatsächlich durfte die Bank dem Gesetz und der Aufgabenstellung nach alle Bankgeschäfte betreiben. Dieses Recht haben wir auch genutzt. Wir haben unter anderem unsere Finanzaktivitäten von Baden-Württemberg in andere Bundesländer und ins Ausland ausgedehnt, wir hatten sogar Geschäftsräume im Ausland. Auch die Gründung der damals innovativen German Center beispielsweise in Indonesien fielen in diese Zeit bis 1998.

Gleichzeitig haben wir unser Fördergeschäft in Baden-Württemberg ausgeweitet. Bis zum Ende der 1970er Jahre wurden wir so zur Förderbank des Mittelstandes. Dazu gehörte auch die Grün-

Ihr Anspruch ist Expertenwissen. Unserer auch!

Bleiben Sie mit aktuellen Studien zu spannenden Themen immer nah am Markt.

WWW.KREDITWESEN.DE/RESEARCH

Finden Sie jetzt bei uns online aktuelle Studien rund um das Kreditwesen.

derung von Technologiezentren, in denen wir jungen Unternehmen die besten Rahmenbedingungen bieten, um sich zu entwickeln. Zuerst in Karlsruhe und Stuttgart. Auch die Baufinanzierung haben wir ausgedehnt und als zusätzlichen Schwerpunkt haben wir die Familienförderung bekommen. Der Anspruch damals war umfassend: Global Player und regionaler Förderer zum Wohle des Landes.

Auch beim Aufbau Ost hat die L-Bank eine sehr aktive Rolle übernommen?

Tatsächlich haben wir Anfang der 90er Jahre einige Kolleginnen und Kollegen nach Dresden abgeordnet, damit sie dort beim Aufbau einer Förderbank nach baden-württembergischen Vorbild helfen. Das war seinerzeit durchaus ambitioniert und auch etwas abenteuerlich, weil es ja wenig gab, auf dem wir aufbauen konnten. Gemeinsam mit den Sachsen haben wir dann die Sächsische Aufbaubank aus der Taufe gehoben, die wie wir in Baden-Württemberg Förderprogramme aufgelegt und Darlehen und Zuschüsse ausgereicht hat. Bis Ende der 90er Jahre als rechtlich unselbstständige Zweiganstalt der Landeskreditbank Baden-Württemberg, dann als eigenständiges Förderinstitut.

International agierendes Finanzinstitut und regionale Förderbank unter einem Dach – das ist eine enorme Bandbreite, die die L-Bank im letzten Quartal des vergangenen Jahrhunderts abgedeckt hat. Und mit großem Erfolg. Trotzdem hat man sie 1998 im Zuge der baden-württembergischen Bankenreform quasi zerschlagen und zur Förderbank zurückentwickelt. Warum?

Letztlich waren es politische Überlegungen, die dazu geführt haben. Baden-Württemberg hatte damals eine vergleichsweise vielfältige öffentlich-rechtliche Bankenlandschaft. Diese sollte durch die Fusion dreier großer Institute zur neuen Landesbank Baden-Württemberg, kurz LBBW, neu geordnet werden. Die L-Bank war eines dieser Institute, sie brachte ihren

Marktanteil in die Fusion ein. Damit war die L-Bank wieder eine reine Förderbank. Das hatte zwei Vorteile: ein größeres Gewicht für die neue LBBW auf den internationalen Finanzmärkten und einen sehr fokussierten Förderdienstleister für die Ziele der Landesregierung und die Zukunftsgestaltung des Landes Baden-Württemberg.

Förderinstitute gibt es viele, was zeichnet die L-Bank im Besonderen aus?

Ich denke, dass wir sehr breit aufgestellt sind – das ist nicht bei jeder Förderbank so. Wir haben über 80 Förderprogramme und bedienen die unterschiedlichsten Bedarfe: Wirtschaft, Wohnungsbau, kommunale Infrastruktur, Familien, Bildung und Soziales. Uns ist nichts fremd und wir haben einen ganzheitlichen und nachhaltigen Förderansatz. Dazu sind wir in der Lage, neue Zielsetzungen sehr rasch und effizient in Förderangebote umzusetzen. Nehmen Sie nur unseren Nachhaltigkeitsbonus, den wir sukzessive als Förderkriterium in mehrere Programme integriert haben. Auch die Abwicklung der Corona-Hilfsprogramme ist ein Beispiel für unsere Schlagkraft.

Die L-Bank gehört aktuell zu den Top-20 der deutschen Banken und schickt sich nach eigenem Bekunden an, die modernste Förderbank Europas zu werden. Alles richtig gemacht?

Niemand macht immer alles richtig und schon gar nicht über mehrere Jahrzehnte. Aber wenn Sie sich die Entwicklung ansehen, die die L-Bank genommen hat seit dem Jahrtausendwechsel, dann ist es schon so, dass wir viel richtig gemacht haben. Und mit „wir“ meine ich nicht nur die L-Bank, sondern auch unseren Eigner, das Land Baden-Württemberg, sowie unsere engen Partner in der Finanzwirtschaft. Baden-Württemberg ist gut aufgestellt, das hat auch mit einer guten Förderpolitik und mit einer erfolgreichen Förderbank zu tun.

Wenn wir heute sagen, wir wollen die modernste Förderbank Europas werden, dann ist das keine Überheblichkeit, son-



Edith Weymayr



Vorsitzende des Vorstands, L-Bank, Karlsruhe

Förderbanken haben in Deutschland eine lange Tradition. In keinem europäischen Land gibt es eine vergleichbare Förderbankenlandschaft mit einer vergleichbaren Geschichte. Sie sind aus der Finanzwirtschaft und als Dienstleister für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben nicht wegzudenken. Am 1. April ist eine der größten Förderbanken in Deutschland 100 Jahre alt geworden: die Landeskreditbank Baden-Württemberg, kurz L-Bank. Vorsitzende des Vorstands der L-Bank ist seit fünf Jahren Edith Weymayr. Daher hat die Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen ein Redaktionsgespräch mit Weymayr über die Geschichte der Förderbank, aber auch über die Ziele für die Zukunft geführt. Die L-Bank hat das ambitionierte Ziel, die modernste Förderbank Europas zu werden. (Red.)

dern in unseren Augen nur der nächste Schritt, der notwendig ist, um Baden-Württemberg weiterhin so gut fördern zu können. Wir sind jetzt bereit, diese Schritte, diesen Weg zu gehen: Wir stecken mittendrin in unserer nachhaltigen und digitalen Transformation und haben dabei viele Herausforderungen. Wir müssen uns anstrengen, aber der Weg wird sich lohnen. So wie das Land etwa beim Klimaschutz führend sein will, wollen wir als Förderbank bestmöglich zukunftsfähig und modern aufgestellt sein: für unsere Kunden, für unseren Eigentümer, das Land und für unsere Mitarbeitenden. Mit diesem Anspruch starten wir in unser zweites Jahrhundert.

Redaktionsgespräch mit Bernhard Schwab

„Wir brauchen Start-ups, die Konjunktur und Wirtschaftswachstum ankurbeln“

Herr Schwab, der Internationale Währungsfonds hat seine Konjunkturprognose für die Bundesrepublik erneut nach unten korrigiert. Wie nehmen Sie aktuell das wirtschaftliche Umfeld in Deutschland wahr?

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind nach unserer Wahrnehmung im Mo-

Zeit eine Verunsicherung über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wahr. Die dementsprechend eher moderate Investitionsbereitschaft spiegelt sich auch in unseren Förderzahlen wider. Nach einem soliden Geschäftsjahr 2023 war die Nachfrage auch im ersten Quartal dieses Jahres deutlich zurückhaltend. Auch die ak-

Neugründungen konnten wir damit auch 620 Betriebsübernahmen finanzieren. Mit Blick auf die große Zahl von Betrieben, bei denen jährlich ein Generationenwechsel ansteht, ist dieser – häufig weniger bekannte – Förderschwerpunkt Unternehmensnachfolge von enormer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Mit Zusagen in Höhe von 1,1 Milliarden Euro entfiel der größte Teil unserer Förderung im vergangenen Geschäftsjahr auf Modernisierungs- und Wachstumsvorhaben. Ein deutliches Plus um 33 Prozent gab es zudem erfreulicherweise bei unserem Innovationskredit 4.0, mit dem wir die gesamte Bandbreite von Innovationsvorhaben, Digitalisierungsvorhaben, innovativen Geschäftsmodellen und innovative Unternehmen fördern.

„Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind nach unserer Wahrnehmung im Moment herausfordernd.“

ment herausfordernd. Eine Vielzahl von Unsicherheiten, geopolitischen Krisen und nicht zuletzt die Zinsentwicklung sorgen seit einiger Zeit für ein verhaltenes Investitionsklima. Damit ist auch eine Gefahr für die Stärke unseres Wirtschaftsstandorts verbunden. Denn nicht zuletzt mit der Transformation hin zu Digitalisierung und klimafreundlichem Wirtschaften kommt in den nächsten Jahren enormer Investitionsbedarf auf unsere Unternehmen zu. Um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben, ist es wichtig, Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen. Zuversichtlich stimmt mich, dass es zuletzt wieder Anzeichen für eine leichte Aufwärtstendenz gab, beispielsweise zeigte die ifo-Konjunkturumfrage im April zum dritten Mal in Folge eine Stimmungsaufhellung in der mittelständischen Wirtschaft.

Und wie ist es speziell mit Blick auf Ihre Hauptklientel, den bayerischen Mittelstand?

Auch bei den mittelständischen Betrieben in Bayern nehmen wir seit einiger

tuellen Zahlen signalisieren noch keine Trendwende nach oben.

Eines ist mir in dem Zusammenhang aber wichtig zu betonen: Bei allen Konjunktur- und zum Teil auch Zukunftssorgen – die bayerische Wirtschaft insgesamt ist stark und innovativ! Sie ist in Deutschland und Europa weiterhin vorne dabei. Und als Förderbank des Freistaats Bayern setzen wir uns mit aller Kraft dafür ein, dass der Wirtschaftsstandort Bayern auch in Zukunft führend bleibt.

Sie haben die Förderzahlen gerade erwähnt. Welche Förderkredite der LfA werden derzeit besonders nachgefragt?

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 waren erneut unsere Finanzierungsangebote für Gründung und Unternehmensnachfolge sowie Modernisierungs- und Wachstumsinvestitionen besonders stark nachgefragt. Das Volumen der Gründungsfinanzierung lag insgesamt bei fast 470 Millionen Euro. Neben mehr als 280

Auch in den ersten Monaten dieses Jahres konzentriert sich die Nachfrage auf unsere Förderangebote für Gründung, Wachstum und Innovationen. Positiv ist für mich in jedem Fall, dass der weit überwiegende Teil der Unternehmen, die unsere Fördermittel zuletzt in Anspruch genommen haben, diese genutzt haben, um in die Zukunft und Modernisierung zu investieren.

Wo sehen Sie als Vorstandsvorsitzender einer renommierten Förderbank derzeit die wichtigsten Aufgaben? In welche Richtung wollen Sie die LfA in den kommenden Jahren weiterentwickeln?

Ausgangspunkt für alle unsere Aktivitäten ist weiterhin unser gesetzlicher Förderauftrag zur Stärkung der Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltstruktur in Bayern. Bei der konkreten Umsetzung orientie-

ren wir uns dabei an den aktuellen Entwicklungen und Bedürfnissen.

Die alles überlagernde Aufgabe der kommenden Jahre ist die eingangs bereits angesprochene Transformation hin zu Digitalisierung und klimafreundlichem Wirtschaften und die Finanzierung des damit verbundenen riesigen Investitionsbedarfs. Wir haben das einmal aus bundesweiten Zahlen einer Untersuchung von PwC auf Bayern heruntergerechnet und kommen ganz grob geschätzt auf ungefähr 50 bis 70 Milliarden Euro pro Jahr. Privatwirtschaftliche Mit-

Betriebe profitieren von deutlich günstigeren Konditionen im Vergleich zum Marktzins. Lange Laufzeiten und Zinsbindungen sowie bei Bedarf Tilgungsfreijahre geben zudem Planungssicherheit.

Neben dem Innovationskredit 4.0 – unserem Spezialisten für die digitale Transformation – haben wir für KMU mit unseren Energiekrediten auch Spezialprogramme für die energetische Transformation im Portfolio. Mit ihnen unterstützen wir Unternehmen mit attraktiven Konditionen bei Investitionen in die Verbesserung der Energieeffizienz ihrer Gebäude, Maschi-

„Als staatliche Förderbank können wir haushaltsschonend private Investitionen hebeln.“

tel, staatliche Zuschussprogramme und rein haushaltsbasierte Finanzierungen reichen dafür nicht aus. Notwendig ist eine sinnvolle Kombination aus privatwirtschaftlichen und staatlichen Mitteln.

Das genau ist die Kompetenz von Förderbanken. Denn als staatliche Förderbank können wir haushaltsschonend und mit überschaubaren Zinszuschüssen private Investitionen hebeln. Insbesondere in der aktuellen Marktsituation können Förderdarlehen, staatliche Risikoübernahmen und öffentliches Eigenkapital eine entscheidende Rolle spielen. Denn wir können damit nicht nur den großen Investitionsbedarfen und der aktuellen Investitionszurückhaltung der Wirtschaft etwas entgegensetzen, sondern auch die Banken bei der Kreditvergabe von Risiken entlasten.

Wie unterstützt die LfA gerade auch kleinere Unternehmen bei der Transformation?

Dreh- und Angelpunkt unserer Finanzierungshilfen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind unsere Förderkredite. Zentrales Kreditangebot ist der neue Gründungs- und Wachstumskredit. Mit ihm unterstützen wir praktisch sämtliche Investitionen – insbesondere auch Transformationsvorhaben – von KMU. Die

nen und Prozesse. Dabei gilt, je höher die Einsparung, desto höher unsere Förderung. Mit dem Energiekredit Regenerativ erleichtern wir zudem Investitionen in die Selbstversorgung mit erneuerbarer Energie. Das kann zum Beispiel eine firmeneigene PV-Anlage sein.

Den breiten Mittelstand – also Unternehmen mit einem Jahresumsatz von bis zu 500 Millionen Euro – adressieren wir in erster Linie mit unserem Universalkredit. Vorzugskonditionen am unteren Ende der Marktzinssätze und eine breite Auswahl an Laufzeiten und Zinsbindungen sowie Tilgungsfreijahre ermöglichen auch hier maßgeschneiderte Finanzierungen und Planungssicherheit.

Viele Transformationsvorhaben haben einen langen Zeithorizont und deshalb schwieriger einschätzbare Erfolgsaussichten. Für die Geschäftsbanken können die Risiken deshalb größer ausfallen. Wie können Sie als Förderbank in solchen Fällen helfen?

In solchen Fällen können unsere Risikoübernahmen echte Türöffner sein. Für die Hausbanken ist eine positive Kreditentscheidung bei Unternehmen mit geringen werthaltigen Sicherheiten häufig schwierig. Mit Haftungsfreistellungen oder Bürgschaften können wir den Hausbanken un-



Dr. Bernhard Schwab



Vorsitzender des Vorstands,
LfA Förderbank Bayern, München

In der Vielfalt der Herausforderungen und Krisen unserer Zeit sieht Bernhard Schwab eine Gefahr für die Stärke des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, brauche es Zukunftsinvestitionen. Diese möglichst zu machen, sieht er auch als Aufgabe der LfA an. Positiv stimmt Schwab die Tatsache, dass der überwiegende Teil der Unternehmen, die Fördermittel der LfA zuletzt in Anspruch nahmen, diese für Investitionen in die Zukunft und in Modernisierung genutzt hätten. Schwab sieht einen Vorteil der Förderbanken darin, dass sie haushaltsschonend und mit überschaubaren Zinszuschüssen private Investitionen hebeln können. Hilfreich seien auch Risikoübernahmen der LfA. Damit könnten Unternehmen, die zwar ein tragfähiges Geschäftsmodell hätten, jedoch keine ausreichenden Sicherheiten, Zugang zu Krediten verschafft werden und somit ein Stillstand der Transformation verhindert werden. (Red.)

ter solchen Umständen einen großen Teil des Kreditrisikos abnehmen. Dadurch können die Hausbanken Förderkredite auch an Unternehmen ausreichen, die zwar keine ausreichenden Sicherheiten wohl aber ein tragfähiges Geschäftsmodell haben. So können wir auch Unternehmen Zugang zu Krediten verschaffen, bei denen sonst ein Stillstand ihrer Transformationsinvestitionen drohen würde.


Welche Rolle spielt die Gründungsförderung für die Transformation?

Sie sprechen hier ein zentrales Thema an. Wir brauchen Start-ups, die Konjunktur und Wirtschaftswachstum ankurbeln. Speziell im Hinblick auf die für die Transformation notwendigen technischen Innovationen ist eine lebendige und erfolgreiche Gründerszene unverzichtbar. Einerseits unterstützen wir Gründerinnen und Gründer deshalb mit besonders vorteilhaften Konditionen mit den genannten Förderkrediten und Risikoentlastungen.

Andererseits bieten wir gemeinsam mit unserer hundertprozentigen Venture-Capital-Tochter Bayern Kapital sowie im Verbund mit der BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft auch Eigenkapitalfinanzierungen für alle Entwicklungsphasen von Unternehmen an. Gerade hochinnovative Start-ups benötigen eine individuell passgenaue finanzielle Unterstützung. Denn diese Unternehmen sind häufig in Feldern mit hohen innovatorischen und technologischen Risiken unterwegs. Im Erfolgsfall können Global Player entstehen, im Fall des Scheiterns sind aber auch erhebliche Verluste möglich. Private Investoren können hier an Grenzen stoßen. Unsere Angebote reichen von Einstiegsbeträgen von im jeweiligen Einzelfall 250000 Euro in der Gründungsphase bis zu Finanzierungen in Höhe von 25 Millionen Euro in der Wachstumsphase kurz vor einem möglichen Börsengang.

Wichtig dabei – die LfA und Bayern Kapital gehen grundsätzlich Minderheitsbeteiligungen ein und agieren immer ge-


zugschnittene Angebote wie den Transformationsfonds Bayern. Der Fonds wurde 2020 von der Bayerischen Staatsregierung und der LfA mit einem Volumen von 200 Millionen Euro aufgelegt. Wir unterstützen mit ihm Unternehmen, die sich vor dem Hintergrund von Klimawandel sowie Digitalisierung in einer Transformation bis hin zu einer notwendigen,

 **Wie wichtig für den Erfolg der Transformation und den Beitrag der LfA hierzu ist die enge Zusammenarbeit mit den Sparkassen und Volksbanken Raiffeisenbanken, die nah an den Kunden sind?**

Unsere Förderkredite werden – mit Ausnahme der Infrastrukturdarlehen – über


„Für die Wirtschaft sind möglichst wenige, einfache und klare Vorgaben wünschenswert.“

kapitalintensiven Umstellung auf ein verändertes Geschäftsmodell befinden. Der Transformationsfonds Bayern steht mit kleineren Ausnahmen grundsätzlich Unternehmen aller Branchen offen; unabhängig davon, ob bereits externe Investoren beteiligt sind.

 **Im Zusammenhang mit den aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen wird häufig auf zu viel Bürokratie hingewiesen. Würden Sie sich weniger komplexe Vorschriften wünschen, die von den Unternehmen besser zu verstehen und einfacher zu erfüllen sind?**

Für die Wirtschaft sind möglichst wenige, einfache und klare Vorgaben wünschenswert. Das Gleiche gilt natürlich für unsere Förderarbeit. Es ist uns daher ein großes Anliegen, es unseren Kunden und


die Hausbanken der Unternehmen, also über die Sparkassen, Genossenschaftsbanken und privaten Geschäftsbanken, beantragt und ausgezahlt. Allein schon deshalb ist die enge Zusammenarbeit mit den Banken vor Ort für unseren Beitrag zum Gelingen der Transformation essenziell. Der Austausch mit unseren häufig in den jeweiligen Regionen tief verwurzelten Bankenpartnern hilft uns aber auch sehr dabei, die Finanzierungsbedarfe der Unternehmen so genau wie möglich zu kennen. Dadurch sind wir in der Lage, bedarfsgerechte Förderprodukte anzubieten. Ich bin deshalb sehr froh, um die schon traditionell gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Bankenpartnern aus allen drei Säulen des Bankenmarktes.

 **Kurz nach Ihrem Amtsantritt betonten sie, wie wichtig Ihnen die Optimierung der Produktpalette und die Beschleunigung und Automatisierung der Zusageverfahren für die Bankenpartner sei. Wie weit sind Sie hier in den vergangenen drei Jahren gekommen?**

Der Weg ist mühsam, aber zwingend nötig. Wir kommen gut voran. In den vergangenen Jahren konnten wir unsere Produktpalette bereits verschlanken. Bestes Beispiel dafür ist der eben bereits angesprochene neue Gründungs- und Wachstumskredit, der zum Jahreswechsel die bisher getrennten Produkte Startkredit und Investivkredit abgelöst hat. Im Vergleich zur bisherigen Förderung bietet das neue Kreditprogramm jetzt einheitliche und deutlich vereinfachte Rege-

„Die LfA und Bayern Kapital gehen grundsätzlich Minderheitsbeteiligungen ein.“

meinsam mit privaten Investoren. Unser Engagement sorgt also dafür, dass zusätzliches Kapital für die bayerische Start-up-Szene mobilisiert wird.

 **Sie haben das Stichwort Eigenkapital angesprochen. Haben Sie auch hier weitere spezielle Angebote?**

Ja, wir haben auch auf besonders herausfordernde Situationen im Lebenszyklus

Partnern so einfach wie möglich zu machen. Beim Thema Nachhaltigkeit unterstützen wir gemeinsam mit anderen deutschen Förderbanken Initiativen zur Vereinheitlichung von ESG-Datenanforderungen für kleine und mittlere Unternehmen bei der Kreditvergabe. Generell sollte sich ein praxisgerechter Berichtsstandard etablieren, der mit möglichst geringem bürokratischen Aufwand erfüllt werden kann.



lungen sowohl bei der Förderung von Gründungen als auch von etablierten Unternehmen. Dadurch haben wir den Kreditzugang für die Betriebe und die Bearbeitung für die Hausbanken spürbar erleichtert. Ganz praktisch erkennt man die Verschlankeung auch daran, dass das Regelwerk des neuen Förderprogramms statt zuvor 40 Seiten nur noch 11 Seiten umfasst.

Gleichzeitig ist es uns gelungen, die Bearbeitungszeiten bei der Kreditvergabe um mehr als 40 Prozent zu beschleunigen. Statt 4,8 Arbeitstagen wie noch 2019 vergehen zwischen Antragstellung und Zusage bei programmgebundenen Förderkrediten mittlerweile im Schnitt nur noch 2,8 Arbeitstage. Bei Zusagen ohne Risikoübernahme geht es bereits noch schneller.

Das reicht aber bei Weitem noch nicht. Wenn Sie auf die praktischen Folgen der demografischen Entwicklung der nächsten Jahre schauen, wird klar, dass

wir in Zukunft mit deutlich weniger Mitarbeitern deutlich mehr Förderleistung auf die Straße bringen müssen. Es gilt:

„Wir optimieren, verschlanken und digitalisieren, dort wo immer es möglich ist.“

Wir optimieren, verschlanken und digitalisieren, dort wo immer es möglich ist. Das ist Voraussetzung, damit wir in fünf bis zehn Jahren nicht auf der Strecke bleiben.

In welchen Bereichen planen Sie über die Transformationsfinanzierung hinaus neue Angebote?

Ganz aktuell planen wir, im Rahmen des neuen Gründungs- und Wachstumskredits die Förderung auf Betriebsmittel zu erweitern. Hintergrund ist der zunehmende Shift hin zu einer wissensbasierten Ökonomie. Gerade bei internetba-

sierten Gründungen stehen oft keine „klassischen“ Investitionsvorhaben mehr im Vordergrund. Der Finanzierungsbe-

darf entsteht stattdessen häufig durch immaterielle Investitionen und Betriebsmittel. Dazu gehört zum Beispiel die Finanzierung von Mitarbeitern oder Software(entwicklung) beziehungsweise Marketing-, Vertriebs- und Lizenzkosten. Bisher waren solche Ausgaben kleiner und mittelständischer Unternehmen teilweise nicht zu den gleichen attraktiven Konditionen wie klassische Investitionen förderfähig.

Das ändern wir jetzt und sorgen so für ausreichend Liquidität für jegliche Gründungs- beziehungsweise Wachstumsvorhaben.

**FÜR
BERLIN**
SEIT 100 JAHREN

 **Investitionsbank
Berlin**

Erfolg. Fördern. Berlin.

wachsen mit der **IBB**

Wir haben die passende finanzielle Förderung, damit Dein Unternehmen wachsen kann. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Dein Geschäft langfristig erfolgreich zu machen.

Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747

ibb.de/wachsen

Nikola Steinbock

Deutschland braucht eine Investitionsoffensive

„In Zukunft muss es mehr ums Verändern als ums Bewahren gehen“ – das war eine der zentralen Aussagen von Moritz Schularick, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, auf der diesjährigen Agrarfinanztagung der Rentenbank und des Deutschen Bauernverbandes Mitte April in Berlin.

Digital zugeschaltet aus den USA berichtete Schularick über die komplexen geopolitischen Herausforderungen sowie die hausgemachten Probleme, mit denen Deutschland zu kämpfen hat. Sein Fazit: Deutschland muss aus seiner Starre erwachen und sich verändern. Wenn unser Land nicht im ökonomischen Kräfte messen zerrieben und wirtschaftlich abgehängt werden will, muss es massiv in seine digitale und nachhaltige Transformation investieren.

Große Investitionszurückhaltung

Diese Forderung Schularicks ist nicht neu. Er hat sie schon früher erhoben und seither mehrfach in Interviews wiederholt.

„Die Agrar- und Ernährungswirtschaft hält sich – wie andere Branchen auch – mit Investitionen zurück.“

Doch so präsent und deutlich die Forderung des Ökonomen nach einer Investitionsoffensive in Deutschland ist, so offensichtlich ist die aktuelle Investitionszurückhaltung in unserem Land. Sowohl die öffentlichen als auch die privaten Investitionen sind rückläufig. So liegt Deutschland nach einer Auswertung des

Statistikportals Statista beim Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt seit Jahren deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Auch die privaten Investitionen schwächeln massiv. Laut Frühjahrsgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung planen der-

zeit weniger Unternehmen eine Ausweitung ihrer Investitionen als noch im Herbst 2023.

Auch die Agrar- und Ernährungswirtschaft hält sich mit Investitionen zurück. Dies zeigt das aktuelle „Rentenbank-Agrarbarometer“¹⁾, eine vierteljährliche Befragung von 1000 Landwirten sowie 150 Lohnunternehmen in Deutschland. Nach den Ergebnissen des Agrarbarometers will zwar etwas mehr als die Hälfte der Landwirte in den nächsten sechs Mona-

ten investieren. Die Zukunftserwartungen der Branche lassen jedoch Zweifel aufkommen, ob diese Investitionen – vor allem die substanziellen und langfristigen – auch getätigt werden. Denn die Stimmung in der Branche ist massiv getrübt. So zeigt das Agrarbarometer, dass die befragten Landwirte ihre zukünftige

wirtschaftliche Lage so schlecht einschätzen wie seit zehn Jahren nicht mehr.

Die Zurückhaltung der Branche bei Zukunftsinvestitionen spiegelt sich auch im Fördergeschäft der Rentenbank wider. Das Neugeschäft mit zinsgünstigen Programmkrediten ging im vergangenen Jahr um

„Die Zurückhaltung der Branche spiegelt sich auch im Fördergeschäft der Rentenbank wider.“

13,6 Prozent zurück. Der negative Trend hält im ersten Quartal dieses Jahres an.

Durch Rahmenbedingungen gehemmte Investitionen

Ursache für die gesamtwirtschaftliche Investitionszurückhaltung sind laut zuvor bereits angeführtem Gutachten des Sachverständigenrates unter anderem die gestiegenen Finanzierungskosten infolge der Straffung der Geldpolitik und der Anhebung der Zinsen. Förderkredite sind außerdem aufgrund der aktuell inversen Zinsstrukturkurve und des damit verbundenen hohen EU-Referenzzinssatzes weniger attraktiv. Dies hat zur Folge, dass die Rentenbank als Förderbank entweder nur hohe beihilfefreie Zinskonditionen gewähren kann oder hohe Beihilfewerte entstehen.

Vor allem aber wirkt sich die wirtschaftspolitische Unsicherheit negativ auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmen aus. Dieses Thema spielt auch in der Agrarwirtschaft eine zentrale Rolle. So zeigt



das „Rentenbank-Agrarbarometer“, dass die Zukunftserwartungen der Landwirte auch wegen der fehlenden Planungssicherheit so schlecht sind. Investitionen in der Landwirtschaft haben keinen Zeithorizont von zwölf Monaten. Eher von zwölf Jahren und oft darüber hinaus. Deshalb muss ein landwirtschaftlicher Unternehmer wissen, ob das, worin er investiert, auch morgen, übermorgen und eben in zwölf Jahren noch das ist, was man braucht, um moderne Landwirtschaft zu betreiben. Diese Orientierung fehlt und genau das hemmt Investitionen.

Die Gründe für die Investitionszurückhaltung liegen auf der Hand. Ebenso klar sind die Maßnahmen, die Ökonomen wie Schularick immer wieder fordern: Um die Innovationskraft zu stärken und die Investitionstätigkeit der Wirtschaft anzukurbeln, plädiert er zum einen für eine Ausweitung staatlicher Investitionen in Zukunftsbranchen wie Digitalisierung und Künstliche Intelligenz. Seine Forde-

rungen als vielmehr die Chancen der wirtschaftlichen Transformation in den Vordergrund stellt. Statt die Klimatransformation als Belastung für die Bürger zu sehen, sollte sie als Chance für die deutsche Wirtschaft begriffen werden.

Ein solches Narrativ könnte laut Schularick lauten: „Wir wollen die grüne Industrienation Nummer eins in der Welt werden.“ Das bedeutet, dass massive Investitionen in Industrien und Prozesse gehen, die einen starken Impact auf unsere gesellschaftlichen Ziele haben, aber heute eben noch nicht nachhaltig sind.

In allen drei Bereichen – der Kombination von öffentlichen und privaten Mitteln, den finanziellen Anreizen für private Investitionen sowie der chancenorientierten Erzählung rund um die nachhaltige und digitale Transformation – spielt die Rentenbank eine zentrale Rolle. Als Finanzierungspartner an der Seite der Agrar- und Ernährungswirtschaft ist es ihre Aufgabe,

„Statt die Klimatransformation als Belastung zu sehen, sollte sie als Chance begriffen werden.“

Die Transformation der Branche aktiv voranzutreiben und sie auf ihrem Weg zu unterstützen. Auch und gerade bei den dafür notwendigen Investitionen.

Kombination aus öffentlichen und privaten Mitteln

Private Investitionen ankurbeln

Zum anderen fordert Schularick eine klare und stärker zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik, die Reformen angeht, auf Bürokratieabbau setzt und gleichzeitig finanzielle Anreize für private Investitionen schafft. Als Beispiel nennt er unter anderem Steuergutschriften für Investitionen in grüne Branchen.

So ist das Investitions- und Zukunftsprogramm Landwirtschaft, das die Landwirtschaftliche Rentenbank seit 2021 im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft umsetzt, ein gelungenes Beispiel für die erfolgreiche Kombination von öffentlichen und privaten Mitteln. Im Rahmen des Programms werden Zuschüsse für Investitionen in besonders umwelt- und klimaschonende Wirtschaftsweisen angeboten.

Darüber hinaus ist laut Schularick ein verändertes Transformationsnarrativ notwendig, dass weniger die Herausforde-

Der Zuschuss beträgt bis zu 40 Prozent der Investitionssumme bei landwirtschaftlichen Betrieben und bis zu 10 Prozent (20



Nikola Steinbock



Sprecherin des Vorstands, Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt am Main

Die nachhaltige Transformation benötigt gigantische Investitionen. Dennoch gibt es in Deutschland einen Investitionsstau. Um das zu ändern, muss es bald mehr ums Verändern als ums Bewahren gehen, wie die Autorin den Ökonomen Moritz Schularick zitiert. Dass es eine Investitionszurückhaltung gibt, kann Nikola Steinbock als Vorstandssprecherin der Rentenbank auch für die Landwirtschaftsbranche bestätigen. Hier versucht die Förderbank mit vielen Mitteln Abhilfe zu schaffen. Neben den üblichen Förderinstrumenten Zuschüsse und Förderkredite initiiert die Rentenbank gezielt auch Innovationen. So unterstützt die Bank Acceleratoren und vergibt Nachrangdarlehen an agrarnahe Start-ups in der Frühphase. Aber auch in Venture-Capital-Spezialfonds im Agrartech- und Foodtech-Bereich investiert das Institut. Steinbock fordert schließlich dazu auf, bei der Transformation die Chancen in den Vordergrund zu stellen und den Umbau der Wirtschaft massiv voranzutreiben. (Red.)

Prozent bei Kleinunternehmen) der Investitionssumme bei landwirtschaftlichen Lohnunternehmen und gewerblichen Maschinenringen.

Finanzielle Anreize für private Investitionen

Der Zuschuss wird mit einem zinsgünstigen Programmkredit der Rentenbank kombiniert. Insgesamt wurden über das Programm, das in diesem Jahr zum Ab-

schluss kommt, mehr als 500 Millionen Euro an Zuschüssen bewilligt – und damit der gewünschte Effekt der Modernisierung von Technik erzielt, mit der eine massive Einsparung von Treibhausgasemissionen einhergeht.

Demnächst startet ein weiteres Programm, das die Rentenbank für das Bundesumweltministerium im Rahmen des „Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz“ umsetzt. Geplant ist eine Förderrichtlinie für Maschinen und Geräte zur Stärkung der natürlichen Bodenfunktionen in Agrarlandschaften. Die beiden Programme, die die Rentenbank im Auftrag der Bundesministerien umsetzt, sind Paradebeispiele dafür, wie öffentliche Mittel private Investitionen auslösen und so die Transformation einer Branche vorantreiben.

Neben den Bundesprogrammen stellt die Rentenbank die Branche mit einem breiten Spektrum weiterer Förderprogramme zukunftsfähig auf. Beispielsweise fördert sie durch ihre „Zukunftsfelder im Fokus“ Investitionen in ausgewählten Zukunftsfeldern wie Agri-Photovoltaik oder regionale Lebensmittelproduktion. Mitte vergangenen Jahres hat die Rentenbank die ursprünglich vier Zukunftsfelder um zwei weitere ergänzt. Hier stehen Investitionen in effiziente Bewässerung und die Förderung von Selbstständigkeit und Existenzgründung von Hofnachfolgerinnen und Gründerinnen in der Land- und Forstwirtschaft im Mittelpunkt. Erst Ende März hat die Rentenbank ein siebtes Zukunftsfeld

ausbaut und professionalisiert. So fördert das Institut gezielt Innovationen, unterstützt Acceleratoren und vergibt im Auftrag des Bundeslandwirtschaftsministeriums Nachrangdarlehen an agrarnahe Start-ups in der Frühphase. Gleichzeitig investieren es in Venture-Capital-Spezialfonds im Agtech- und Foodtech-Bereich.

Fokus auf Chancen

Als Partner unterstützt die Rentenbank die „grüne Branche“ nicht nur bei der

staltet Roundtables und Workshops. So hilft die Förderbank, Ideen zu entwickeln, die verschiedenen Akteure miteinander ins Gespräch zu bringen und über die grüne Branche zu informieren.

Starke Basis

Die Rentenbank agiert aus einer Position der Stärke. Diese Stärke beruht ganz erheblich auf ihrer soliden Finanzierung. Ein zentrales Element ihrer Refinanzierungsstrategie ist die Diversifizierung.

„Die Rentenbank fördert die Transformation der Branche auch durch ihre Innovationsförderung.“

Finanzierung, sondern auch bei der praktischen Umsetzung der Transformation. Ein Beispiel dafür ist das Fachkonzept zur Bewertung transitorischer Risiken durch Banken bei der Kreditvergabe an landwirtschaftliche Kundinnen und Kunden²⁾, das die Rentenbank gemeinsam mit verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen entwickelt hat. Mit diesem Instrument können Hausbanken die Nachhaltigkeitsrisiken ihrer landwirtschaftlichen Kreditnehmer praxisnäher als bisher erfassen. Dies eröffnet die Chance, mehr landwirtschaftliche Kreditnehmer in eine bessere Risikoklasse einzustufen, da diese ihre tatsächlichen Leistungen und Risiken besser darstellen können.

Das ist gerade in der Welt des stetigen Wandels ein klarer Vorteil. Aufgrund der Bundesgarantie und der Anstaltslast des Bundes fragen institutionelle Investoren unterschiedlicher Art aus verschiedenen Ländern und Regionen die Anleihen in verschiedenen Währungen nach. Aufgabe der Treasury ist es, die jeweils günstigsten Alternativen auszuwählen und dabei eine für die Investoren nachvollziehbare Gesamtstrategie zu verfolgen.

Diese Währungsdiversifikation hilft der Rentenbank auch dabei, die Mittel für auf Euro lautende Programmkredite der Rentenbank möglichst günstig zur Verfügung zu stellen. Neben ihrer sehr soliden Refinanzierungsbasis ist die gute Eigenkapitalausstattung der Rentenbank ein wichtiger Baustein ihrer Stärke. Durch das sehr gute Betriebsergebnis im vergangenen Jahr konnte das Institut seine Kapitalbasis noch einmal um weitere knapp 85 Millionen Euro stärken.

„Die Rentenbank agiert aus einer Position der Stärke.“

„Stallumbau für mehr Tierwohl“ gestartet. Die Zukunftsfelder sind flexibel angelegt. So kann das Förderinstitut mit dem Programm schnell auf Entwicklungen reagieren und die Branche bei notwendigen Anpassungsprozessen unterstützen.

Die Rentenbank fördert die Transformation der Branche auch durch ihre Innovationsförderung. Sie verfügt bereits über ein umfassendes Angebot, das sie weiter

Gleichzeitig unterstützt die Rentenbank die Branche auch dabei, die Chancen der Transformation in den Mittelpunkt zu stellen und gemeinsam zu nutzen. Dabei ist das Thema Kommunikation ein zentraler Baustein. Die Rentenbank nimmt hier die Rolle als Bindeglied innerhalb der „grünen Branche“ und zwischen der Branche und ihren verschiedenen Akteuren ein. Sie initiiert Kommunikationsprojekte, ist Mitglied in Gremien und veran-

Eigene Transformation vorantreiben

Natürlich steht auch die Rentenbank als bundesweit tätige Förderbank angesichts der vielen Veränderungen vor großen Herausforderungen. Auch die Rentenbank muss sich verändern, um starker Partner an der Seite der Agrar- und Ernährungswirtschaft zu bleiben. Deshalb



hat das Institut vor zwei Jahren einen umfassenden Transformationsprozess gestartet. Aus einer sehr ehrlichen Stärken-Schwächen-Analyse wurde das Zukunfts-

Die Rentenbank ist der Partner an der Seite der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Sie ist eine von insgesamt 19 Förderbanken in Deutschland. Neben den beiden

Interview im Herbst vergangenen Jahres hatte er diesen Widerspruch wie folgt erklärt: „Wir marschieren ins grüne Zeitalter, aber gucken immerzu nach hinten [...]. Versuchen Sie mal, so zu laufen. Da kann man ja kein Tempo aufnehmen.“

„Es muss zukünftig mehr ums Verändern als ums Bewahren gehen.“

bild 2028 entwickelt. Dieses Zukunftsbild umfasst fünf Dimensionen.

Für jede dieser Dimensionen hat sich die Rentenbank konkrete Ziele gesetzt. Vielen dieser Ziele ist das Institut in den vergangenen Monaten bereits ein gutes Stück nähergekommen. So hat die Rentenbank zum Beispiel ihr Förderportfolio erweitert und noch besser auf die Bedürfnisse der Branche abgestimmt. Sie hat ihren Vertrieb effizienter und moderner aufgestellt, um einen direkteren Draht zu den Kunden zu haben. Die Förderbank hat ihr neues Employer Branding gelauncht, mit dem sie sich im Wettbewerb um die klügsten Köpfe stark positioniert. Die Rentenbank ist dabei, eine moderne Feedbackkultur im Unternehmen zu etablieren und richtet ihre IT-Infrastruktur nachhaltiger aus. Und vieles mehr. Dabei ist es auch für die Rentenbank wichtig, die Chancen der eigenen Transformation immer wieder in den Fokus zu rücken.

bundesweit tätigen Förderinstituten Rentenbank und KfW gibt es 17 weitere Landesförderinstitute. Gemeinsam bilden diese ein starkes und einzigartiges Netzwerk der Förderbanken „Made in Germany“.

Ein starkes Netzwerk

Wie die Rentenbank für die Agrar- und Ernährungswirtschaft sind auch die anderen Förderinstitute starke Partner der Wirtschaft in ihren Regionen. Sie fördern und beraten Unternehmen und Organisationen und begleiten sie auf ihrem Weg der Transformation. Dabei kombinieren sie öffentliche mit privaten Mitteln, setzen finanzielle Anreize für Investitionen und fördern das wichtige Narrativ einer chancenorientierten Transformation.

Deutschland läuft rückwärts in die Zukunft, so Professor Moritz Schularick auf der Agrarfinanztagung. In einem Spiegel-

Deshalb lautet auch mein Appell an dieser Stelle: Es muss zukünftig mehr ums Verändern als ums Bewahren gehen. Die Chancen der Transformation müssen in den Vordergrund gestellt werden und der Umbau der Wirtschaft in Richtung Digitalisierung und Nachhaltigkeit massiv vorangetrieben werden. Dazu braucht die Bundesrepublik Deutschland eine Investitionsoffensive.

Fußnoten

1) Das Rentenbank-Agrarbarometer ist der einzige empirisch fundierte und über einen längeren Zeitraum verfügbare Index mit Aussagen zur aktuellen Situation und den Erwartungen in der deutschen Landwirtschaft. Es wird seit März 2024 vierteljährlich im Auftrag der Landwirtschaftlichen Rentenbank vom Marktforschungsunternehmen Kynetec erhoben und knüpft an das frühere „Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar“ an. Das aktuelle Agrarbarometer ist hier abrufbar <https://www.rentenbank.de/export/sites/rentenbank/dokumente/studien-und-analysen/konjunkturbarometer/rentenbank-agrarbarometer-fruehjahr-2024.pdf>

2) Das Fachkonzept und Anwenderleitfaden zur Einordnung von Treibhausgasemissionen bei der Kreditvergabe an landwirtschaftliche Kundinnen und Kunden ist hier abrufbar <https://www.rentenbank.de/export/sites/rentenbank/dokumente/Nachhaltigkeit/Fachkonzept-und-Anwenderleitfaden-zur-Einordnung-von-Treibhausgasemissionen-bei-der-Kreditvergabe-an-landwirtschaftliche-Kundinnen-und-Kunden.pdf>



**ZERTIFIZIERTER
FÖRDERMITTELBERATER (VÖB)®**

Lernen Sie die Förderprogrammlandschaft Deutschlands kennen und anzuwenden!

www.voeb-service.de/foerdermittelberater



Ulrich Scheppan / Dominik Lamming

Wie Förderbanken die Energiewende unterstützen

Transformation – Kaum ein Begriff steht so sehr für den grundlegenden Wandel der Gesellschaft wie dieser. Unternehmen, Banken, Verbände und Verwaltungen setzen sich permanent mit den Herausforderungen auseinander, die mit diesem Begriff verbunden sind. Auch in der Politik hat er Eingang in den allgemeinen Sprachgebrauch gefunden. Immerhin 37-mal wird „Transformation“ im Koalitionsvertrag der Bundesregierung benutzt, meist mit Verweis auf die deutsche Wirtschaft und ihre Umbauprozesse, von der Dekarbonisierung bis zum digitalen Wandel. Im Bereich der Energie- und Klimapolitik gilt es, die erneuerbaren Energien weiter auszubauen. Als unerlässliche Nebenbedingungen sind dabei sowohl eine sichere Energieversorgung für private Haushalte und Unternehmen als auch die

tungsmaßnahmen Kohlenstoff im Boden konserviert und gebunden werden kann. Und für mehr Biodiversität auf den Äckern entwickeln Landwirte gemeinsam mit Naturschützern Projekte.

Bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) starten in diesem Jahr gleich drei neue Energieförderprogramme, die die Bank für das Land in Form von Zuschüssen bereitstellt. Das Ziel: Die Reduzierung des Energieverbrauchs und des CO₂-Ausstoßes in Unternehmen, der Ausbau erneuerbarer Energien inklusive Geothermie- und Wasserkraftanlagen sowie die Förderung von Wasserstoffspeichern. Diese Programme werden durch ILB-eigene Förderprogramme ergänzt. So soll in diesem Jahr in Brandenburg ein Darlehensprogramm starten, das Ener-

fördert mit dem Programm „Eff Invest“ Investitionsvorhaben, die eine CO₂-Minderung, eine dauerhafte Steigerung der Energieeffizienz von mindestens 20 Prozent oder der sonstigen Ressourceneffizienz von mindestens zehn Prozent zur Folge haben. Das Programm richtet sich an gewerbliche Unternehmen unterschiedlicher Größe, unter anderem auch an Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe.

Neues Förderinstrument der EU

Bei der Finanzierung der Transformation nehmen die europäischen Strukturfonds eine wichtige Rolle ein. Ein neuer Strukturfonds der EU-Förderperiode 2021 bis 2027 ist der „Just Transition Fund“, JTF, der Fonds für einen gerechten Übergang. Er ist Bestandteil des europäischen Green Deal, der das Ziel hat, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Der JTF bietet Unterstützung für Regionen und Branchen, die vom Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft betroffen sind, um regionale Ungleichheiten aufgrund der Klimapolitik zu reduzieren.

Im Förderzeitraum 2021 bis 2027 werden in Deutschland rund 2,5 Milliarden Euro für den zukunftsorientierten Strukturwandel in den Braunkohlerevieren von Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie in Gebieten, die vom Ausstieg aus der Kohleverstromung und Erdölverarbeitung stark betroffen sind, eingesetzt. Die Förderung zielt darauf ab, die Wirtschaft umzustrukturieren, Erwerbsmöglichkeiten zu sichern und die Aus- und Weiterbildung der Arbeitskräfte zu unterstützen, während ökologische Herausforderungen bewältigt werden.

„Bei der Finanzierung der Transformation nehmen die europäischen Strukturfonds eine wichtige Rolle ein.“

Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu gewährleisten. Alles in allem eine Herkulesaufgabe.

gewirtschaftsunternehmen bei der Finanzierung infrastruktureller Transformationsprozesse unterstützt.

Gemeinsam Wandel gestalten

Im Handlungsfeld des Klimaschutzes bieten die 19 Förderbanken des Bundes und der Länder zahlreiche Programme, die den Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft finanzieren. So fördert beispielsweise die Landwirtschaftliche Rentenbank Vorhaben, die sich mit dem sogenannten „Carbon Farming“ befassen, bei dem durch innovative Bewirtschaft-

Das Energieministerium hat im Zusammenspiel mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB LSA) das Förderprogramm „Sachsen-Anhalt Energie“ neu aufgelegt. Dabei werden Betriebe unter anderem bei der energieeffizienten Sanierung von Gebäuden, dem Austausch ineffizienter technischer Anlagen sowie ergänzend bei der Installation erneuerbarer Energiequellen für die Versorgung mit Strom und Wärme unterstützt. Und die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB)

Insgesamt 238 Millionen Euro stehen der ILB durch den JTF zur Förderung von Unternehmen zur Verfügung, davon rund 170 Millionen Euro für kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU) sowie rund 68 Millionen Euro für Großunternehmen. Die Antragsteller kommen aus unterschiedlichen Bereichen wie beispielsweise Gastronomie, Bau-, Metall- und Energiebranche. Dabei gilt: Neu angesiedelte Firmen werden nicht unterstützt, weil Unternehmen, die jetzt erst in die Lausitz kommen, nicht vom Kohleausstieg betroffen sind.

Förderung vom Kohleausstieg betroffener Unternehmen

Ein JTF-Transformationsprojekt in der brandenburgischen Lausitz hat dabei besondere Symbolkraft. Die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) beteiligt sich hier unter anderem am Umbau des Braunkohlekraftwerks in Jänschwalde. Für rund eine halbe Milliarde Euro soll dort ein innovatives Speicherkraftwerk entstehen, das konventionelle mit erneuerbaren Technologien, Speicherkapazitäten und Wasserstoff miteinander verbindet. Die Fertigstellung ist für 2029 anvisiert. Dieses Beispiel zeigt auch die wichtige Rolle der Förderbanken beim Klimaschutz. Denn mit einem CO₂-Ausstoß von über 15 Millionen Tonnen verursachte das Kraftwerk allein im Jahr 2021 die sechsthöchsten Treibhausgasemissionen aller europäischen Kraftwerke. Da der staatlich verordnete Braunkohleausstieg für 2038 feststeht, hat dieses wichtige Transformationsprojekt des Betreibers LEAG, der Lausitz Energie Bergbau AG, höchste Priorität.

Der grüne Gigant soll weit über das Lausitzer Revier hinaus eine Art Blaupause für flexible Zukunftskraftwerke in der Energiewende werden. So entstehen auf den ehemaligen Bergbauflächen in den kommenden Jahren Wind- und Fotovoltaikanlagen. Zudem geht eine wasserstofffähige Gas- und Dampfturbinenanlage in Betrieb, die sowohl auf Erdgas als auch grünen Wasserstoff ausgerichtet ist, der ebenfalls vor Ort produziert wird. Auch für den Bau eines thermi-

schen Energiespeichers, in dem erneuerbare Stromüberschüsse als Wärme gespeichert werden, hat der Betreiber LEAG einen Antrag auf Förderung gestellt. Das Investitionsvolumen von rund 60 Millionen Euro soll durch die ILB mit 27 Millionen Euro bezuschusst werden. Dieser Speicher ist wichtig, um die Fernwärmeversorgung der Stadt Cottbus sicherzustellen. Rund 1000 Megawattstunden soll die Speicherkapazität betragen.

Aber schon vor dem Start des JTF war die Strukturentwicklung der Lausitz eines der wichtigsten Transformationsprojekte für das Land Brandenburg und die ILB. Über das Strukturstärkungsgesetz stehen dem Land bis 2038 rund 3,8 Milliarden Euro zur Verfügung. Im vergangenen Jahr hatte die ILB für acht Vorhaben rund 63 Millionen Euro zugesagt. Für 2024 sind sogar Zusagen von über 400 Millionen Euro geplant.

Energiewirtschaftsunternehmen und Kommunalwirtschaft

Ein ganz wesentlicher Eckpfeiler der gesellschaftlichen Transformation ist der Ausbau der erneuerbaren Energien. Er ist daher auch ein zentrales Element, um das Klimaschutzziel der Brandenburgischen Landesregierung „Klimaneutralität bis spätestens 2045“ zu erreichen. Die Kosten der dafür notwendigen Investitionsmaßnahmen werden aktuell auf circa 18 Milliarden Euro geschätzt. Um die Landesregierung und die wichtigen Akteure hier künftig noch besser unterstützen zu können, wird die ILB aus Eigenmitteln den Brandenburg-Kredit Transformationsfinanzierung Infrastruktur anbieten.

Zielgruppen für das Programm sind unter anderem Stadtwerke und weitere Energiewirtschaftsunternehmen. Gefördert werden zum Beispiel Projekte der Energieerzeugung, -verteilung, -speicherung, -umwandlung und energetische Maßnahmen. Außerdem kann der Kauf von Anteilen an Versorgungsbetrieben und von Netzen unterstützt werden. Der Fördereffekt besteht hier nicht nur in günstigen Zinssätzen, sondern vor allem auch



Ulrich Scheppan

Vorsitzender des Vorstands, Investitionsbank des Landes Brandenburg, ILB, Potsdam



Dominik Lamming

Mitglied der Geschäftsleitung, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e. V., Berlin

Das Wort „Transformation“ ist allgegenwärtig, weil auch die Notwendigkeit der nachhaltigen Transformation einen überall begleitet. Daher bieten auch die 19 Förderbanken des Bundes und der Länder zahlreiche Programme an, um den Wandel zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu finanzieren. Dabei werden auch europäische Förderinstrumente genutzt wie der Just Transformation Fund (JTF). Unter anderem in Brandenburg geht es dabei auch darum, den Strukturwandel weg von der Braunkohle zu unterstützen. Die Investitionsbank des Landes Brandenburg kann dabei auf 238 Millionen Euro aus dem JTF zurückgreifen. Die Autoren stellen im vorliegenden Beitrag auch ein Förderprojekt mit besonderer Symbolkraft vor, den Umbau des Braunkohlekraftwerks in Jänschwalde. Für rund 500 Millionen Euro soll dort ein innovatives Speicherkraftwerk entstehen. Dieses soll ein Vorbild für flexible Zukunftskraftwerke in der Energiewende werden. (Red.)

in der Risikoteilung und der langfristigen Zinsbindung. Die ILB wird mit dem neuen Förderprogramm auch zukünftig als starke regionale Partnerin für die Bedarfe im Land Brandenburg zur Verfügung stehen.

Konkrete Herausforderungen im kommunalen Bereich liegen aktuell in der Wärmeplanung und im Ausbau der verschiedenen Netze. Zusätzlich zu dem neuen Darlehensprogramm wird die ILB gemeinsam mit anderen Förder- und Geschäftsbanken unter dem Dach des Ver-

bands kommunaler Unternehmen in einer Projektgruppe alternative Ansätze für die Finanzierung von Transformationsprojekten im Energiebereich entwickeln.

Wirtschaftsrisiko Klimawandel

Als öffentliche Förderbank unterstützt die ILB auch Rekommunalisierungsmaßnahmen. So hat sich die Bank mit einem Konsortialkredit im dreistelligen Millionenbereich an der Rekommunalisierung des Berliner Stromnetzes beteiligt. Berlin/Brandenburg ist eine Metropolregion. Energieversorgung macht da an Landesgrenzen keinen Halt.

Hitze, Dürre und Fluten haben der deutschen Wirtschaft bis 2021 mindestens 145 Milliarden Euro Verlust beschert. Das hat eine Studie ergeben, die im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz erstellt wurde. Das sind seit dem Jahr 2000 jährlich 6,6 Milliarden Euro.

Förderbanken als starke Partner

Die Folgen der Extremwetterperioden sind beispielsweise Sturmschäden an Produktionsstätten, die Unterbrechung glo-

niedrige Pegelstände durch andauernde Trockenheit in den Sommern 2018, 2019 und 2022 zu Lieferengpässen bei Branchen, die stark vom Lieferverkehr abhängig sind, der über Wasserstraßen führt. Globale Versorgungsketten mit Rohstoffen und Zwischenprodukten könnten so immer stärker beeinträchtigt werden, stellt die Studie unter anderem heraus.

Um die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen der Transformation zu bewältigen, bedarf es enormer Investitionen. Insgesamt wird der Investitions- und Finanzierungsbedarf der Energiewende in Deutschland bis 2030 auf mindestens 600 Milliarden Euro geschätzt. Das braucht Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen. Es braucht aber auch erfahrene Partner, die die Unternehmen bei dieser Transformation begleiten und über das erforderliche Know-how verfügen. Genau das sind die Stärken der Förderbanken auf Länderebene, wie auch der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank als bundesweite Förderer der Transformation.

„Als öffentliche Förderbank unterstützt die ILB auch Rekommunalisierungsmaßnahmen.“

Schließlich zeigt auch ein nüchterner Blick auf die Folgen des Klimawandels, dass insgesamt Handlungsbedarf besteht.

baler Lieferketten und eine geringere Stromproduktion durch weniger Kühlwasser in Trockenperioden. So führten



IMPRESSUM

Verlag und Redaktion:

Verlag Fritz Knapp GmbH
Gerbermühlstraße 9, 60594 Frankfurt am Main
Postfach 7003 62, 60553 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0) 69 97 08 33 - 0
Telefax +49 (0) 69 7 07 84 00
E-Mail: red.zfgk@kreditwesens.de
Internet: www.kreditwesens.de

Herausgeber: Klaus-Friedrich Otto (K.O.)

Chefredaktion: Philipp Otto (P.O.)

Redaktion: Swantje Benkelberg (sb), Carsten Englert (Leitender Redakteur, ce), Dr. Axel Prümm (ap)

Redaktionsassistentz und Lektorat: Volker Schmidt

Satz und Layout: A. Oehrl, J. Merget, J. Altstadt

Die mit Namen versehenen Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Bei unverlangt eingesandten Manuskripten ist anzugeben, ob dieser oder ein ähnlicher Beitrag bereits einer anderen Zeitschrift

angeboten worden ist. Beiträge werden nur zur Alleinveröffentlichung angenommen.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig.

Manuskripte: Mit der Annahme eines Manuskripts zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Autor das ausschließliche Verlagsrecht sowie das Recht zur Einspeicherung in eine Datenbank und zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken in jedem technisch möglichen Verfahren. Die vollständige Fassung der Redaktionsrichtlinien finden Sie unter www.kreditwesens.de.

Verlagsleitung: Philipp Otto

Anzeigenverkauf: Philipp Otto
Telefon +49 (0) 69 97 08 33 - 0

Zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 66 vom 1.1.2024 gültig.

Zitierweise: KREDITWESEN

Erscheinungsweise: am 1. und 15. jeden Monats.

Bezugsbedingungen: Abonnementspreise inkl. MwSt. und Versandkosten: jährlich € 719,10 bei Abonnements-Teilzahlung: 1/2-jährlich € 369,93, 1/4-jährlich € 193,70. Ausland: jährlich € 780,30. Preis des Einzelheftes € 30,00 (zuzügl. Versandkosten).

Verbundabonnement

mit der Zeitschrift »bank und markt«: € 1101,12, bei Abonnements-Teilzahlung: 1/2-jährlich € 582,24 1/4-jährlich € 305,87. Ausland: jährlich € 1205,52.

Studenten: 50% Ermäßigung (auf Grundpreis).

Der Bezugszeitraum gilt jeweils für ein Jahr. Er verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht einen Monat vor Ablauf dieses Zeitraumes eine schriftliche Abbestellung vorliegt. Bestellungen direkt an den Verlag oder an den Buchhandel.

Probeheftanforderungen bitte unter
Telefon +49 (0) 69 97 08 33 - 25

Bei Nichterscheinen ohne Verschulden des Verlags oder infolge höherer Gewalt entfallen alle Ansprüche.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, IBAN: DE68 5005 0201 0200 1469 71, BIC: HELADEF1822

Druck: Hoehl-Druck Medien + Service GmbH, Gutenbergstraße 1, 36251 Bad Hersfeld

ISSN 0341-4019

Wir legen Wert auf gendergerechte Sprache. Zur besseren Lesbarkeit der Artikel ist bei Verwendung der männlichen Form immer auch die weibliche beziehungsweise neutrale sprachliche Form gemeint.

Fotonachweise für Heft 12/2024 – Seite 2: Verlag Fritz Knapp GmbH; Seite 9: John Burns/Alex Habermehl, Stephanie Eckermann/Deutsche Börse AG, Gerhard Grandke/Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen; Seite 11: NRW.BANK/Christian Lord Otto; Seite 13: Europäische Investitionsbank (EIB); Seite 15: MWI-KE Nordrhein-Westfalen/Nils Leon Brauer; Seite 17: Josef Fischnaller; Seite 19: Michael Hüther, Simon Gerards Iglesias/beide Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.; Seite 25: KfW Bankengruppe, Alex Habermehl; Seite 31: L-Bank, Wagenhan; Seite 33: LfA, Nadine Stegemann; Seite 37: Rentenbank; Seite 41: Ulrich Scheppan/Volksbank Bielefeld- Gütersloh, Dominik Lamminger/VÖB; Seite 45: Investitionsbank Schleswig-Holstein; Seite 47: Investitionsbank Berlin; Seite 51: Ralf Stapp/Lehmkühler, Dominik Lamminger/VÖB;



Erk Westermann-Lammers

Die EU – ein Erfolgsmodell? 5 Thesen zum europäischen Integrationsprozess

Viele sehen die Europäische Union derzeit an einem Scheideweg. Externe Faktoren wie der Klimawandel, die angespannte geopolitische Lage und immer stärker aufkeimende nationale Egoismen fordern die Union in ihrem Zusammenhalt heraus. Hinzu kommen zahlreiche Faktoren, die das Konstrukt des Zusammenschlusses souveräner Staaten von innen heraus unter Druck setzen. Ein Rückblick auf über 70 Jahre europäische Integration gibt Grund zur Hoffnung und signalisiert gleichzeitig einen deutlichen Handlungsbedarf.

Die folgenden fünf Thesen dienen der Einordnung des bisherigen europäischen Integrationsprozesses mit seinen Stärken und Schwächen:

Der europäische Einigungsprozess wurde durch Krisen vorangetrieben. Am Anfang der europäischen Integration stand keine Euphorie oder Begeisterung – es stand

matismus und Vernunft die Treiber hinter dem europäischen Einigungsprozess. Die Welt stand im Zeichen des Kalten Kriegs. Größer als die Angst, dass die eigene nationale Identität in Europa verlorengeht, war die Angst vor dem Ostblock unter der Führung der Sowjetunion. Grundlegende Motivation für die Europäische Gemeinschaft war daher auch, ein starkes wirtschaftliches und politisches Gegengewicht zum Ostblock zu bilden. Dieses Ziel wirkt heute aktueller denn je!

Verbund von Staaten resilienter als Einzelstaaten

Hinzu kam das Bewusstsein, dass sich ein Verbund von Staaten in Krisensituationen, ob es nun Währungs-, Energie- oder politische Krisen waren, resilienter zeigt als einzelne Staaten. So führte der Europäische Weg von der Montanunion, über die Europäische Gemeinschaft, zur Wirt-

Europa lebt auf allen Ebenen von seinen Akteuren und von seinen Netzwerken. In jedem Mitgliedsstaat der Europäischen Union gab und gibt es auf politischer Ebene Menschen, die den europäischen Einigungsprozess mit großem persönlichem Engagement vorantreiben. Sie tun das aus der Überzeugung, dass die Europäische Union

– Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit,

– Achtung der Menschenwürde und Wahrung der Menschenrechte wie auch

– Solidarität

als gemeinsame Grundwerte einen.

Getragen wurde und wird die Integration auch von Menschen in europäischen Institutionen und Verbänden, die sich den Austausch, die Zusammenarbeit und den Interessenausgleich in Europa zur Aufgabe gemacht haben. So unterstützen beispielsweise Fach-, Branchen- und Dachverbände der Wirtschaft, Agrar-, Umweltschutz- und Verbraucherverbände sowie grenzüberschreitende Programme und Partnerschaften den Austausch und die Verständigung in Europa.

Gerade die Förderbanken nehmen eine richtungsweisende Rolle unter den Akteuren der europäischen Integration ein und bringen Menschen wie Unternehmen in ihrer jeweiligen Region die Vorteile der Europäischen Union nahe. Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) hat eine langjährige, enge Beziehung zur Europäischen Union, die sich auch in einem vielschichtigen Engagement widerspiegelt:

„Viele sehen die Europäische Union derzeit an einem Scheideweg.“

die Ernüchterung und Erschöpfung von zwei Weltkriegen, die ihren Ursprung in Europa hatten. Der Beginn der europäischen Integration entsprang dem Bewusstsein, dass eine gemeinschaftliche Verantwortung für kritische Infrastrukturen und Industrien das Risiko für weitere Kriege senkt.

Die Gründungsstaaten waren weit entfernt von einer gemeinsamen europäischen Identität. Vielmehr bildeten Prag-

schafts- und Währungsunion – von sechs Gründungsstaaten zu einer Union mit heute insgesamt 27 Mitgliedsstaaten. Damit vereint die Europäische Union auf ihrem Gebiet aktuell nahezu 450 Millionen Menschen.

Einen offiziellen Status als EU-Beitrittskandidaten haben derzeit neun Staaten, darunter mehrere Balkanstaaten, zuletzt kamen Georgien, die Republik Moldau und die Ukraine dazu.

- Sie begibt die Mittel aus den EU-kofinanzierten Landesprogrammen Arbeit und Wirtschaft (ESF und EFRE).
- Sie ist Mitglied im Enterprise Europe Network (EEN), dem weltweit größten Unterstützungsnetzwerk für kleine und mittlere Unternehmen. Das EEN berät zu EU-Förderprogrammen, unterstützt bei der Suche nach Kooperationspartnern im Ausland und hilft dabei, Anträge für EU-Programme zu stellen.
- Interreg gehört ebenfalls dazu – mit den vielfältigen Möglichkeiten für die grenz-

auch in Riga. Interreg Baltic Sea Region fördert die transnationale Zusammenarbeit im gesamten Ostseeraum zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger.

Europa lebt und profitiert – im besonderen Maße wirtschaftlich – von den vielfältigen Netzwerken, die seine Akteurinnen und Akteure bilden.

Wirtschaftlich ist der europäische Einigungsprozess eine Erfolgsgeschichte. Für die ersten Jahre der Europäischen Gemeinschaft lässt sich der eigentliche Mehrwert der Integration nur schwer

union. Rückblickend wird sie nahezu einhellig als Erfolgsmodell gesehen.

Die Freiheiten des gemeinsamen Binnenmarktes und die gemeinsame Europäische Währung haben erheblich zur Wirtschaftskraft der Europäischen Union beigetragen. Mit dem Euro kam es zu einer – teilweise selbst von Experten vorab nicht erwarteten – Währungsstabilität. Die geringeren Transaktionskosten bildeten einen weiteren wesentlichen Vorteil der europäischen Gemeinschaftswährung. Europa wuchs mit dem Binnenmarkt und der gemeinsamen Währung deutlich stärker zusammen – und gerade das exportstarke Deutschland konnte aus dieser Entwicklung einen erheblichen Nutzen ziehen.

„Eine deutlich positive Wirkung brachte auch die Osterweiterung der EU vor 20 Jahren mit sich.“

überschreitende und transnationale Zusammenarbeit. Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist für die deutsch-dänische Zusammenarbeit im Rahmen des EU-Förderprogramms Interreg Deutschland-Danmark zuständig. Das Programm leistet einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unserer Region.

- Sie setzt im Auftrag der Ostseeanrainerstaaten zudem das EU-Ostseeprogramm Interreg Baltic Sea Region um und stellt das Programmsekretariat in Rostock wie

vom Wirtschaftswunder- und Wiederaufbaueffekt der Nachkriegsjahre trennen. Der Abbau von Zöllen, Erleichterungen im Handel und gemeinsame Normen haben eine hohe Anziehungskraft auf weitere Staaten ausgeübt. Ab den 1970er Jahren erlebte die Europäische Union jedes Jahrzehnt mindestens eine Erweiterungsrunde.

Im Jahr 1993 vereinbarten die damals zwölf Mitgliedsstaaten in Maastricht die Europäische Wirtschafts- und Währungs-

Eine deutlich positive Wirkung brachte auch die Osterweiterung der Europäischen Union vor 20 Jahren mit sich. Sie hat zu erheblichen Wohlstands-, Bildungs- und Beschäftigungseffekten in den beigetretenen Ländern geführt. Der Handelsumsatz Deutschlands mit den zehn neuen Staaten der EU-Osterweiterung stieg von rund 120 Milliarden Euro im Beitrittsjahr 2004 auf rund 431 Milliarden Euro im Jahr 2023.

Doch die beeindruckenden wirtschaftlichen Erfolge zogen nicht in gleichem Maße politische Erfolge nach sich.

KNOW
HOW
SIE HABEN EINE AUSGABE VERPASST?

Einfach nachbestellen unter WWW.KREDITWESEN.DE/EINZELHEFT

Ebenfalls jederzeit online für Sie verfügbar: einzelne Beiträge oder das komplette E-Paper

UNSERE ZEITSCHRIFTEN – EXPERTENWISSEN FÜR SIE



Postfach 70 03 62 | 60553 Frankfurt am Main | Telefon + 49 (0) 69 / 970833 - 25 | Telefax + 49 (0) 69 / 70784 00
E-Mail vertrieb@kreditwesen.de | Internet www.kreditwesen.de

Die politische Integration in der Europäischen Union war noch nie ein Selbstläufer. Lange war es das erklärte Ziel, die Wirtschafts- und Währungsunion mit einer Politischen Union zu vollenden. Dieses Ziel scheint in den letzten Jahren im-

London nimmt als Finanzplatz zwar weiterhin die erste Stelle in Europa ein, verspürt aber eine rückläufige Entwicklung – besonders beim Börsenhandel. Erhebliche weitere Wirkungen dürften eintreten, wenn die EU-Kommission und die

„Es braucht dringend Reformen, die die Europäische Union handlungsfähiger machen.“

mer weiter in Vergessenheit geraten zu sein. Es gibt für zahlreiche Bereiche in der Europäischen Union noch keine befriedigende Lösung: Der gemeinsamen Geldpolitik steht kein entsprechender Part auf der fiskalpolitischen Seite gegenüber, die Haushalts- und Verteilungspolitik ist ein immerwährender Streitpunkt unter den Mitgliedstaaten, viele Abstimmungsprozesse gestalten sich weiterhin schwierig und wichtige Entscheidungen können von einzelnen Staaten blockiert werden.

Die Herausforderungen der Europäischen Union steigen mit der Veränderung des geopolitischen Umfelds, die sich gerade in jüngerer Vergangenheit immer stärker abzeichnet. Die Folgen der Corona-Krise, der Krieg in der Ukraine, wachsende Staatsschulden und die Klimawende verlangen von der EU mehr denn je, ihre eigenen Regeln zu schärfen, ihre Abläufe zu reformieren, ihre Aufgabengebiete klarer abzustecken und ihre Finanzen zu klären. Dabei scheint die Europäische Union letztlich zum Erfolg verdammt zu sein.

Eigene Regeln schärfen und Abläufe reformieren

Desintegration ist keine Option. Die Schätzungen, welche wirtschaftlichen Einbußen Großbritannien durch den Austritt aus der Europäischen Union entstanden sind, fallen auseinander. Es ist jedoch für eine Wirkungsanalyse fast unerheblich, in welchem Ausmaß das britische Bruttoinlandsprodukt zurückgegangen ist. Denn es zeigt sich nur allzu deutlich, dass sich die versprochenen positiven Effekte nicht eingestellt haben.

Europäische Zentralbank das Clearing von auf Euro lautenden Derivaten in die EU holen. Investoren bleiben verhalten, sie haben schon auf die alleinige Ankündigung des Austritts reagiert und seither vorsichtiger in Großbritannien investiert.

230 Millionen Euro Mehrkosten

Preise für Dienstleistungen und besonders auch Güter steigen, wenn die bisher verschobenen Grenzkontrollen für Importe aus der Europäischen Union in Kraft treten. Dann wird nicht zuletzt ein höherer bürokratischer Aufwand die Importkosten erhöhen. Entsprechende Branchenverbände rechnen mit Mehrkosten in einem Volumen von rund 230 Millionen Euro im Jahr.

Die Handelsverträge der EU, von denen Großbritannien als Mitglied profitierte, lassen sich nicht einfach durch bilaterale Abkommen mit besseren Konditionen ersetzen. Eine Ursache liegt darin, dass Großbritannien für sich allein genommen keine ausreichende Marktmacht aufbringt.

Bewahrung und Fortführung europäischer Grundwerte

Mit Blick auf die Entwicklungen in der Welt sollten man sich sehr deutlich vor Augen führen, dass kein europäischer Staat alleine international eine bedeutende Rolle spielt.

Man tut also gut daran, die EU wirtschaftlich und politisch zu stärken, wenn sie sich im Weltgefüge der Staaten neben Amerika, Russland, China und Indien auch zu-



Erk Westermann-Lammers



Vorsitzender des Vorstands, Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH), Kiel

Laut Erk Westermann-Lammers sehen viele Menschen die EU derzeit an einem Scheideweg. Klimawandel, die angespannte geopolitische Lage und immer stärker aufkeimende nationale Egoismen fordern demnach die Union in ihrem Zusammenhalt heraus. Der Autor versucht mit einem Rückblick auf die Entstehungsgeschichte Grund zur Hoffnung herauszuarbeiten. Dabei bedient er sich fünf Thesen. Dazu gehört unter anderem, dass die politische Integration in der Europäischen Union noch nie ein Selbstläufer gewesen sei. Dabei sei es ursprünglich das Ziel gewesen, die Wirtschafts- und Währungsunion mit einer politischen Union zu vollenden. Doch da hapere es noch an vielen Stellen. So gebe es beispielsweise zwar eine gemeinsame Geldpolitik, aber immer noch keine gemeinsame Fiskalpolitik. Der Autor ruft schließlich dazu auf, dass die Bewahrung und Fortführung europäischer Grundwerte nur gemeinsam gelingen könne. Allerdings brauche es dringend Reformen in der Europäischen Union. (Red.)

künftig behaupten will. Die Bewahrung und Fortführung europäischer Grundwerte gelingen nur gemeinsam. Es braucht nun allerdings auch dringend Reformen, die die Ehandlungsfähiger und durchsetzungstärker machen. Das gilt insbesondere mit Blick auf die anstehenden Erweiterungsrounden der Europäischen Union. Für die zukünftigen Schritte der europäischen Integration sollte man die Wettbewerbsfähigkeit der EU in den Mittelpunkt des Handelns stellen – das gilt wirtschaftlich ebenso wie politisch.

Hinrich Holm

Transformation, Innovation, Sozial: Worauf Berlin seinen Fokus legen sollte

Die Transformation der Wirtschaft ist für Berlin und seine zukünftige Entwicklung zentral. Der Wandel hin zu mehr Klimaschutz und Digitalisierung ist in vollem Gange. Und obwohl gerade Berlin mit seiner dynamischen Geschichte und kontinuierlichen Entwicklung bereits zahlreiche Veränderungen erlebt hat, sind die aktuellen Umbrüche durch die digitale Transformation und den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft schneller und technologiegetriebener als je zuvor.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung vom 15. November 2023 den so sehnlichst erwarteten

„Klima- und Transformationsfonds“ stark gestützt hat, muss die Politik nun neue Wege zur Finanzierung der Zukunftsinvestitionen finden. Das wird eine der Hauptaufgaben aller deutschen Förderbanken sein. Und hier werden diese ihren Eignern Wege und Optionen aufzeigen müssen, um die Wirtschaft und Arbeitswelt auf Klimaneutralität und Nachhaltigkeit umzustellen. Der daraus resultierende Innovationsdruck stellt alle vor große Herausforderungen, eröffnet aber auch enorme Chancen, technologisch eine Vorreiterrolle einzunehmen, Berlins Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und seine Position als grüne Metropole zu festigen.

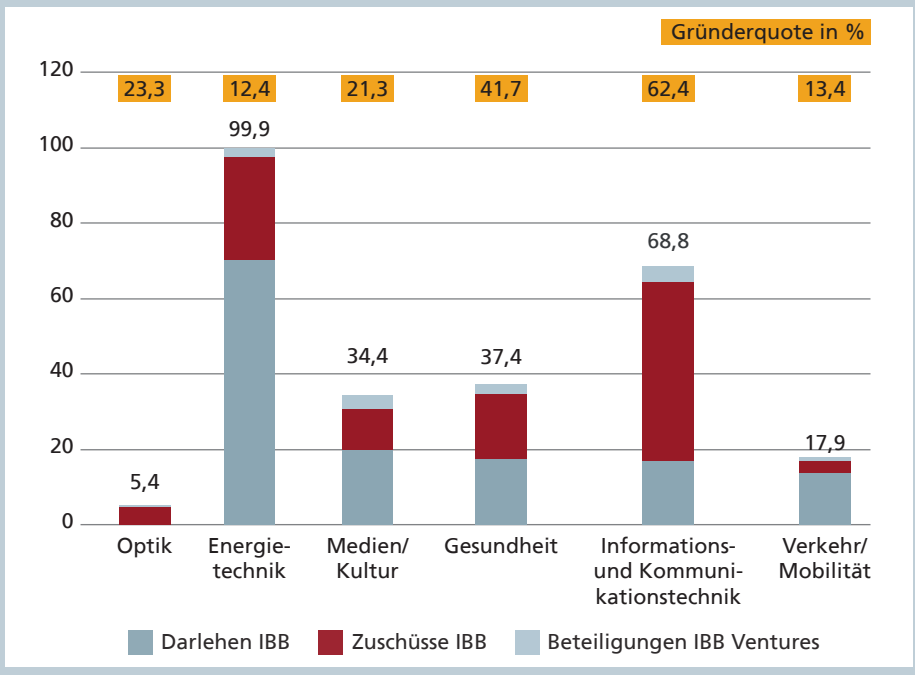
Von der digitalen Verwaltung über den Umbau des Energiesystems bis hin zu Veränderungen in den Stadtvierteln, in den nächsten Jahren müssen die entscheidenden Weichen gestellt werden, um die Transformation erfolgreich zu gestalten. Der Erfolg dieses notwendigen Transformationsprozesses ist entscheidend für die Zukunft von wettbewerbsfähigen Unternehmen und sicheren Arbeitsplätzen und damit für die langfristigen Perspektiven der Stadt Berlin.

Transformation möglich und finanzierbar machen

Die Transformation der Berliner Wirtschaft ist nicht nur zwingend notwendig, sondern auch möglich und finanzierbar – davon ist der Autor fest überzeugt. Ein zentraler Aspekt dieser Transformation ist die Bewältigung der ökologischen Herausforderungen. Neben einer engen Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Akteuren sind vor allem Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und nachhaltige Mobilität entscheidend. Dadurch kann man nicht nur die Umwelt schützen, sondern auch neue Arbeitsplätze und Wachstumsmöglichkeiten in Berlin schaffen.

Förderbanken spielen eine entscheidende Rolle im Transformationsprozess. Sie sind nicht nur Finanzierer, sondern auch Impulsgeber für Politik und Wirtschaft. Ihre Aufgabe ist es, Unternehmen zu unterstützen, die das Potenzial haben, positive Veränderungen zu bewirken. Genau das leistet die IBB-Gruppe. Sie fördert die Transformation und nachhaltiges Wachstum. So ist es ein wesentlicher Aspekt ihrer Arbeit, Innovati-

Finanzierungszusagen in den Berliner Clustern 2023 (einschließlich IBB Ventures, in Mill. Euro)



Quelle: Geschäftsbericht der IBB Gruppe 2023



onen voranzutreiben und die Berliner Unternehmen bei dem Veränderungsprozess so gut es geht zu begleiten.

Förderbanken und ihre Rolle im Transformationsprozess

Seit vielen Jahren schon investiert die IBB beispielsweise gezielt in die innovativen Zukunfts-Cluster, um die Berliner Wirtschaft nachhaltig zu stärken. Allein im Jahr 2023 wurden für die Unternehmen in den Berliner Clustern insgesamt über 260 Millionen Euro an Finanzierungszusagen ausgesprochen und damit gut 11 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Der Großteil der Mittel floss dabei in die Cluster „Energietechnik“ mit insgesamt rund 99,9 Millionen Euro und „Informations- und Kommunikationstechnik“ (IuK) mit rund 68,7 Millionen Euro .

In Berlin können man zwei zentrale Ebenen der Transformation konkret anspre-

haltige und digitale Transformation schaffen wird, wenn auch vielleicht nicht alles im vorgegebenen Zeitrahmen. Es wird viel investiert, sei es in Datenzentren, Quantencomputing, KI oder Health Tech. Der Innovationsgrad in Berlin, besonders in der Start-up-Szene, ist enorm und hat Weltformat.

Während Frankfurt unbestritten das Kapitalmarktzentrum des europäischen Kontinents ist, avanciert Berlin als Start-up-Metropole zum Hotspot für Fintechs. Diese haben das Potenzial, die Finanzbranche grundlegend zu verändern und die digitale Transformation voranzutreiben, indem sie innovative Technologien und Geschäftsmodelle einführen. Sie bieten eine Vielzahl von Dienstleistungen an und sind oft agiler und kundenorientierter als traditionelle Banken. Daher können sie auch schneller auf Veränderungen im Markt reagieren. Durch den Einsatz von Technologien wie künstlicher Intelligenz und Blockchain können sie Prozesse automati-

„Die Fintech-Branche ist für Berlin von erheblicher Bedeutung.“

chen, die man angehen muss. Nach der Rekommunalisierung des Berliner Fernwärmenetzes, die in weiten Teilen durch die IBB finanziert wurde, muss nun die Dekarbonisierung erfolgen. Dazu benötigt man erstens beim Thema Energieversorgung dringend einen konkreten Plan, damit auch die Förderung gezielt geplant werden kann. Zweitens benötigt es mehr Flexibilität und vor allem Geschwindigkeit in der Verwaltung. Entscheidungen, zum Beispiel zu Bauanträgen oder anderen Bauthemen, sollten viel schneller getroffen werden. Das sind zwei große Hebel, mit denen die Politik und Verwaltung den Transformationsprozess beschleunigen können.

Schnelligkeit bei Genehmigungsverfahren

Trotz der Herausforderungen ist der Autor zuversichtlich, dass Berlin die nach-

sieren und Kosten senken. Dies ermöglicht es ihnen, Dienstleistungen zu wettbewerbsfähigen Preisen anzubieten und neue Zielgruppen zu erreichen.

Fintechs als Innovationsmotor der Berliner Finanzwelt

Die Fintech-Branche ist für Berlin von erheblicher Bedeutung. Ungefähr ein Drittel aller Fintech-Startups in Deutschland sind in Berlin angesiedelt, mit über 160 Unternehmen aus verschiedenen Bereichen. Die Stadt zieht Investoren und Talente aus aller Welt an und schafft dabei über 13000 zusätzliche Arbeitsplätze, vor sechs Jahren waren es noch unter 500, laut der jüngsten Digitalstudie der IBB-Volkswirte.

Um Fintechs in Berlin zu unterstützen, hat das Land Berlin gemeinsam mit Unternehmen aus der Privatwirtschaft das House of Finance and Tech (HoFT.Berlin) gegründet.



Dr. Hinrich Holm



Vorsitzender des Vorstands,
Investitionsbank Berlin (IBB), Berlin

Die aktuellen Umbrüche durch die digitale Transformation und den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft sieht Hinrich Holm schneller und technologiegetriebener als je zuvor. Der daraus resultierende Innovationsdruck stelle alle vor große Herausforderungen, eröffne aber auch enorme Chancen, technologisch eine Vorreiterrolle einzunehmen, Berlins Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und seine Position als grüne Metropole zu festigen. In diesem Transformationsprozess sieht er die Förderbanken in einer zentralen Rolle. Daher investiere die IBB schon seit vielen Jahren beispielsweise in Innovative Zukunfts-Cluster, allein 2023 insgesamt über 260 Millionen Euro. Eine besondere Rolle spielen laut Holm in Berlin auch Fintechs. Die Hauptstadt entwickle sich zum Hotspot für Fintechs. Aber auch das Thema bezahlbarer Wohnraum spiele eine zentrale Rolle für Berlin. Insgesamt sieht er die Politik und die Förderbank in einer gemeinsamen Verantwortung, die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen. (Red.)

Das HoFT.Berlin soll dabei als zentrale Anlaufstelle für Akteure der Fintech-Szene dienen. Es ist ein physischer Treffpunkt und Netzwerkraum – also quasi eine „Tür“, an der die Szene nun anklopfen kann – der traditionellen Finanzinstitutionen, Start-ups, wissenschaftliche und Bildungseinrichtungen sowie weitere Organisationen zusammenbringt.

Das HoFT.Berlin wird öffentliche und private Stakeholder vernetzen, die nationale und internationale Zusammenar-

beit fördern, Wissen, einschließlich finanzieller Allgemeinbildung, teilen und Unternehmen sowie Talente fördern. Es ist gut für Berlin, dass genau hier der zentrale Hub für die Stakeholder des Finanz- und Technologie-Ökosystems entsteht. Auf diese Weise können Innova-

zur Finanzierung preisgebundener Wohnungen war im vergangenen Jahr hoch. Der klassische Wohnungsbau dagegen hat stark gelitten. Gründe dafür sind die steigenden Zinsen, hohen Baukosten, Lieferkettenprobleme und Fachkräftemangel. Diese Faktoren führen zu einer

zu ziehen. Wenn man den Bestandsmarkt jedoch durch geeignete Maßnahmen entlastet, kann man auch die Preise im Neubaumarkt wieder in den Griff bekommen. Hier sind innovative Lösungen gefragt, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und den Wohnungsmarkt insgesamt zu stabilisieren.

„Die Transformation der Berliner Wirtschaft hat in Berlin oberste Priorität.“

tion und Wachstum im Finanz- und Technologiebereich beschleunigt und Berlins Position als führender Standort für Finanztechnologie in Europa weiter gestärkt werden.

Berlin braucht bezahlbaren und nachhaltigen Wohnraum

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist neben dem Erreichen der Klimaneutralität eine der drängendsten sozialen Herausforderungen dieser Zeit, besonders in Berlin. Der starke Zuzug in die Hauptstadt, etwa um ein Prozent pro Jahr, erhöht den Druck auf den Wohnungsmarkt erheblich. Als Förderbank stellt die IBB fest, dass Berlin vor ähnlichen Problemen steht wie andere deutsche Städte. Berlin profitiert jedoch von einem soliden Programm der Landesregierung für den sozialen Wohnungsbau, das gut läuft. Und auch die Nachfrage von Wohnungsbaugesellschaften nach öffentlichen Baudarlehen

Verlangsamung im Baugewerbe, Bauprojekte werden nicht rechtzeitig fertiggestellt und die Versorgungslücke kann kaum geschlossen werden.

Ein weiteres zentrales Thema ist zudem die Energieeffizienz von Gebäuden. Auch hier tragen zusätzliche Auflagen und Preiserhöhungen zur Verbesserung der Energieeffizienz unter anderem zu gestiegenen Baukosten bei. Es sollte überlegt werden, ob es nicht sinnvollere Ansätze gibt, um hier gegenzusteuern. Beispielsweise könnte eine Dekarbonisierung der Fernwärme dazu beitragen, die Notwendigkeit teurer Isolierungsmaßnahmen zu verringern.

Um den Wohnungsmarkt zu stabilisieren, nachhaltiger zu gestalten und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, muss man vor allem Bewegung in den Bestandmarkt bringen. Die Mietpreise im Neubau liegen deutlich über denen im Bestand. Das macht es für viele Menschen unattraktiv, in Neubauwohnungen

Zukunft gestalten – Chancen nutzen

Die Transformation der Berliner Wirtschaft hat in Berlin oberste Priorität. Und die IBB Gruppe nimmt in diesem Prozess eine Schlüsselposition bei der Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung, der Wirtschaft und des sozialen Zusammenhalts in Berlin ein. Die IBB wird daher auch in Zukunft ihre Bemühungen verstärken und mit zielgerichteten Förderungen auf die dynamischen Bedürfnisse der Berliner Wirtschaft reagieren. Das Förderportfolio ist breit gefächert, um das Wachstum Berlins zu stärken und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei hat die IBB immer das Ziel vor Augen, Berlin als grüne, lebenswerte Metropole zu positionieren und als eine führende Stadt in der Bewältigung des Klimawandels sowie der Förderung einer nachhaltigen Zukunft zu etablieren. Und lebenswert bedeutet in dem Fall natürlich auch die Förderung von ausreichendem und vor allem bezahlbarem Wohnraum, der dringend benötigt wird, um der wachsenden Bevölkerung Berlins gerecht zu werden.

Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums und die Transformation der Wirtschaft sind daher die beiden großen Ziele der IBB, die sie auch in den nächsten Jahren intensiv verfolgen wird. Um diesen Wandel zu gestalten, braucht es innovative Unternehmen, die mit Engagement und einer klaren Vision diesen Change vorantreiben. Und diese Unternehmen erwarten, dass die Förderprodukte einfach, schnell und digital zugänglich sind. Darauf muss sich die IBB vorbereiten, ebenso die Politik in Berlin. Es liegt in deren gemeinsamen Verantwortung, die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen und die Chancen, die sich bieten, zu nutzen.

Sie haben Fragen zum Abonnement?



Fritz Knapp Verlag GmbH
Telefon 0 69/97 08 33 - 25 | E-Mail k.matkovics@kreditwesen.de
Karin Matkovics



Ralf Stapp / Dominik Lamming

Förderbanken und VC-Fonds: Tragfähige Plattformen für Risikokapital-Investments

Die Gründerszene durchlebt schwierige Zeiten. Risiko- oder Wagniskapital (Venture-Capital), das junge innovative Unternehmen für ihre Gründung und ihr Wachstum brauchen, ist für Start-ups knapper geworden. Nach dem Rekordjahr 2021 gingen die Investitionen zwei Jahre in Folge zurück und sanken in Deutschland etwa auf das Niveau von 2019.

Beobachter der Szene sehen dafür verschiedene Gründe: gestiegene Zinsen, anhaltende Inflations Sorgen, unter Druck stehende Technologieaktien an den internationalen Börsen sowie die angespannte geopolitische Lage mit Krieg in Europa, globalen Spannungen, stockenden Lieferketten und einer schwächelnden Weltwirtschaft. Manche Analysten bewerten diese Korrektur aber auch als überfällig, um unter den Start-ups sprichwörtlich die Spreu vom Weizen zu trennen.

Start-up-Ökosystem gezielt entwickeln

Trotz dieser Schwächephase bleiben zeitlich begrenzte Eigenkapitalbeteiligungen mit Venture-Capital eine wichtige Finanzierungsform für aufstrebende, nicht-börsennotierte Start-ups mit Investitionsbedarf in ihren Früh- und Wachstumsphasen. Dabei spielen Venture-Capital-Fonds eine zunehmend bedeutende Rolle. Als Investmentfonds oder Sachwertfonds werden sie von Gesellschaften aufgelegt, die sich auf die Beteiligung an Start-ups mit innovativen Entwicklungen, aussichtsreichen und skalierbaren Geschäftsmodellen sowie hohen Wachstumspotenzialen spezialisiert haben.

Das Engagement von Venture-Capital-Fonds zielt auf die Entwicklung und das Wachstum der Unternehmen im Fondsportfolio, die Steigerung der Unternehmenswerte und die Realisierung von Veräußerungsgewinnen beispielsweise durch Börsengänge. Kapitalgeber sind oft institutionelle Investoren wie Pensionsfonds, Versicherungsgesellschaften oder Family Offices, aber auch Privatanleger können sich mit höheren Einlagen beteiligen. Dabei steuert das Fondsmangement die Investorensseite und das Unternehmensportfolio des Fonds und unterstützt die betreuten Start-ups auch mit Beratungsleistungen wie Branchen- und Managementwissen.

Die Bedeutung von Risikokapital und von Venture-Capital-Fonds als Voraussetzung für eine starke und nachhaltige Start-up-Förderung haben die Europäische Union, der Bund und die Bundesländer längst erkannt. So fördert die Europäische Investitionsbank (EIB) mit einer neuen Investitionsplattform den Venture-Capital-Markt in Europa. Mit einem Dachfonds unterstützt das Förderinstitut europäische Risikokapitalfonds, um Investitionen von zehn Milliarden Euro in innovative Unternehmen in der Wachstumsphase zu mobilisieren.

Mit dem Wachstumsfonds Deutschland legt die Bundesregierung gerade einen der größten Venture-Capital-Dachfonds in Europa auf. Bis 2030 sollen zehn Milliarden Euro für deutsche und europäische Risikokapitalfonds zusammenkommen, um den Zugang zu dringend benötigtem Wachstumskapital für Start-ups und innovative Technologieunternehmen zu verbessern.

Im Venture-Capital-Markt ist die KfW mit der KfW Capital seit fünf Jahren aktiv – und hat bis heute etwa zwei Milliarden Euro in mehr als 100 Venture-Capital-Fonds investiert. Damit gehört die KfW Capital zu den größten Venture-Capital-Fondsinvestoren in Europa. Entsprechend ihres Auftrags durch den Bund stärkt sie das Venture-Capital-Ökosystem in Deutschland, damit Start-ups und innovative Technologieunternehmen besseren Zugang zu benötigtem Kapital erhalten.

Förderbanken als Spezialisten für Risikokapital

Auf Länderebene sind Venture-Capital-Fonds als Beteiligungsgesellschaften für Risikokapital eng mit den 17 Förderbanken verbunden. Als Spezialbanken setzen die Förderbanken Wirtschaftspolitik mit bankmäßigen Mitteln um und unterstützen so die Unternehmen in ihrem jeweiligen Bundesland. Dafür nutzen sie neben dem Bereitstellen und Vermitteln von Risikokapital auch weitere Förderinstrumente wie Zuschüsse, Darlehen oder Bürgschaften. Damit gelten Förderbanken als Stabilitätsanker und Wachstumstreiber der deutschen Wirtschaft.

Während der Corona-Pandemie und seit Ausbruch des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine haben sie ihre bedeutende Rolle für den Standort Deutschland bewiesen. Aber Förderbanken stehen nicht nur für Krisenbewältigung. Sie sind auch immer dann aktiv, wenn es gilt, große gesellschaftliche Projekte zu realisieren sowie Wandel und Fortschritt in Deutschland zu ermöglichen. Das sind

in erster Linie die Umstellung unserer Energieversorgung angesichts des zunehmend spürbaren Klimawandels, das gestiegene Bewusstsein der Menschen für Nachhaltigkeit, die Sicherung unserer Versorgung mit Rohstoffen und Produktionsgütern entlang stabiler Lieferketten sowie die konsequente Digitalisierung unserer Lebens- und Arbeitsbereiche. All dies erfordert Ideen, Mut, Innovationen in Technologien und Management – und Kapital, damit die Vorhaben auch wahr werden.

Die deutsche Förderbankenlandschaft mit ihrer dezentralen Verteilung hat sich als wichtiger Standortvorteil herauskristallisiert. So können die Förderbanken flexibel und unabhängig voneinander auf die unterschiedlichen Gegebenheiten und Erfordernisse der verschiedenen Bundesländer reagieren. Die Förderbanken in den Regionen kennen die Bedürfnisse vor Ort genau und können so passgenaue Lösungen für ihre Heimatregion anbieten.

Eigene Venture-Capital-Fonds der Förderbanken, die in den Bundesländern von den dortigen Instituten initiiert wurden, vereinen bestimmte Vorteile für Start-ups. Andere Fonds fokussieren sich häufig auf ausgesuchte Branchen wie zum Beispiel den Technologiesektor, investieren nur in bestimmten Phasen des Unternehmens oder begrenzen den Kreis der geförderten Start-ups durch die Größenordnung der Beteiligung.

Venture-Capital-Fonds der Förderbanken hingegen sind grundsätzlich offen für Start-ups aller Branchen in ihrem Geschäftsgebiet, fördern häufig schon sehr frühe Gründungs- und Wachstumsphasen und unterstützen diese auch mit kleineren und mittleren Beteiligungen.

Die Freie Hansestadt Bremen mit der BAB – Die Förderbank für Bremen und Bremerhaven verfügt jetzt über den jüngsten Venture-Capital-Fonds unter den deutschen Förderinstituten. Bis dato stellt die BAB über ihre eigene Beteiligungsgesellschaft kleinen und mittleren Unternehmen im Land Bremen wirtschaftliches Eigenkapital zur Unterstützung der Innovationsprozesse und des Wachstums der Kapitalbasis zur Verfügung. Ergänzt werden kann dies durch landeseigene und EU-weite Fördermittel für Start-ups aus den Schlüsselbranchen Bremens wie die Luft- und Raumfahrt, Ernährung, Logistik und Automotive.

Jüngster Venture-Capital-Fonds in Bremen

Allerdings gab es im Land Bremen bisher zu wenig Risikokapital für Start-ups. Insbesondere für höhere Beteiligungen oder in späteren Wachstumsphasen zeigte sich eine Lücke in den Förderangeboten. Deswegen haben sich die BAB und die Sparkasse Bremen entschlossen, gemeinsam einen Risikokapitalfonds aufzulegen. Der bremische Venture-Ca-

pital-Fonds vervollständigt das Spektrum an verfügbarem Risikokapital in der Hansestadt, um Start-ups in ihrem weiteren Wachstum zu unterstützen. Im kleinsten Bundesland ist das Fondsvolumen von 30 Millionen Euro eine beachtliche Größe. Betreut wird der Fonds von einem unabhängigen Fondsmanagement. Neben der BAB und der Sparkasse Bremen mit je zehn Millionen Euro stellen private Investoren ein Drittel des Kapitals zur Verfügung. Angesichts dieser beiden Aspekte sprechen die Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft von einem innovations- und wirtschaftspolitischen Meilenstein, den Bremen damit erreicht.

Vorgesehen sind bis zu 20 Investments, Start-ups können bis zu drei Millionen Euro erhalten. Damit sollen Gründer in Bremen und Bremerhaven gehalten, neue Start-ups in die Hansestadt an der Weser bewegt werden oder durch Start-ups die Bremischen Schlüsselindustrien gestärkt werden. Innovationskraft und Skalierbarkeit des Geschäftsmodells sind Kernvoraussetzungen für interessierte Start-ups. Der Fonds ist branchenoffen, wobei Innovatoren aus den Schlüsselbranchen des Landes Bremen besonders willkommen sind. Die Resonanz von Unternehmen, die als Investoren in Frage kommen, ist durchweg positiv. Vertreten sind größere Adressen aus den Branchen nationaler und internationaler Handel sowie Versicherungen, aber auch mittelständische Unternehmen aus Bre-

Bleiben Sie immer auf dem neuesten Stand!

Ihre Kreditwesen-Redaktion informiert täglich in der Rubrik „Tagesmeldungen“.

Folgen Sie uns auf



oder besuchen Sie uns unter

www.kreditwesen.de/tagesmeldungen

men sowie einige Privatanleger aus der vermögenden Gesellschaft Bremens.

Diese Investoren aus der Region haben eine hohe Motivation, einen bremischen Fonds zu unterstützen, um durch die Investments in die Startups den Standort Bremen zu stärken. Und ihr Investment soll sich lohnen. Die Initiatoren streben

Prototypen konzipieren und bis zur Marktreife bringen.

So entwickelt das Start-up Waste Ant aus Bremen einen KI-basierten Prototyp, der in Müllheizkraftwerken in den großen Abfallströmen unerwünschte Störstoffe erkennen kann. Damit kann die Qualität des Brennstoffs gesteigert werden und

„Die Förderbanken in den Regionen kennen die Bedürfnisse vor Ort genau.“

bei einer Laufzeit von zehn Jahren eine deutliche Rendite für das jeweilige Investment an. Investoren können sich ab 500000 Euro beteiligen. Das Wirtschaftsressort der Freien Hansestadt Bremen hat den politischen Zustimmungsprozess positiv begleitet. Die Bremer Politik hat insgesamt die Einführung des Fonds befürwortet und unterstützt.

Beratung und Finanzierung über alle Phasen

Durch den Bremischen Start-up-Fonds wird eine Lücke geschlossen, die sich dadurch ergeben hat, dass im Lebenszyklus eines Start-ups bei zunehmendem Wachstum der Beratungs- und Unterstützungsbedarf abnimmt und der Kapitalbedarf zunimmt. Durch das Starthaus Bremen und Bremerhaven der BAB, als zentrale Anlaufstelle für Gründende im Land Bremen, wurden bislang neben Beratung zu Gründungs- und Wachstumsfragen auch Finanzierungsmöglichkeiten durch Kredite, Förderungen und Crowdfunding angeboten. Nun können Start-ups über alle Phasen durch Beratung und Finanzierung begleitet werden.

Genauso wie nun auf der Investorensseite hat Bremen auch auf der Seite der Start-ups genug Potenzial, um für den bremischen Venture-Capital-Fonds ein zukunftsfähiges und renditestarkes Fondsportfolio zu gewinnen. Dies zeigen die durch die BAB vergebenen Förderungen an hoch innovative (High- und Deep-Tech) Start-ups, die bereits

die Zusammensetzung des Abfalls lässt sich leichter zurückverfolgen. Zudem sollen Prognosen über die zukünftige Qualität des Abfalls möglich werden, womit die Auslastung von Abfallverarbeitungsanlagen optimiert werden könnte.

Entwicklung von innovativen Technologien mittels KI

Um die CO₂-Emissionen in der verarbeitenden Industrie zu reduzieren, entwickelt das Bremer Unternehmen Heatrix einen Prototyp zur Herstellung von Prozesswärme aus grünem Strom – beispielsweise für die Produktion von Stahl, Zement und Keramik. Kern der Innovation ist die Entwicklung einer präzisen Steuerung des Systems, um den konstanten Bedarf der Industrie an Prozesswärme mit der schwankenden Stromversorgung aus erneuerbaren Energiequellen zu synchronisieren.

An klimaschonender Kälte anstatt an Wärme arbeitet hingegen das Bremer Unternehmen Flexality. Das Start-up entwickelt einen speziellen KI-basierten Algorithmus, um für industrielle Tiefkühlager die bisher ungenutzten Betriebsdaten aus Warenbewegungen und der Leittechnik mit Strompreisprognosen zu verbinden. Der Energiebedarf lässt sich so um mehr als 20 Prozent reduzieren, indem die Tiefkühlager als Energiespeicher genutzt werden.

Diese Beispiele aus Bremen unterstreichen die derzeitigen Entwicklungen, die



Ralf Stapp

Vorsitzender der Geschäftsführung,
Bremer Aufbau-Bank GmbH, Bremen



Dominik Lamminger

Mitglied der Geschäftsleitung,
Bundesverband Öffentlicher Banken
Deutschlands, VÖB, e.V., Berlin

Ralf Stapp und Dominik Lamminger schildern im vorliegenden Beitrag die aktuelle Entwicklung des Venture-Capital-Marktes sowie die Bedeutung von Venture-Capital-Fonds. Am Beispiel des jüngsten Venture Capital Fonds aus Bremen zeigen sie auf, dass die Symbiose von Innovationen und Investments mit Venture-Capital weiterhin Bestand hat und zukunftsfähig ist. Die Förderbanken von Bund und Ländern spielen aus ihrer Sicht dabei eine entscheidende Rolle für die Weiterentwicklung der Start-up-Szene in Deutschland. Sie sehen die Bedeutung von gut gemanagten Venture-Capital-Fonds weiter zunehmen, wenn sie sowohl für Investoren als auch für Start-ups als innovative Plattformen fungieren, die die tragfähige Bereitstellung von Risikokapital mit überzeugenden Renditeaussichten zusammenbringen. (Red.)

in der Start-up-Szene insgesamt beobachtet werden können: Die Entwicklung von innovativen Technologien mittels KI zielt vermehrt auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Industrie und Wirtschaft. Technologieentwicklungen aufgrund ihrer höheren Investitionsbedarfe werden für Venture-Capital sicher noch relevanter. Entsprechend wird die Bedeutung von gut gemanagten Venture-Capital-Fonds weiter zunehmen, wenn sie sowohl für Investoren als auch für Start-ups als innovative Plattformen fungieren, die die tragfähige Bereitstellung von Risikokapital mit überzeugenden Renditeaussichten zusammenbringen.

Förderstatistik 2023: Normalisierung weiter im Gange

Der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, zeigt in seiner jährlichen Förderstatistik die Entwicklung des Fördergeschäfts in diesen wichtigen Bereichen auf. Auch im Jahr 2023 waren die Dienste der 19 Förderbanken des Bundes und der Länder wieder sehr gefragt. Allerdings stand das vergangene Jahr erneut und auch noch deutlicher unter dem Zeichen der „Normalisierung“. Durch die Corona-Pandemie schoss das Gesamtvolumen der Fördermittel von 76,1 Milliarden Euro im Vor-Corona-Jahr 2019 auf 153,9 Milliarden Euro und damit auf mehr als das Doppelte in die Höhe. Im Jahr 2022 blieb das Volumen auch aufgrund der Energiekrise infolge des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs in der Ukraine mit 118,05 Milliarden Euro erneut deutlich über 100 Milliarden Euro. Im vergangenen Jahr erreichten die gesamten Fördermittel über alle Kategorien noch ein Volumen von 81,6 Milliarden Euro und sanken damit fast wieder auf das Vor-Pandemie-Niveau.

Aggregiert über die vier Förderinstrumente Zuschüsse, Darlehen, Bürgschaften und Haftungsfreistellungen sowie Globaldarlehen entfielen auf die Gewerbliche Förderung 32,99 Milliarden Euro. Das entspricht zwar einem Rückgang um mehr als 21 Prozent nach 42,1 Milliarden Euro im Vorjahr. Der Anteil am gesamten Fördervolumen stieg jedoch von 35,6 Prozent im Jahr 2022 auf gut 40 Prozent. Die Kommunale Förderung erreichte nach 19,72 Milliarden Euro im Jahr 2022 17,14 Milliarden Euro. Das entspricht einem Rückgang um 13,1 Prozent. Der Anteil an der Gesamtförderung stieg aber auch hier von 16,7 Prozent auf 21 Prozent. Auch der Förderbereich Wohnungs- und Städtebau verzeichnete einen Rückgang auf 26,91 Milliarden Euro nach 50,86 Milliarden Euro im Vorjahr. Da hier der Rückgang prozentual mit 47,1 Prozent am deutlichsten ausfiel, sank dementsprechend auch der Anteil an der Gesamtförderung

von zuvor 43,1 Prozent auf knapp 33 Prozent. Bleibt noch der vierte Bereich, die Landwirtschaft. Das ist der einzige Förderbereich, in dem das Fördervolumen stieg. Nach 2,21 Milliarden Euro im Vorjahr stiegen diese im Jahr 2023 nun auf 2,76 Milliarden Euro, ein Zuwachs um 24,7 Prozent. Der Anteil am gesamten Fördervolumen stieg deutlich von zuvor 1,9 Prozent auf 3,4 Prozent.

Unterschieden wird in der offiziellen Förderstatistik des VÖB auch nach Förderinstrumenten. Dabei handelt es sich im Einzelnen wie bereits angedeutet um nicht rückzahlbare Zuschüsse, Darlehen und Bürgschaften sowie Haftungsfreistellungen. Ein weiteres Instrument sind Globaldarlehen an Geschäftsbanken und Intermediäre, die aber im Folgenden nicht näher betrachtet werden. Unterschieden werden die jeweiligen Förderinstrumente nach den Bereichen Gewerbe, Kommunen, Wohnungs- und Städtebau, Landwirtschaft und sonstige Förderung.

Zunächst zum Instrument Zuschüsse. Auch in diesem Jahre ist dieses Instrument das mit den zweithöchstem Volumen, trotz deutlichen Rückgangs. Insgesamt über alle Förderbereiche sanken die Zuschüsse um 64,2 Prozent beziehungsweise 27,13 Milliarden Euro auf 15,13 Milliarden Euro. Außer der Landwirtschaft verzeichneten dabei alle Segmente Rückgänge in unterschiedlicher Dynamik. In der Gewerblichen Förderung sanken die Zuschüsse um 54,2 Prozent auf 6,05 Milliarden Euro. Die Zuschüsse in der Kommunalen Förderung sanken um 11 Prozent auf 3,25 Milliarden Euro. Den massivsten Rückgang gab es im Förderbereich Wohnungs- und Städtebau. Hier sanken die Zuschüsse um 86,7 Prozent auf 2,96 Milliarden Euro. Waren die Zuschüsse im Vorjahr hier noch größer als in allen anderen Förderbereichen kumuliert, ist dieser Bereich im Berichtsjahr 2023 nur noch drittgrößter Bereich nach der Gewerb-

lichen Förderung und der Kommunalen Förderung. Die Zuschüsse lagen mit insgesamt 15,13 Milliarden Euro nur noch knapp über dem Niveau von 2019 mit 13,5 Milliarden Euro. Hintergrund für diese Entwicklung ist das Auslaufen der Corona-Hilfsprogramme, die in den vergangenen Jahren die Zuschussförderung vorrangig geprägt haben. Gleichwohl befassen sich viele Landesförderbanken weiterhin mit der abschließenden Prüfung und Bescheidung der Bundeszuschüsse, sodass auch Rückforderungen und Nachzahlungen von Zuschüssen vorgenommen werden.

Erneut mit Abstand größtes Förderinstrument waren die Darlehen. Kumuliert über alle Förderbereiche wurden 64,41 Milliarden Euro an Darlehen ausgereicht. Hier waren die Schwankungen insgesamt und in den einzelnen Bereichen weniger stark ausgeprägt als bei den Zuschüssen. In der Gewerblichen Förderung wurden Darlehen im Volumen von 24,99 Milliarden Euro ausgereicht, nach 25,54 Milliarden Euro im Vorjahr. Das entspricht einem Rückgang um gut 2 Prozent. In der Kommunalen Förderung fiel der Rückgang von 16,00 Milliarden Euro auf 13,74 Milliarden Euro schon etwas deutlicher aus. Auch im Wohnungs- und Städtebau sanken die Darlehen um fast 4,5 Milliarden Euro auf 23,95 Milliarden Euro.

Interessantes bringt auch die regionale Betrachtung hervor, schlüsselt man die Zuschüsse in der Gewerblichen Förderung nach Bundesländern auf. In Baden-Württemberg halbierten sich die Zuschüsse beinahe auf 2,13 Milliarden Euro nach 4,17 Milliarden Euro im Vorjahr. Bereits 2022 hatten sich die Zuschüsse in diesem Segment in dem südwestlichen Bundesland mehr als halbiert. Allerdings schossen die Zuschüsse während der Corona-Pandemie hier auch in absoluten Zahlen am stärksten in die Höhe von 1,26 Milliarden Euro im Jahr 2019 auf 8,51 Milliarden Euro im



Jahr 2021. Bayern steigerte hier die Zuschüsse als eines von nur vier Bundesländern. Allerdings spielt die Bezuschussung in der Gewerblichen Förderung mit nun 202,8 Millionen Euro in Bayern nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle. Sehr deutliche Rückgänge gab es unter anderem in Berlin – hier sanken die Zuschüsse in der Gewerblichen Förderung von 1,37 Milliarden Euro auf 133,4 Millionen Euro und damit sogar unter das Vor-Corona-Niveau – und in Niedersachsen, wo diese von 2,26 Milliarden Euro auf 315,8 Millionen Euro rückläufig waren.

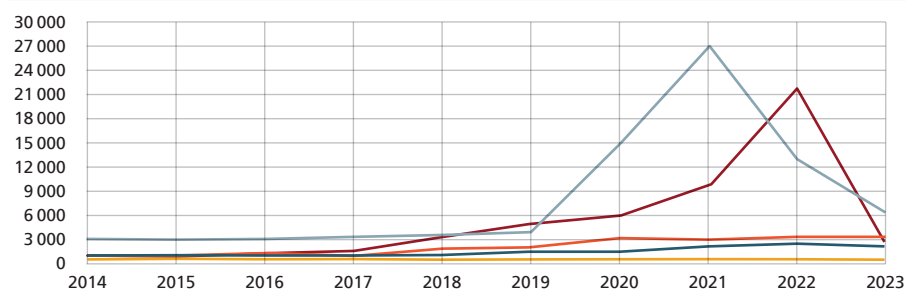
Während die Entwicklung des Förderinstruments Darlehen im Bereich Gewerbliche Kunden relativ stabil lief, gab es dennoch einige Bundesländer mit deutlicher Bewegung. So haben sich diese in Mecklenburg-Vorpommern auf 1,30 (0,61) Milliarden Euro mehr als verdoppelt. In Schleswig-Holstein hingegen sanken die Darlehen deutlich um mehr als ein Drittel auf 1,53 Milliarden Euro.

Die Zuschüsse im Förderbereich Wohnungs- und Städtebau sanken in allen Bundesländern sehr deutlich. Bei den Darlehen in diesem Förderbereich steigerten immerhin vier der 16 Bundesländer die Ausreichungen. Am deutlichsten geschah dies in Mecklenburg-Vorpommern. Dort stieg das Volumen der Darlehensbewilligungen um 24,7 Prozent auf 286,3 Millionen Euro.

„Die Rolle der Förderbanken wurde in den letzten Jahren maßgeblich gestärkt. Sie haben gezeigt, dass sie ihrem gesellschaftlichen Auftrag, besonders in Zeiten von großen Veränderungen, gerecht werden. In Anbetracht der enormen Herausforderungen bei der Finanzierung der ökologischen und digitalen Transformation der Wirtschaft sowie der dringend erforderlichen Beschleunigung des Wohnungsbaus sind und bleiben die Förderbanken in Deutschland stabile Partner und wichtige Wegbegleiter“ fasst der VÖB den Bericht zusammen.

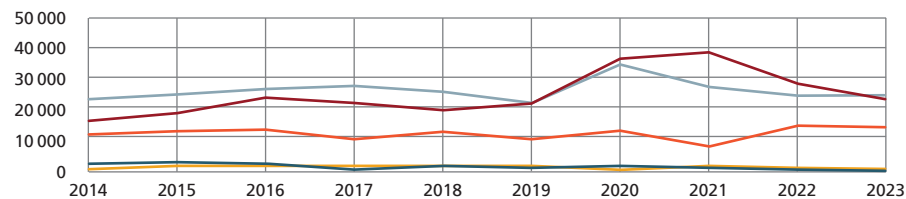
Zuschüsse (Bewilligungen in Millionen Euro)

Förderbereiche	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Gewerbliche Förderung	3 103,1	2 563,8	3 254,3	3 486,5	3 829,7	4 059,8	15 124,6	27 750,4	13 205,4	6 048,0
Kommunale Förderung	980,8	1 126,6	1 398,7	1 871,9	2 217,1	2 152,3	3 578,9	3 163,1	3 653,7	3 250,2
Wohnungs- und Städtebau	999,5	1 016,9	1 180,2	1 716,6	3 207,4	5 268,7	6 458,0	10 414,1	22 306,4	2 958,1
Landwirtschaft	305,5	308,4	354,1	337,1	371,4	448,8	388,8	428,5	419,1	450,0
Sonstige	1 258,4	1 429,7	1 265,0	1 490,9	1 634,5	1 567,6	1 734,7	2 165,8	2 677,9	2 427,2
Summe	6 647,3	6 445,4	7 452,3	8 903,0	11 260,1	13 497,2	27 285,0	43 921,9	42 262,5	15 133,5



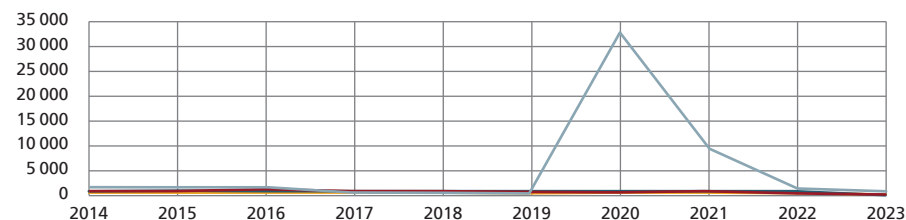
Darlehen (Bewilligungen in Millionen Euro)

Förderbereiche	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Gewerbliche Förderung	23 483,0	25 050,3	27 403,5	28 117,5	26 002,6	22 596,2	35 882,9	27 826,2	25 540,5	24 985,6
Kommunale Förderung	12 062,9	13 423,0	13 913,0	10 494,9	13 332,5	10 726,9	13 763,3	8 886,1	16 004,1	13 744,1
Wohnungs- und Städtebau	16 736,4	19 829,9	24 252,9	22 521,2	20 048,4	22 219,9	37 500,3	39 610,2	28 444,8	23 951,2
Landwirtschaft	2 820,4	3 218,4	2 428,4	2 239,6	2 240,7	2 285,8	2 164,0	2 483,0	2 166,3	1 605,0
Sonstige	3 156,5	3 294,4	2 508,4	93,5	2 183,8	2 001,3	2 627,7	2 218,7	119,8	126,3
Summe	58 259,2	64 816,0	70 506,2	63 446,7	63 808,0	59 830,1	91 938,2	81 024,2	72 275,5	64 412,2



Bürgschaften und Haftungsfreistellungen (Bewilligungen in Millionen Euro)

Förderbereiche	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Gewerbliche Förderung	1 334,7	1 348,6	1 300,8	907,9	679,1	665,1	33 933,3	9 483,2	2 054,4	857,1
Wohnungs- und Städtebau	32,4	24,0	25,4	33,0	6,3	52,7	0,0	10,6	3,6	0,0
Landwirtschaft	0,8	1,2	1,7	1,4	0,3	0,6	28,1	15,6	0,2	0,7
Sonstige	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4	0,1	0,0	0,0
Summe	1 367,9	1 373,8	1 327,9	942,3	685,7	718,4	33 961,8	9 509,5	2 058,2	857,8



■ Gewerbliche Förderung ■ Kommunale Förderung ■ Wohnungs- und Städtebau ■ Landwirtschaft ■ Sonstige

Quelle: VÖB

Geldpolitische Beschlüsse

Der EZB-Rat hat am 6. Juni 2024 beschlossen, die drei Leitzinssätze um jeweils 25 Basispunkte zu senken. Auf Grundlage einer aktualisierten Beurteilung der Inflationsaussichten, der Dynamik der zugrunde liegenden Inflation und der Stärke der geldpolitischen Transmission sei es nun angemessen, den Grad der geldpolitischen Straffung zu reduzieren, nachdem die Leitzinsen neun Monate lang unverändert geblieben waren. Seit der Sitzung des EZB-Rats im September 2023 ist die Inflation um mehr als 2,5 Prozentpunkte zurückgegangen, und die Inflationsaussichten haben sich seitdem deutlich verbessert. Auch die zugrunde liegende Inflation hat sich abgeschwächt, was die Anzeichen verstärkt, dass der Preisdruck nachgelassen hat. Zudem sind die Inflationserwartungen für alle Zeithorizonte zurückgegangen. Die Geldpolitik hat dafür gesorgt, dass die Finanzierungsbedingungen restriktiv geblieben sind. Durch die Dämpfung der Nachfrage und die feste Verankerung der Inflationserwartungen hat dies maßgeblich zur Rückführung der Inflation beigetragen.

Zugleich ist der binnenwirtschaftliche Preisdruck angesichts des kräftigen Lohnwachstums nach wie vor hoch, auch wenn er in den letzten Quartalen etwas nachgelassen hat. Die Inflation dürfte bis weit ins nächste Jahr über dem Zielwert bleiben. Die jüngsten von Fachleuten des Eurosys-

tems erstellten Projektionen für die Gesamt- und die Kerninflation wurden für die Jahre 2024 und 2025 gegenüber den März-Projektionen nach oben korrigiert. Die Fachleute erwarten nun eine Gesamtinflation von durchschnittlich 2,5 Prozent für 2024, 2,2 Prozent für 2025 und 1,9 Prozent für 2026. Bei der Inflation ohne Energie und Nahrungsmittel gehen die Fachleute von durchschnittlich 2,8 Prozent für 2024, 2,2 Prozent für 2025 und 2,0 Prozent für 2026 aus. Sie erwarten einen Anstieg des Wirtschaftswachstums auf 0,9 Prozent für 2024, 1,4 Prozent für 2025 und 1,6 Prozent für 2026.

Der EZB-Rat ist entschlossen, für eine zeitnahe Rückkehr der Inflation zum mittelfristigen Ziel von 2 Prozent zu sorgen. Er will die Leitzinsen so lange wie erforderlich ausreichend restriktiv halten, um dieses Ziel zu erreichen. Die Festlegung der angemessenen Höhe und Dauer des restriktiven Niveaus durch den EZB-Rat soll auch in Zukunft von der Datenlage abhängen und von Sitzung zu Sitzung erfolgen. Seine Zinsbeschlüsse werden vor allem auf seiner Einschätzung der Inflationsaussichten vor dem Hintergrund aktueller Wirtschafts- und Finanzdaten, der Dynamik der zugrunde liegenden Inflation sowie der Stärke der geldpolitischen Transmission basieren. Der EZB-Rat legt sich nicht im Voraus auf einen bestimmten Zinspfad fest.

Der EZB-Rat hat zudem bestätigt, dass er die Wertpapierbestände des Eurosystems

aus dem Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) in der zweiten Jahreshälfte im Durchschnitt um monatlich 7,5 Milliarden Euro reduzieren wird. Der Abbau der PEPP-Bestände wird weitgehend nach den Modalitäten erfolgen, die beim Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) zur Anwendung kamen.

EZB-Leitzinsen. Der EZB-Rat hat beschlossen, die drei Leitzinssätze der Europäischen Zentralbank um jeweils 25 Basispunkte zu senken. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 12. Juni 2024 auf 4,25 Prozent, 4,50 Prozent beziehungsweise 3,75 Prozent gesenkt.

Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) und Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP). Die APP-Bestände verringern sich in einem maßvollen und vorhersehbaren Tempo, da das Eurosystem die Tilgungsbeträge von Wertpapieren bei Fälligkeit nicht wieder anlegt. Der EZB-Rat wird die Tilgungsbeträge der im Rahmen des PEPP erworbenen Wertpapiere bis Ende Juni 2024 weiterhin bei Fälligkeit vollumfänglich wieder anlegen. Er wird das PEPP-Portfolio in der zweiten Jahreshälfte im Durchschnitt um monatlich 7,5 Milliarden Euro reduzieren und beabsichtigt, die Wiederanlage der Tilgungsbeträge aus dem PEPP zum Jahresende 2024 einzustellen. Der EZB-Rat wird bei der Wiederanlage der Tilgungsbeträ-

Bestände des Eurosystems an Wertpapieren für geldpolitische Zwecke

Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	Ausgewiesener Wert zum 24. Mai 2024	Veränderungen zum 17. Mai 2024		Ausgewiesener Wert zum 31. Mai 2024	Veränderungen zum 24. Mai 2024	
		Käufe	Tilgungen		Käufe	Tilgungen
Programm für die Wertpapiermärkte	1,3 Mrd. €	–	–	1,3 Mrd. €	–	–
3. Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen	269,8 Mrd. €	–	-0,6 Mrd. €	268,8 Mrd. €	–	-0,9 Mrd. €
Programm zum Ankauf von Asset-Backed Securities	9,6 Mrd. €	–	-0,5 Mrd. €	9,5 Mrd. €	–	-0,1 Mrd. €
Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors	2287,3 Mrd. €	–	-1,2 Mrd. €	2271,4 Mrd. €	–	-15,9 Mrd. €
Programm zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors	310,1 Mrd. €	–	-0,9 Mrd. €	309,2 Mrd. €	–	-0,9 Mrd. €
Pandemie-Notfallankaufprogramm	1670,1 Mrd. €	+5,1 Mrd. €	-0,9 Mrd. €	1662,2 Mrd. €	+5,1 Mrd. €	-13,0 Mrd. €

Quelle: EZB



ge fällig werdender Wertpapiere im Portfolio des PEPP weiterhin flexibel agieren, um pandemiebedingten Risiken für den geldpolitischen Transmissionsmechanismus entgegenzuwirken.

Refinanzierungsgeschäfte. Vor dem Hintergrund von Rückzahlungen der Banken im Rahmen der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte wird der Rat der EZB in regelmäßigen Abständen bewerten, wie gezielte Kreditgeschäfte und ihre laufende Rückzahlung zu seinem geldpolitischen Kurs beitragen.

Der EZB-Rat sei bereit, alle seine Instrumente im Rahmen seines Mandats anzupassen, um sicherzustellen, dass die Inflation mittelfristig zu dem Zielwert von 2 Prozent zurückkehrt, und um die reibungslose Funktionsfähigkeit der geldpolitischen Transmission aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus steht das Instrument zur Absicherung der Transmission (TPI) zur Verfügung, um ungerechtfertigten, ungeordneten Marktdynamiken entgegenzuwirken, die eine ernsthafte Bedrohung für die Transmission der Geldpolitik im Euroraum darstellen. Dies ermögliche eine effektivere Erfüllung des Preisstabilitätsmandats.

Cloud-Outsourcing

Die EZB hat am 3. Juni 2024 öffentliches Konsultationsverfahren zu ihrem neuen Leitfaden zur Auslagerung von Cloud-Diensten an Cloud-Anbieter eingeleitet. Dieser soll Klarheit über das Verständnis der EZB hinsichtlich der damit verbundenen rechtlichen Anforderungen und ihre Erwartungen an die von ihr beaufsichtigten Banken schaffen. Dies soll zu mehr Konsistenz in der Aufsicht führen und dazu beitragen, gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Banken zu gewährleisten. Der Leitfaden stellt vor allem auf prozessuale Schwachstellen sowie Best Practices ab, die im Rahmen der laufenden Aufsicht durch gemeinsame Aufsichtsteams (Joint Supervisory Teams) und bei speziellen Vor-Ort-Prüfungen identifiziert wurden. Das öffentliche Konsultationsverfahren endet am 15. Juli 2024.

Konsolidierter Wochenausweis des Eurosystems

Aktiva (in Millionen Euro)	10.5.2024	17.5.2024	24.5.2024	31.5.2024
1 Gold und Goldforderungen	711 146	711 122	711 122	711 123
2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	505 355	505 741	506 587	506 728
2.1 Forderungen an den IWF	232 114	232 212	232 211	232 561
2.2 Guthaben bei Banken Wertpapieranlagen Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	273 241	273 529	274 375	274 167
3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	15 306	15 129	14 631	13 762
4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	16 304	17 019	17 698	16 843
4.1 Guthaben bei Banken Wertpapieranlagen und Kredite	16 304	17 019	17 698	16 843
4.2 Forderungen aus Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	0	0	0	0
5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	151 119	150 632	150 752	152 034
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	1 694	1 207	1 327	4 902
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	149 425	149 425	149 425	147 132
5.3 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	0	0	0	0
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	0	0	0	0
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität	0	0	0	0
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	0	0	0	0
6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	21 673	19 978	26 232	35 395
7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	4 782 232	4 763 219	4 765 535	4 740 077
7.1 Zu geldpolitischen Zwecken gehaltene Wertpapiere	4 566 627	4 547 173	4 548 182	4 522 378
7.2 Sonstige Wertpapiere	215 605	216 047	217 354	217 699
8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte	20 840	20 840	20 840	20 840
9 Sonstige Aktiva	356 979	358 749	364 299	363 863
Aktiva insgesamt	6 580 954	6 562 429	6 577 697	6 560 665
Passiva (in Millionen Euro)	10.5.2024	17.5.2024	24.5.2024	31.5.2024
1 Banknotenumlauf	1 553 333	1 552 879	1 551 155	1 553 357
2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	3 398 993	3 376 811	3 372 835	3 322 169
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserveguthaben)	152 643	152 034	151 932	168 684
2.2 Einlagefazilität	3 246 345	3 224 772	3 220 898	3 153 478
2.3 Termineinlagen	0	0	0	0
2.4 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	0	0	0	0
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	4	4	4	7
3 Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	31 892	32 375	33 700	36 316
4 Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	0	0	0	0
5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	194 331	195 876	201 658	210 623
5.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	115 082	117 273	120 159	131 781
5.2 Sonstige Verbindlichkeiten	79 249	78 603	81 499	78 842
6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	194 470	195 688	203 556	218 931
7 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	14 669	14 945	14 957	13 804
8 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	6 620	6 363	6 847	6 734
8.1 Einlagen Guthaben sonstige Verbindlichkeiten	6 620	6 363	6 847	6 734
8.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	0	0	0	0
9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	178 544	178 544	178 544	178 544
10 Sonstige Passiva	205 421	206 267	211 764	217 550
11 Ausgleichsposten aus Neubewertung	702 941	702 941	702 941	702 941
12 Kapital und Rücklagen	99 740	99 740	99 741	99 696
Passiva insgesamt	6 580 954	6 562 429	6 577 697	6 560 665

Quelle: EZB

Clearstream: Vorschlag für Digital Framework

Am 29. Mai 2024 haben drei der weltweit größten Finanzmarktinfrastrukturen (FMIs) – DTCC, Clearstream und Euroclear – in Zusammenarbeit mit der Boston Consulting Group (BCG) einen Entwurf für die Einrichtung eines branchenweiten Ökosystems für digitale Vermögenswerte vorgestellt, um die Akzeptanz von tokenisierten Vermögenswerten zu fördern. Bis 2030 werde die Tokenisierung globaler illiquider Vermögenswerte voraussichtlich eine Geschäftspotenzial von 16 Billionen US-Dollar bieten. Die Fortschritte bei der institutionellen Einführung hätten jedoch einen Wendepunkt erreicht, da Unternehmen weiterhin in Silos innovativ seien, mit kleinen Initiativen, die die Entwicklung eines breiten Ökosystems nicht vorantreiben oder priorisieren.

Das Papier „Building the Digital Asset Ecosystem“ zielt darauf ab, den Fokus der Branche zu verlagern, indem es sechs Prinzipien definiert, um die erfolgreiche Einführung von Tokenisierung und Wertpapieren für digitale Vermögenswerte (ohne Kryptowährungen) zu fördern. Die sechs Prinzipien sollen als Fahrplan für die Branche dienen, um umfassende Standards für den Markt für digitale Vermögenswerte zu entwickeln. Dazu gehören Rechtssicherheit, Einhaltung gesetzlicher Vorschriften, Ausfallsicherheit und Sicherheit, der Schutz von Kundenvermögen, Konnektivität und Interoperabilität sowie operative Skalierbarkeit. Zusätzlich zu den sechs Kernprinzipien enthält das Papier auch eine Liste von Kontrollen, die Unternehmen dabei helfen, Risiken wie Missmanagement von Vermögenswerten oder unzureichende Kontrollen zur Steuerung von Smart Contracts zu mindern.

EEX: neue Tochtergesellschaft

Zum vierten Jahrestag der Einführung ihres schnell wachsenden Stromangebots für den japanischen Markt gibt die Euro-

pean Energy Exchange (EEX) die Gründung einer Tochtergesellschaft in Japan bekannt. Damit stärkt sie ihre Präsenz vor Ort und festigt die Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren wie den dortigen Handelsteilnehmern und Aufsichtsbehörden.

Zudem gab die EEX bekannt, dass sie und die European Commodity Clearing (ECC) ihren Hauptsitz in das Gebäude des NEO Leipzig im Zentrum der Stadt verlegen werden. Nach dem Abschluss der notwendigen Ausbauarbeiten sei der Umzug für die zweite Hälfte des Jahres 2026 geplant.

Nasdaq: Kooperation mit FIA Tech

Nasdaq und FIA Tech wollen zusammenarbeiten, um die Komplexität der Post-Trade-Datenverarbeitung auf dem Markt für börsengehandelte Derivate zu reduzieren. Nasdaq wird seine strategische Clearing-Plattform, Nasdaq Real-Time Clearing, in das Trade Data Network von FIA Tech integrieren.

Das Trade Data Network kombiniere Handelsdaten von Buyside, Brokern, Clearinghäusern und Clearing-Mitgliedern in einem gemeinsamen Rahmen und schaffe so eine gemeinsame Quelle für Clearing-Aktivitäten für teilnehmende Unternehmen. Die Integration der Clearing-Plattform von Nasdaq soll Reibungsverluste reduzieren und das Volumen und die Qualität der Post-Trade-Daten, die den Mitgliedern von FIA Tech zur Verfügung stehen, verbessern.

Euronext: Übernahme abgeschlossen

Die paneuropäische Börsenbetreiberin Euronext hat die Übernahme von 75 Prozent des Aktienkapitals von Global Rate Set Systems (GRSS), einem Anbieter von Dienstleistungen für Benchmark-Administratoren, abgeschlossen. Im Jahr 2023 erwirtschaftete GRSS einen Umsatz von 14,9 Millionen neuseeländischen Dollar. Mit der Übernahme von GRSS will Euro-

next ihr Index-Franchise erweitern und verbessern und die Gruppe als führenden Akteur bei der Berechnung und Verwaltung von Interbank Offered Rate (IBOR)-Indizes positionieren.

LSEG: neuer COO

Die London Stock Exchange Group (LSEG) hat Pascal Boillat zum Chief Operating Officer (COO) ernannt. Boillat soll am 1. Juli 2024 in die Gruppe eintreten und an David Schwimmer berichten. Von New York aus soll er die globale Betriebsabteilung von LSEG leiten und die Dienstleistungen sowohl für die Mitarbeiter als auch für Kunden unterstützen. Er wird auch Mitglied des Executive Committee der Gruppe sein. Zuletzt war er Group Executive, Enterprise Services & Chief Information Officer bei der Commonwealth Bank of Australia.

ICE: Zusammenarbeit mit Coindesk

Die New York Stock Exchange (NYSE), Teil der Intercontinental Exchange (ICE), will mit Coin Desk Indices zusammenarbeiten, um Indexoptionen mit Barausgleich einzuführen, die den Coin Desk Bitcoin Price Index (XBX), den am längsten laufenden Bitcoin-Spot-Index, abbilden.

ICE und die NYSE beabsichtigen, mit Coin Desk Indices und den zuständigen Aufsichtsbehörden zusammenzuarbeiten, um spezifische Produktangebote zu entwickeln. Im vergangenen Jahr kooperierte ICE Futures Singapore mit Coin Desk Indices, um seine Bitcoin-Futures-Kontrakte, Coin Desk Bitcoin Futures (BMC), zu aktualisieren und um XBX für die monatliche Kontraktabwicklung zu nutzen.

XBX ist derzeit die Benchmark für ein verwaltetes ETF-Vermögen von 20 Milliarden US-Dollar und verfolgt den Spotpreis von Bitcoin, der auf US-Dollar lautet, in Echtzeit über mehrere Kryptobörsen hinweg. XBX wird einmal pro Sekunde, 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr berechnet und veröffentlicht.

NUTZEN SIE NOCH HEUTE DEN VOLLEN UMFANG IHRES ABONNEMENTS!

EXKLUSIV
FÜR SIE

KOSTENLOS

Aktivieren Sie Ihren **Online-Zugang*** ganz einfach unter
www.kreditwesen.de/anmeldung

* Für die Aktivierung des Online-Zugangs benötigen Sie Ihre Abonnementnummer.
Sollten Sie diese nicht vorliegen haben, so zögern Sie nicht, uns direkt zu kontaktieren.

069 970833-25 oder vertrieb@kreditwesen.de

A close-up photograph of a hummingbird with iridescent green and blue feathers, hovering and feeding from a cluster of small purple flowers. The background is a soft, out-of-focus blue.

Kundenzentrierung schafft Innovationen!

Wir bieten seit fast 30 Jahren
Speziallösungen für die Kreditwirtschaft!

www.voeb-service.de

